

Preussische Allgemeine



Nr. 29 · 17. Juli 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Logo der Stiftung
Preussischer Kulturbesitz

Abschied von Preußen?

Nachdem ein Gutachten die Auflösung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz vorschlägt, ist es an der Zeit, nicht nur über die Zukunft der SPK nachzudenken, sondern auch über den geistigen Raum und den physischen Ort des alten Preußen in der deutschen Gesellschaft

Seiten 1, 3 und 9



Geschichte Wie die Ruhrmasuren in Ostpreußen abstimmten **Seite 11**



Kultur Eine Ausstellung zur Potsdamer Konferenz auf Schloss Cecilienhof **Seite 9**

KULTURPOLITIK

Es geht um Macht, weniger um Preußen

Ein Gutachten des Wissenschaftsrats schlägt mit zweifelhaften Argumenten die Auflösung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz vor. Hauptprofiteur wäre der Bund

VON RENÉ NEHRING

Das Wort „Zerschlagung“ mag sie nicht verwenden. Und doch laufen die am Montag von Marina Münkler präsentierten Vorschläge des Wissenschaftsrats zur Zukunft der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) genau darauf hinaus.

Nachdem die „Zeit“ in der vergangenen Woche vorab über die Pläne berichtet hatte (siehe den Artikel „Abschied von Preußen?“ auf www.paz.de), war Anfang dieser Woche mit Spannung die offizielle Vorstellung der „Strukturrempfehlungen“ des Wissenschaftsrats erwartet worden. Das Gutachten bescheinigt den fünf Einrichtungen der SPK – die Staatlichen Museen zu Berlin mit 15 Museumssammlungen und vier Instituten, die Staatsbibliothek zu Berlin, das Geheime Staatsarchiv, das Ibero-Amerikanische Institut sowie das Institut für Musikforschung – überwiegend eine hervorragende Arbeit.

Dennoch schlägt das Münkler-Gutachten die Auflösung der bisherigen Struktur der SPK vor, da die Stiftung im Ganzen „dysfunktional“ agiere und sich ihre bisherigen „Organisations- und Governance-Strukturen (...) inzwischen hemmend auf die Aufgabenerfüllung, vor allem aber negativ auf die Strategiefähigkeit der unter dem Dach der SPK vereinten Einrichtungen“ auswirkten. Stattdessen sollten die Einrichtungen organisatorisch und rechtlich verselbständigt und das Institut für Musikforschung in die Staatlichen Museen eingegliedert werden.

Ganz unberechtigt ist die Kritik an der SPK nicht. Seit ihrer Gründung 1957 ist die Stiftung kontinuierlich mit ihren Sammlungen und Aufgaben gewachsen. Die Zusammenlegung der Bestände in West und Ost sowie die noch nicht abgeschlossene Generalüberholung der Museumsinsel haben die für den Fall einer Wiedervereinigung vorgesehene Überprüfung der Strukturen in den letzten Jahren verhindert, sodass die SPK heute durchaus unübersichtlich erscheint.

Nicht gerechtfertigt sind jedoch Vorhaltungen, die Preußen-Stiftung würde im Vergleich mit anderen Kultureinrichtungen von Weltrang wie dem Pariser Louvre oder dem British Museum in London – etwa in den Besucherzahlen – schlechter abschneiden. Denn zum einen haben die französische und britische Hauptstadt weitaus mehr Gäste als Berlin, zum anderen ist Berlin und insbesondere die Museumsinsel als Kernstück des Preussischen Kulturbesitzes seit Jahren eine Dauerbaustelle, sodass es eher ein Wunder ist, dass noch so viele Besucher an die Spree reisen. Diese Baustellen kann man jedoch schwerlich der SPK ankreiden.

Auch sonst wird bei der Lektüre der „Strukturrempfehlungen“ nicht klar, welchen Vorteil eine Zerschlagung der Stiftung für ihre Einrichtungen brächte. Die geforderte höhere Eigenverantwortung für die Museen, Archive und Bibliotheken bis hin zur Budgethoheit ließe sich auch innerhalb der bisherigen Struktur umsetzen. Zumal als Hauptproblem der SPK in dem Gutachten eine gravierende perso-

nelle und finanzielle Unterausstattung genannt wird, die mit einer Aufspaltung der Stiftung keineswegs behoben wäre.

So wies denn auch Hermann Parzinger, seit 2008 Präsident der SPK, neben der pflichtgemäßen Betonung der Chancen, die die Strukturrempfehlungen angeblich böten (ohne diese freilich zu benennen) sowohl in der Pressekonferenz als auch in einem ersten Interview mit dem „Tagesspiegel“ darauf hin, dass der weltweite Trend auch in der Kulturszene dahin geht, dass Einrichtungen erweitert, vergrößert und zusammengelegt würden; nicht zuletzt, um im globalen Wettbewerb die Konkurrenten überragen zu können.

Alle Macht dem Bund

Das wirft die Frage auf, wem die Vorschläge des Wissenschaftsrats eigentlich nützen. Die Antwort ergibt sich bei einem Vergleich der bisherigen Trägerschaft der SPK und der vorgeschlagenen Zuständigkeit für die künftig eigenständigen Institutionen.

Wird die SPK in ihrer bisherigen Form zu 75 Prozent vom Bund getragen und zu 25 Prozent von den Ländern (wovon den Großteil das Land Berlin beisteuert), so sollen laut den „Strukturrempfehlungen“ künftig die Staatlichen Museen zu Berlin „in einer eigenen bundesunmittelbaren Stiftung organisatorisch verselbständigt werden“ und auch die Staatsbibliothek, das Geheime Staatsarchiv und das Ibero-Amerikanische Institut „in Trägerschaft des Bundes“, beziehungsweise „als Anstalt des Bundes geführt werden“.

Mit anderen Worten: Aus einer föderalen Institution, die weitgehend eigenständig agieren kann, würden vier Bundesinstitutionen entstehen, die unmittelbar der oder dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – derzeit Monika Grütters, die das Gutachten in Auftrag gab – unterstünden. „Nachtjall, ick hör dir trapsen“, sagt der Berliner Volksmund in Situationen wie diesen.

Doch warum sollten sich die Länder darauf einlassen? In der bisherigen Stiftungskonstruktion haben sie – bei begrenzten Beitragspflichten – volles Mitspracherecht in der größten Kulturinstitution der Bundesrepublik. Wenn Kulturstatsministerin Grütters die Länder dazu bewegen will, auf diese Rechte zu verzichten, wird sie dies nur durch Kompensationen – und zwar für jedes Land einzeln – bewirken können. Angesichts der Corona-Krise, für deren Bewältigung der Bund gerade eine Neuverschuldung in historischen Ausmaßen aufnimmt, darf bezweifelt werden, ob der Finanzminister dafür das Geld bereitstellen wird.

Insofern dürfte trotz der Aufregung der letzten Tage bei der Stiftung Preussischer Kulturbesitz vorerst das meiste beim Alten bleiben. Richtig neu gemischt dürften die Karten erst in ein bis zwei Jahren werden – wenn klar ist, wer nach der nächsten Bundestagswahl die Verantwortung für die Kulturpolitik des Bundes trägt, und wenn klar ist, ob der Bund überhaupt noch Geld für derartige Manöver wie die Zerschlagung der SPK und deren Folgen zur Verfügung hat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Karten im Rennen um den CDU-Vorsitz werden neu gemischt

Seite 4

Ausland

„Das ist nicht mein Russland“. Macht Putin die Rechnung ohne die Jugend?

Seite 6

Wirtschaft

Italienischer Clankonzern 'Ndrangheta boomt. Weltweite Mafiageschäfte

Seite 7

Das Ostpreußenblatt

Elektro-Roller erobern Allenstein. Verleihfirmen atmen wieder auf

Seite 13



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



4 191814 302902 29
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Debatte Allmählich werden die wirtschaftlichen Folgeschäden der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sichtbar. Das wirft die Frage auf, ob der Lockdown gerechtfertigt war?

„Wir haben unverhältnismäßig gehandelt“

Warum jede einzelne Regierung für sich allein richtig auf die Pandemie reagiert hat, alle zusammen jedoch falsch gehandelt haben

IM GESPRÄCH MIT
BERND RAFFELHÜSCHEN

Vor wenigen Tagen sorgte der Generationenforscher Bernd Raffelhüschen mit der Erkenntnis für Furore, dass die Lockdown-Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zwar kurzfristig Leben gerettet haben, langfristig jedoch unsere Gesellschaft Lebenszeit kosten. Ein Gespräch über seine Berechnungen, die Abwägung zwischen akuten Entscheidungen und deren langfristigen Folgen sowie über den Zusammenhang von Wohlstand und Gesundheit einer Nation.

Herr Raffelhüschen, Sie haben mit Ihrer jüngsten Studie für Diskussionen über den Sinn der Lockdown-Maßnahmen gesorgt. Was genau haben Sie herausgefunden?

Bernd Raffelhüschen: Wir haben herausgefunden, dass das, was jeder Einzelne im Grunde richtig gemacht hat, um kurzfristig die Ausbreitung der Pandemie zu verhindern, in der Gesamtheit langfristig falsch war. Durch die weltweiten Lockdown-Maßnahmen – es war ja nicht nur die deutsche Politik, die das öffentliche Leben dramatisch heruntergefahren hat – wurden negative Wachstumsimpulse gesetzt, die auf lange Sicht zu einer Reduktion des technischen Fortschritts und damit auch des medizinisch-technischen Fortschritts führen. Das heißt, wir werden zwar auch in Zukunft länger leben, aber wir werden nicht mehr so viel länger leben wie wir ohne die Corona-Pandemie gelebt hätten.

Wie kommen Sie zu dieser Erkenntnis? Wir haben uns angesehen, wieviel wirtschaftliches Wachstum in normalen Zeiten ein Mehr an Lebenserwartung induziert. Die Corona-Pandemie kostet jeden Einzelnen von uns im optimistischsten Durchschnittsszenario nicht mehr als 14 Tage an zusätzlicher Lebenserwartung, die wir anderenfalls gehabt hätten. Das klingt nicht viel. Wenn Sie diese 14 Tage jedoch auf 80 Millionen Deutsche hochrechnen, dann sind das über drei Millionen (!) Lebensjahre. Das heißt, mit der kurzfristigen Lebensverlängerung Einzelner haben wir die Lebenserwartung für alle reduziert. Jetzt ist es ein Gebot der Verhältnismäßigkeit abzuwägen, wie viel Lebensjahre wir durch den Lockdown kurzfristig gewonnen haben – und wie viel Lebensjahre wir langfristig verlieren werden.

Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

Das Ergebnis ist relativ einfach. Ohne eine konzertierte internationale Aktion war es für jede Regierung richtig, den Lockdown zu machen und damit Menschenleben, im Regelfall von alten Menschen, zu verlängern. Das hat uns – je nach Szenario – statistisch zwischen dreißig- und dreihunderttausend Lebensjahren eingebracht. Hätte man überall in der Welt versucht, der Pandemie mit der Laissez-faire-Haltung der Schweden zu begegnen, dann hätten wir diese Lebensjahre zweifellos verloren.

Allerdings wären diese Toten ohnehin irgendwann gestorben, und zwar – wenn man sich das Alter der Betroffenen anschaut – vermutlich schon bald. Wir haben im besten Szenario circa 300.000 Lebensjahre durch den Lockdown gewonnen, in dem Falle, dass wir ihn unterlassen hätten, jedoch eine zusätzliche Lebens-



Streitbarer Kämpfer für die Generationengerechtigkeit: Der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen

Foto: imago images/Reiner Zensen

erwartung von zwischen drei und dreißig Millionen Lebensjahren verloren.

Was nützt uns dieses Wissen jetzt noch?

Das ist eine wichtige Frage. Unsere Studie bringt natürlich nichts für die Vergangenheit. Aber sie ist wichtig in Hinsicht auf die nächsten Ausbrüche des Corona-Virus, die mit Sicherheit kommen werden. Wenn wir wieder vor der Abwägung stehen, welche Maßnahmen wir ergreifen müssen, brauchen wir eine rationale Diskussion – und eine entsprechende Grundlage dafür.

Gehört dazu auch die Erkenntnis, dass wir nicht jeder Gruppe der Gesellschaft gegenüber gleichermaßen gerecht werden können?

Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Wir brauchen wirtschaftliche Aktivität. Sozialleistungen müssen zuvor immer erst erwirtschaftet werden. Wir leben nicht davon, dass wir uns gegenseitig umeinander kümmern, sondern wir leben davon, dass wir ökonomischen und technischen Fortschritt generieren. Um es einmal deutlich zu sagen: Wenn wir die Wertschöpfungsketten so weit unterbrechen, dass wir keine Beatmungsgeräte mehr entwickeln und herstellen können, dann können wir niemanden mehr beatmen. Damit ist auch niemandem geholfen.

Würden Sie also für künftige Pandemien das schwedische Laissez-faire-Modell empfehlen?

Das ist meine Handlungsempfehlung. Wir hätten dadurch kurzfristig zwar mehr Tote zu beklagen, aber langfristig hätten wir mehr Lebensjahre für alle gewonnen.

Mit der kurzfristigen Lebensverlängerung Einzelner haben wir die Lebenserwartung für alle reduziert

Durch den bisherigen Umgang mit der Pandemie haben im Grunde alle verloren. Auch die Alten haben ja an mittlerer Lebenserwartung eingebüßt. Nicht zuletzt sollten wir uns daran erinnern, dass die Alten in jeder Generation von den Jungen leben.

In Bezug auf Schweden wird argumentiert, dass auch dort – neben den hohen Todeszahlen – die Wirtschaftsleistung zurückgegangen ist.

Ein Land allein kann ja auch nicht verhindern, dass die Wertschöpfungsketten der Welt zusammenbrechen. Dies zu verhindern hätten wir nur geschafft, wenn alle Nationen sich darauf verständigt hätten, weiterzumachen wie bisher und lediglich die Alten und Kranken zu isolieren. Dann hätten wir weiterhin ein weltweites Wirtschaftswachstum gehabt, das nicht zuletzt auch ein Mehr an medizinisch-technischem Fortschritt für alle generiert hätte.

Sie haben in den ersten Reaktionen auf Ihre Studie zum Teil heftigen Widerspruch erfahren. Ein Argument lautet, dass sich technischer Fortschritt wieder aufholen lässt, während der Tod eines Menschen irreversibel ist.

Diesen Gedanken haben wir durchaus berücksichtigt. Wir haben einkalkuliert, dass ein Aufholen der verloren gegangenen technischen Fortschritte auch zu einem geringeren Verlust an durchschnittlicher Lebenserwartung führen würde. Aber auch dann ist diese Lebenszeit unwiderruflich verloren. Wenn der Lockdown und der damit verbundene Wirtschaftseinbruch jedoch länger dauert, reduziert sich auch der technische Fortschritt und damit die Lebenserwartung der Menschen, übrigens auch für die Alten und Kranken.

Durch die verschiedenen Szenarien kommen wir auf einen Korridor von drei bis dreißig Millionen Jahren, die uns der Lockdown in Gänze kostet. Doch egal, von welchem Szenario wir ausgehen: Wenn wir berücksichtigen, dass wir durch den Lockdown kurzfristig in Gänze maximal 300.000 Lebensjahre gewonnen ha-

der Leistungen. Wir können jedoch nicht – auch nicht in der medizinischen Versorgung – alles Notwendige für alle Menschen bereitstellen.

Ein anderer Kritikpunkt ist, dass Ihre Aussagen lediglich auf statistischen Daten basieren und es keine eigenen Erhebungen gibt.

Das ist richtig. Wir haben bewusst ausschließlich Daten benutzt, die jeder im Statistischen Jahrbuch nachlesen kann. Unsere Studie hat nicht den Anspruch einer hochwissenschaftlichen Zeitreihenanalyse, die jeden Nebeneffekt mit einbezieht. Wir wollten einfach nur die Frage stellen, ob die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen verhältnismäßig waren? Und zwar nicht deutschland-, sondern weltweit. Sind die Kosten, die wir damit induzieren, die Nebenwirkungen der Therapie, nicht tödlicher als die Krankheit selbst? Und dies lässt sich anhand der vorliegenden Daten eindeutig beantworten, weil es einen klaren Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Wohlstand einer Nation und deren allgemeiner Gesundheit gibt.

Schon die bisher erkennbaren Folgeschäden des Lockdowns zeigen uns, dass wir einen solchen Schritt bei der nächsten Welle nicht einfach wiederholen können. Wie viel Millionen von Arbeitslosen, Frustrierten, Depressierten und Selbstmördern wollen wir haben? Wir müssen also zur Normalität zurückkehren.

Haben sich die Verantwortlichen in der Politik zu sehr auf den Rat der Virologen gestützt?

Ja. Natürlich war es notwendig, zur Analyse der Gefahren eines neuen Virus' zunächst auf die zuständigen Experten zu hören. Allerdings es wäre besser gewesen, bei der Verhängung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie fachübergreifende Stäbe zu bilden, in denen dann auch Ökonomen, Psychologen und andere Experten vertreten gewesen wären.

Aber nochmal: Jede Regierung, jedes Land hat zunächst für sich richtig gehandelt. Alle zusammen haben jedoch das Falsche gemacht.

Verdeutlicht uns die Krise, dass der Wohlstand einer Gesellschaft – zu dem neben materiellen Gütern auch die Lebensqualität und das Gesundheitswesen gehören – nicht ohne ökonomischen Fortschritt zu haben ist?

Absolut! Die Erfahrungen der letzten Monate sind ein klarer Beleg für den Segen von ökonomischem Wachstum. Dieses wird bei uns gern für alle denkbaren Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht: für die Zerstörung des Klimas und der natürlichen Ressourcen, für die Zerstörung von Lebensräumen und sozialen Bindungen. Aber: Nur Wachstum erlaubt es uns, die Alten und Kranken immer besser zu pflegen und zu heilen; allein mit einer inkontakten Wirtschaft sind wir überhaupt in der Lage, die Menschheit zu ernähren. Wer auf Wirtschaftswachstum verzichten will, muss sich darüber im Klaren sein, dass er die Gesellschaft in eine Abwärtsspirale bringt, die am Ende zu weitaus schlechteren Lebensbedingungen für alle führt.

Das Interview führte René Nehrning.

● Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

ist Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.
www.fwiw.uni-freiburg.de

Die Erfahrungen der letzten Monate sind ein klarer Beleg für den Segen von ökonomischem Wachstum

ben, stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit in jedem Fall.

Das heißt, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie waren unverhältnismäßig?

Absolut. Wir haben unverhältnismäßig gehandelt. Allerdings hätte ich zunächst einmal auch so agiert wie die Entscheider in der Politik. Und zwar aus zwei Gründen: Zum einen wusste anfänglich niemand, wie gefährlich das aktuelle Coronavirus ist. Zweitens dürfen wir nicht vergessen, dass wir in einer alternden Gesellschaft leben, in der der Medianwähler schon fast im Rentenalter ist. In einer solchen Gesellschaft müssen Politiker Vorsichtsmaßnahmen zugunsten der Alten stets unverhältnismäßig hoch stellen, da ihre Wählermacht einfach zu groß ist. Die Kinder von heute, deren Zukunft durch das Regierungshandeln beeinträchtigt wird, haben erst in einem Jahrzehnt Wahlrecht. Das Problem ist: Die Toten von heute kann man sehen; verlorene Lebenserwartung, die sich erst in 30 oder 40 Jahren statistisch bemerkbar macht, ist nur schwer greifbar.

Dies stellt jedoch den Generationenvertrag, so wie wir ihn kennen, infrage. Der Generationenvertrag ist schon seit langem fraglich. Denn immer mehr Alte müssen von immer weniger Jungen immer länger finanziert werden. Wir haben einen völlig überzogenen Sozialstaat, nicht nur im Sinne der Lasten für diejenigen, die ihn finanziell tragen, sondern auch in der Anspruchshaltung bezüglich

Preußen und der deutsche Kulturstaat

In der Auseinandersetzung um die Zukunft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz geht es um ein Erbe, das weder die Bundesrepublik Deutschland noch die heutigen Bundesländer geschaffen haben – das jedoch für alle prägend ist

VON RENÉ NEHRING

Preußen ist der große Untote der deutschen Geschichte. Obwohl 1947 von den alliierten Siegern des Zweiten Weltkriegs per Kontrollratsbeschluss für aufgelöst erklärt, war und ist sein Erbe zu groß und zu lebendig, als dass es von den deutschen Nachkriegsstaaten – der alten westlichen Bundesrepublik, der DDR und der vereinigten Bundesrepublik seit 1990 – sowie in seinen alten östlichen Provinzen jenseits von Oder und Neiße verdrängt werden konnte, beziehungsweise kann.

Gleichwohl stellte sich mit dem staatlichen Ende Preußens die Frage, was mit seinen verschiedenen Hinterlassenschaften geschehen sollte. Für den Bereich Kultur wurde dies mit der Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) beantwortet. Sie sollte ein Dach sein für die Pflege und Erhaltung der Kulturgüter des ehemaligen Landes Preußen. Als solche ist sie – neben der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der die Verwaltung des Immobilienbesitzes des Hohenzollernstaates obliegt – eine der letzten Institutionen, die das Wort „Preußen“ in ihrem Namen trägt.

Wenn nun die bisherige Struktur der SPK und damit auch ihr Name infrage gestellt wird (siehe Seite 1), wirft dies verschiedene Fragen auf. Neben dem wissenschaftsorganisatorischen Problem, in welche Zuständigkeiten und Trägerschaften die geplanten Nachfolgeinstitutionen übertragen werden sollen, stellt sich auch die Frage, welchen geistigen Raum Preußen im Kulturstaat Bundesrepublik Deutschland haben soll – und wo der angemessene physische Ort dafür ist.

Der Kern des deutschen Kulturstaats

Wer in der vergangenen Woche die ersten Kommentare dazu gelesen hat, muss bezweifeln, ob den Wortführern in Politik, Kulturleben und Medien die Bedeutung Preußens für unsere Kulturnation überhaupt bewusst ist. So warfen Leitartikel die Frage auf, was denn bedeutende Sammlungsgegenstände der SPK wie die Büste der Nofretete, der Pergamonaltar oder das Ishtar-Tor eigentlich mit Preußen zu tun haben. Und SPK-Generaldirektor Hermann Parzinger erklärte am Montag, dass der Name „Preußen“ bei der internationalen Vermarktung der Museen schwierig sei, da man in Asien und Amerika etc. oft gar nicht wisse, worum es sich dabei handle. Ganz so, als ob es bei der Verwahrung eines kulturellen Erbes in erster Linie um dessen Vermarktung ginge.

Natürlich haben die genannten Relikte aus dem Altertum rein gar nichts mit Preußen zu tun – zumindest nicht direkt. Andererseits liegen jedoch all diese Sammlungen, die seit Jahren zum UNESCO-Weltkulturerbe zählen, nicht zufällig in Berlin – ebenso wenig wie Berlin zufällig Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist.

Vielmehr sind der Preußische Kulturbesitz und das Deutschland von heute Ergebnisse eines langen historischen Prozesses, der einst mit dem dynastischen Streben einer schwäbischen Fürstenfamilie begann. Im Verlaufe von Jahrhunderten wurde aus der unbedeutenden „Streusandbüchse des heiligen römischen Reiches“, wohin es einen Spross dieser Fürstenfamilie verschlagen hatte, ein absolutistisches Königreich, das im 18. Jahrhundert zu den großen europäischen Mächten aufschloss und 1871 zur treibenden Kraft der Gründung des zweiten deutschen Kaiserreichs als modernem Nationalstaat wurde. In dessen staatlicher Tradition steht die Bundesrepublik Deutschland trotz aller Brüche des 20. Jahrhunderts. Sichtbarstes Zeichen dafür sind die Hauptstadt Berlin und der Sitz des Parlaments im Reichstagsgebäude.



Kern der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und ihrer geplanten Umstrukturierung: Die Berliner Museumsinsel mit Altem und Neuem Museum, dem Pergamonmuseum, der Nationalgalerie und dem Bode-Museum
Foto: SPK / ART + COM

Parallel zu der politischen und staatlichen Entwicklung entstanden – mit der Berliner Museumsinsel als Mittelpunkt – die vielfältigen Sammlungen, die wir heute als Preußischen Kulturbesitz kennen. Allein die Tatsache, dass eine Institution wie die SPK, die lediglich Teile des alten Preußen verwaltet, zur größten Kulturinstitution der Bundesrepublik werden konnte, sagt viel über die Bedeutung dieses alten Preußen für die deutsche Kulturnation aus.

Ein vielschichtiges Erbe

Preußen war eben weit mehr als Pickelhaube, Stechschritt und Schlachtengetöse, für das es seine Kritiker gern hinstellen. Preußen – das waren auch und gerade die Aufklärer Immanuel Kant und Friedrich der Große, Dichter wie Heinrich v. Kleist, Joseph v. Eichendorff, Theodor Fontane und Ernst Wiechert, Bildhauer wie Andreas Schlüter und Reinhold Begas, Architekten wie Georg Wenzeslaus v. Knobelsdorff und Karl Friedrich Schinkel, Liberale wie Eduard von Simson und Walther Rathenau, Unternehmer wie August Borsig und Werner von Siemens, Sozialdemokraten wie Ferdinand Lassalle, Otto Braun und Paul Löbe, Sammler wie James Simon und Max von Oppenheim, denen die Staatlichen Museen so viele Exponate verdanken, sowie nicht zuletzt Staatsmänner wie Otto v. Bismarck und – ja – Konrad Adenauer, der nicht nur erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war, sondern zuvor auch Präsident des Preußischen Staatsrats (wenngleich er freilich Preußen skeptisch gegenüberstand). Allein der Name Adenauer zeigt, wie vielschichtig die preußische Geschichte ist.

Gerade die Bundesrepublik, die nach dem Kriege gern ihren rheinischen Charakter und ihre vielfache Bindung an den Westen betont hat, steht in vielerlei Hinsicht in der Tradition des alten Preußen. So war auch Adenauers Gegenspieler Kurt Schumacher, 1895 in Kulmbach geboren, ein Preuße; ebenso wie der 1929 in Königsberg geborene Karl-Hermann Flach, der als einer der wichtigsten Wegbereiter der sozialliberalen Koalition der 70er Jahre gilt. Auch bedeutende Kirchenfürsten wie der vormalige Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner waren Preußen. Die Arbeiterwohlfahrt, bis heute eine der Säulen des deutschen Sozialstaats, wurde 1919 von der in Landsberg an der Warthe geborenen Marie Juchacz gegründet. Auch die GSG 9, seit der Befreiung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ 1977 eine legendäre Institution der Bundesrepublik, wurde von einem Preußen gegründet und geprägt, und zwar von dem 1929 im brandenburgischen Jüterbog geborenen Ulrich Wegener.

Besonders bizarr wird es, wenn man an die Brüder Humboldt denkt, mit deren Namen sich die Berliner Republik unserer Tage bei jeder sich bietenden Gelegenheit gern schmückt: Der eine, Wilhelm, legte als Kultusminister die Grundlagen für den rasanten Aufstieg der preußischen Wissenschaftslandschaft im 19. Jahrhundert (auf der heute noch wesentliche wissenschaftliche Institutionen der Bundesrepublik basieren). Der andere, Alexander, zog in die Welt hinaus und wird dort bis heute als aufgeklärter Forscher verehrt, der – anders als Christoph Kolumbus oder Hernán Cortés – nicht als Eroberer kam, sondern als neugieriger Entdecker. Es wäre absurd, wenn sich die Berliner Republik künftig weiterhin mit dem

Es wäre absurd, wenn sich die Berliner Republik künftig mit dem Namen „Humboldt“ schmücken und zugleich mit der Tilgung der Erinnerung an das alte Preußen den Kontext verdrängen würde, in dem die „Marke Humboldt“ entstanden ist

Namen „Humboldt“ schmücken und zugleich mit der Tilgung der Erinnerung an das alte Preußen den Kontext verdrängen würde, in dem die „Marke Humboldt“ überhaupt entstanden ist.

Aufgabe bei der Politik

Der Staatsrechtler und Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde beschrieb 1964 mit den Worten „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ ein Grundproblem des modernen Verfassungsstaats. Gemeint war mit diesem Böckenförde-Diktum, dass der moderne Staat von Grundlagen lebt, die außerhalb seiner Verfügungsgewalt liegen, ohne die er jedoch nicht bestehen kann. Dieser Gedanke ließe sich, leicht abgewandelt, ebenso für den modernen Verfassungsstaat anwenden: Auch die Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen hat.

Dies gilt auch und gerade für das alte Preußen und seine kulturellen Hinterlassenschaften. Der Preußische Kulturbesitz und die ihn verwaltende Stiftung ist nicht nur die Schatzkammer eines großen historischen Erbes, das beliebig aufbewahrt, gepflegt und zur Schau gestellt werden kann. Die SPK ist vielmehr die institutionelle Erinnerung daran, dass die Berliner Republik nicht aus dem Nichts entstanden ist, sondern in Entwicklungslinien steht, ohne die es diese Republik schlichtweg nicht gäbe. Wer die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zerschlagen will, legt somit buchstäblich die Axt an eine grundlegende Wurzel der deutschen Kulturnation.

● MELDUNGEN

Meyer-Plath abgelöst

Dresden – Gordian Meyer-Plath ist nach acht Jahren im Amt als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen abgelöst worden. Sein Nachfolger ist seit dem 1. Juli Dirk-Martin Christian. Während der Amtszeit von Meyer-Plath hatte der sächsische Verfassungsschutz Daten von mehreren Landtagsabgeordneten der AfD-Fraktion gespeichert. Bei einer Prüfung war das Innenministerium zu der Ansicht gelangt, dass durch die Datenspeicherung die Grundrechte der Abgeordneten verletzt würden. Meyer-Plath soll sich nach Darstellung des Innenministers dem Löschen der Daten jedoch widersetzt haben. Inzwischen verlangt die Linkspartei Auskunft, ob auch Mitglieder ihrer Landtagsfraktion im Visier des Verfassungsschutzes sind. Die Erhebung und Speicherung von Daten über Abgeordnete durch den Verfassungsschutz ist grundsätzlich möglich, unterliegt aber hohen Anforderungen. N.H.

IGFM appelliert an Regierung

Bonn – Als Reaktion auf das neue Hongkonger Sicherheitsgesetz fordert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die Bundesregierung auf, das Auslieferungsabkommen mit Hongkong zu kündigen. Das Gesetz, das seit dem 1. Juli in Kraft ist, sieht eine bis zu lebenslanger Haft gehende Strafe für Personen vor, die angeblich eine Abspaltung Hongkongs von China anstreben, Terrorismus betreiben oder mit ausländischen Staaten zusammenarbeiten. Oppositionelle bezeichnen das Gesetz als bewusst schwammig formuliert, was das Tor zu willkürlichen Zugriffen des kommunistischen Regimes öffne. Das neue Regelwerk richtet sich laut IGFM ausdrücklich auch gegen im Ausland lebende Hongkonger, was die Auslieferungsforderung so brisant mache. Die Gesellschaft sieht Kanada als Vorbild, das sein Auslieferungsabkommen mit Hongkong bereits gekündigt habe. H.H.

Klare Mehrheit für Kredite

Berlin – Mehr als zwei Drittel der Deutschen, nämlich 70 Prozent, sind der Meinung, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen 750 Milliarden Euro Finanzhilfe lieber als Kredite denn als Zuschüsse vergeben werden sollten. Nur 23 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage. Das Verhalten der Deutschen spiegelt die deutschen Interessen wider, soll der größte Zahlmeister der EU doch nur mit 28,81 Milliarden am siebteinsten von den 750 Milliarden Euro bekommen. Abgesehen von der deutschen Interessenlage ist der geplante „Wiederaufbaufonds“ auch verlogen, wird er doch damit begründet, dass es darum ginge, mit den am meisten von Corona betroffenen EU-Mitgliedern Solidarität zu üben. In keinem EU-Mitgliedsland wird wohl im Corona-Jahr 2020 das Bruttoinlandsprodukt weniger zurückgehen als in Polen. Trotzdem soll Polen nach Italien und Spanien mit 63,84 Milliarden Euro am meisten Geld bekommen. M.R.



Die Corona-Politik des NRW-Ministerpräsidenten wird nicht nur von seinem bayerischen Amtskollegen kritisch beäugt: Armin Laschet und Markus Söder (v.l.)

ARMIN LASCHET

Die Karten werden neu gemischt

Der bisherige Favorit für CDU-Vorsitz und CDU/CSU-Kanzlerkandidatur schwächelt in der Corona-Krise

VON PETER ENTINGER

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet gilt zwar in der breiten Bevölkerung nicht unbedingt als Sympathieträger, hatte aber bislang großen Rückhalt in den wichtigen Parteigliederungen, die einen Großteil der rund 1000 Parteitag delegierten stellen. Dass er die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer antritt und damit auch das Erstzugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur hat, war mit dem internen Machtzirkel um Kramp-Karrenbauer und Bundeskanzlerin Angela Merkel abgesprochen. Frühzeitig hatte sich Laschet auch die Unterstützung von Gesundheitsminister Jens Spahn gesichert, der zu seinen Gunsten auf eine eigene Kandidatur verzichten will. Dem Wirtschaftsexperten Friedrich Merz und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen wurden nur Außenseiterchancen eingeräumt.

Doch die miesen Umfragewerte für Laschet haben den Machtkampf neu befeuert. Seit dem Skandal um den westfälischen Fleischproduzenten Tönnies gilt Laschet als angezählt. Den härtesten Treffer lande-

te ausgerechnet einer, der bisher immer betonte, die Führungsfrage in der Schwesterpartei gehe ihn nichts an. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder erklärte vergangene Woche in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“: „Nur wer Krisen meistert, wer die Pflicht kann, der kann auch bei der Kür glänzen. Wenn wir jetzt in dieser Corona-Krise versagen würden, hätten wir keinen moralischen Führungsanspruch.“ Viele in der CDU haben dies als Kampfansage an Laschet verstanden. Denn in der Beurteilung der Bewältigung der Corona-Krise haben beide höchst unterschiedliche Ansätze verfolgt. Hier der restriktive Söder, dort der liberale „Lockerer“ Laschet.

Völlig neue Konstellationen denkbar

Bisher galt als ausgemacht, dass der künftige CDU-Chef beide Parteien als Kanzlerkandidat in den Bundestagswahlkampf des kommenden Jahres führen wird. Doch viele in der CDU wünschen sich mittlerweile den Bayern als Spitzenmann, auch weil er bundesweit Sympathiewerte einfährt wie nur die Noch-Kanzlerin selbst. „Mein Platz ist in Bayern. Aber ich will als Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzender meinen Bei-

trag leisten, dass wir in Deutschland erfolgreich sind“, sagte Söder zwar, aber es klang ein bisschen wie das Motto: „Wer zuerst zuckt, der verliert.“ Die CDU wird – sofern die Corona-Einschränkungen es zulassen – im Dezember entscheiden, ob Laschet, Merz oder Röttgen künftig die Partei führen sollen. Erst danach soll die „K-Frage“ beantwortet werden. „Die CDU entscheidet allein, wen sie an ihre Spitze wählt. Aber klar ist: Ohne die CSU kann man nicht Kanzlerkandidat werden“, erklärte Söder und fügte hinzu: „Die aktuell sehr starken Umfragewerte sind allein der Bundeskanzlerin und ihrer klaren Strategie geschuldet. Und ihre Zustimmung überträgt sich sicher nicht einfach auf andere. Auch das belegen alle Umfragen.“ Auch dies wurde als Seitenhieb auf Laschet verstanden.

Innerhalb der CDU wird mittlerweile sogar über einen Rollentausch spekuliert. Laschet könne dem deutlich jüngeren Spahn den Vortritt lassen. Der Gesundheitsminister, dem ein enges Verhältnis zu Söder nachgesagt wird, könne dann die Partei modernisieren und dem Bayern den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur lassen.

Auf ein solches Modell scheint auch Röttgen zu setzen, freilich mit sich selbst an der Parteispitze. „Der CDU-Vorsitzende muss nicht zwingend auch Kanzlerkandidat sein. Das sollte der sein, der die größten Chancen auf einen Wahlsieg hat“, erklärte er gegenüber dem „Stern“.

Möglicherweise schlägt aber doch noch die Stunde von Friedrich Merz. Auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie nolens volens abgetaucht, ist der Wirtschaftsexperte nun in Zeiten der Rezession plötzlich wieder ein gefragter Mann. Vor zwei Jahren schlug er Spahn haushoch und scheiterte nur ganz knapp an Kramp-Karrenbauer. Nun werden die Karten wieder ganz neu gemischt.

„Nur wer Krisen meistert, wer die Pflicht kann, der kann auch bei der Kür glänzen“

Markus Söder
Ministerpräsident Bayerns und
Vorsitzender der CSU

ALARMISMUS IN DER KLIMAPOLITIK

Sieg der Wissenschaft über die Politik

Deutscher Wetterdienst trägt Kritik an Messstationen-Standort in Lingen Rechnung

Temperaturmessungen dienen in der Bundesrepublik nicht zuletzt dazu, „Spitzenwerte“ zu erzielen, welche die Bundesbürger zu Opfern für die „Klimarette“ gemahnen sollen. Dafür werden Messstationen auch schon einmal an aus wissenschaftlicher Sicht ungeeigneten Plätzen errichtet.

Ein Beispiel ist der „deutsche Allzeithitzerekord“ von Lingen im Emsland. Auf 42,6 Grad Celsius sei die Quecksilbersäule in der Station 3023 zwischen dem Stadion und dem Freibad der niedersächsischen 55.000-Seelen-Kommune geklettert, verkündete am 25. Juli vergangenen Jahres der Deutsche Wetter-

dienst (DWD), eine Bundesoberbehörde, die dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) untersteht.

Interessengeleitete Messungen

Dabei hatten Experten wie der Schweizer Meteorologe und Gründer der privaten Meteomedia AG, Jörg Kachelmann, bereits im Jahre 2018 kritisiert, dass der Standort der Wetterwarte in Lingen nicht den Qualitätskriterien der World Meteorological Organization (WMO) entspreche. Und tatsächlich liegt sie am Boden einer Senke, in der sich Wärme stauen kann. Darüber hinaus behindern dichte

Hecken die Luftzirkulation innerhalb der Station, was besonders dann der Fall ist, wenn der Wind – so wie am 25. Juli des Vorjahres – aus Osten weht. Deshalb maß man in Lingen schon oft um bis zu drei Grad höhere Temperaturen als sonst in der Region. Trotzdem bestätigte der DWD den „Rekord“ unverzüglich.

Am 21. Mai dieses Jahres meldete Lingen 29,4 Grad. Dadurch wurde die Stadt im Emsland nun auch zum bundesweit wärmsten Ort im diesjährigen Frühling proklamiert. Und wieder erklärte der DWD den Lingener Wert für korrekt, obwohl die Thermometer im Umland nur 25 bis 26 Grad angezeigt hatten.

Nun warf auch der mit dem TV Weather Forecast Award der European Meteorological Society (EMS) ausgezeichnete ARD-Wettermoderator Karsten Schwanke den staatlichen Meteorologen öffentlich Ignoranz und Unprofessionalität vor. Die reagierten wie üblich kühl-abweisend, verzichteten dann jedoch ab dem 6. Juni auf die weitere Bekanntgabe von Wetterdaten aus Lingen. Zugleich verkündete der Leiter des Geschäftsbereichs Technische Infrastruktur des DWD, Klaus-Jürgen Schreiber, dass die Messstation an einen neuen Standort in Lingen-Baccum verlegt werden solle.

Wolfgang Kaufmann

CORONA-KRISE

„Heldenprämie“ endet als Peinlichkeit

Die versprochene Dankzahlung an die „Alltagshelden“ an der Pandemiefrent schrumpft zusammen

VON NORMAN HANERT

Als im Frühjahr die Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus am größten war, kündigte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) eine Prämie für „Alltagshelden“ der Krise an. Doch bei der konkreten Umsetzung dieses Versprechens erleben Berlins Kindertagesstätten nun einen Senat, der sich kleinlich und knausrig zeigt.

Immerhin bis zu 1000 Euro pro Kopf hatte Müller am 26. März in seiner Regierungserklärung den Landesbediensteten versprochen, die während der Corona-Krise bei ihrer Arbeit ihre Gesundheit in Gefahr brachten. Profitieren sollten neben Landesbediensteten im Gesundheitswesen, bei Feuerwehr und Polizei auch Mitarbeiter von Schulen und Kitas. Als Empfänger der einmaligen und steuerfreien Zahlung wurden dabei zudem die Erzieherinnen freier Kindertagesstätten genannt, die in den besonders kritischen Pandemiewochen eine Notbetreuung sichergestellt hatten.

Speziell beim Kitapersonal macht sich nun jedoch Ernüchterung breit. Die „Heldenprämie“ fällt für die Kita-Erzieher deutlich geringer aus, als nach der Regierungserklärung Müllers zu erwarten war. Auch der Kreis der Empfänger ist sehr überschaubar geworden.

Eine kürzlich getroffene Vereinbarung zwischen dem Senat und großen Kitaträgern sieht vor, dass 20 Prozent des pädagogischen Kitapersonals vom Land eine Leistungsprämie in Höhe von gerade einmal 500 Euro erhalten sollen. Das Land Berlin fügte der Regelung noch den Appell hinzu, die Kita-Träger sollten sich als Arbeitgeber „auch ihrerseits angemessen an einer solchen monetären Wertschätzung“ beteiligen. Den Angesprochenen dürfte dies allerdings in vielen Fällen schwerfallen. Die Prämie war nämlich nur ein Teil der Verhandlungen, die Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) geführt hat.

Zusagen werden einkassiert

Noch im März hatte Scheeres den Berliner Kitaträgern öffentlich fest zugesichert, „dass die Entgelte in der bisher



Politik hat viel Vertrauen verspielt: Kitapersonal trug eine Hauptlast während des Lockdown Foto: imago images/Stefan Trappe

vereinbarten Höhe“ auch weiterhin gezahlt würden. Angesichts leerer Kassen wurde diese Zusage vom Senat aber wieder einkassiert. Als „solidarischen Finanzierungsbeitrags“ für das Bundesland Berlin sollen die Kita-Träger von den regulär erhaltenen Geldern 20 Millionen Euro an den Hauptstadt-Senat zurückzahlen. Im Raum stand seitens des Senats offenbar sogar eine Forderung von 40 Millionen.

Der Senat begründet seine Forderung mit dem Argument, die Kindertagesstätten hätten während der pandemiebedingten Schließungen viel Geld gespart. Die Kitabetreiber, die in der „Landesweiten AG“ organisiert sind, weisen in einer Stellungnahme dagegen darauf hin, dass Fixkosten für Mieten, Energie und Gehälter weitergelaufen seien. Dazugekommen seien Mehraufwendungen für Hygi-

enematerial, Atemschutzmasken und Investitionen für digitales Arbeiten.

Viele Träger hätten während der wochenlangen Schließungen bei den Eltern zudem auch auf die anteiligen Verpflegungskosten für Mittagessen verzichtet oder deren Beiträge sogar zurückerstattet. Dieses Vorgehen der Berliner Kitaträger basierte nicht zuletzt auf der Ankündigung der Bildungsministerin aus dem März, die Zahlungen des Landes an die Kitas würden auch während der Corona-Krise wie gehabt weiterfließen.

Der Unmut wächst

Mit seiner Rückforderung hat der Senat bei Betreibern offenbar viel Vertrauen verspielt. Stefan Spieker vom freien Kitaträger Fröbel sprach im Zusammenhang mit dem „solidarischen Finanzierungsbeitrag“ sogar von Erpressung. Gegenüber

dem Sender rbb sagte Spieker: „Also ich hatte den Eindruck, dass die Verbände erpresst wurden. Es wurde gesagt, entweder die Finanzierung wird insgesamt aufgekündigt, und dann machen wir alles neu auf – oder Ihr gebt uns was zurück.“

Die seit dem Jahr 2011 amtierende Bildungsministerin hat durch ihren eigenwilligen Kommunikationsstil noch für weiteren Unmut gesorgt. In einer Erklärung zum ausgehandelten „Solidarbeitrag“ formulierte Scheeres voller Genugtuung: „Wir haben einen guten und für alle Seiten tragbaren Kompromiss erzielt.“ Vertreter kleinerer und mittelgroßer Kitaträger wiesen allerdings verärgert darauf hin, dass sie in die Verhandlungen gar nicht eingebunden waren und vom Verhandlungsergebnis zu dem „Solidarbeitrag“ erst im Nachhinein aus Presseberichten erfahren hätten.

BERLINER SENAT

Grüner Teflon-Politiker

Bei Justizsenator Behrendt reihen sich Entgleisungen und Skandale – doch nichts geschieht

In der Diskussion um das umstrittene Berliner Antidiskriminierungsgesetz (LADG) fällt immer wieder der Name des grünen Justizsenators Dirk Behrendt, der als treibende Kraft bei diesem Projekt gilt. Behrendt, der dem linken Flügel seines Landesverbandes zugerechnet wird, erregt mit dem Gesetz nicht zum ersten Mal bundesweites Aufsehen. Erst im November vergangenen Jahres hatte der Grüne für einen Eklat auf der Justizministerkonferenz gesorgt.

Üble Kränkung einer Amtskollegin

Während die Ministerrunde aus allen Bundesländern über einen gemeinsamen Antrag zum 30-jährigen Mauerfalljubiläum diskutierte, sagte Behrendt zu seiner hessischen Kollegin Eva Kühne-Hörmann (CDU) sinngemäß, mit dem Rechtsstaat sei es wohl „in Hessen nicht weit her“. Behrendt soll dabei auf die mutmaßliche

Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Neonazi verwiesen haben. Was Behrendt zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht wusste: Die von ihm verbal angegangene Justizministerin war mit dem Ermordeten jahrzehntelang freundschaftlich verbunden gewesen, Lübcke galt als ihr politischer Ziehvater.

Noch vor seiner Amtszeit als Justizsenator ereignete sich ein Vorfall, der darauf hindeutet, dass der heutige Justizsenator ein generell gestörtes Verhältnis zur Polizei pflegt. Im Jahr 2014, damals noch als Abgeordneter, beschwerte sich der Grüne per Twitter über Polizeischüler, die zu Besuch im Berliner Abgeordnetenhaus waren: „Spalier laufen durch Uniformierte geht nicht.“ Beigefügt hatte Behrendt ein Foto der aus Polizeischülern bestehenden Besuchergruppe.

Etwas irritiert fühlten sich einige Berliner auch durch Behrendts politischen

Prioritäten, nachdem er im Dezember 2016 zum Justizsenator aufstieg. Erst wenige Wochen im Amt, präsentierte er als erste Vorlage für das Landesparlament einen Zwischenbericht zur Einführung von Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden.

Schlamperei mit Daten

Damals wie heute waren der Personalmangel in der Justiz und auch die Zustände in den Berliner Gefängnissen Punkte, die stattdessen die höchste Priorität für einen Berliner Justizsenator einnehmen sollten. Tatsächlich geriet Behrendt im Jahr 2018 nach insgesamt neun Ausbrüchen aus Berliner Gefängnissen derart unter Druck, dass sogar aus den Reihen des Koalitionspartners SPD Rücktrittsforderungen laut wurden.

Der Kreuzberger Grüne überstand diese Forderungen ebenso wie bislang

auch die peinliche Affäre um den Cyberangriff auf das Berliner Kammergericht. Die Hackerattacke war bereits im September vergangenen Jahres öffentlich geworden. Ein im Januar vorgelegtes Gutachten eines externen Dienstleisters hatte festgestellt, dass an dem Gericht gültige Standards der IT-Sicherheit systematisch unterlaufen wurden.

Laut dem Gutachten waren die Angreifer deshalb höchstwahrscheinlich in sogar der Lage, den „gesamten Datenbestand des Kammergerichts abzuschöpfen“. Sven Rissmann, der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, nannte den Cyberangriff auf Berlins höchstes ordentliche Gericht ein „trauriges Beispiel für den IT-Zustand unserer Justizbehörden“ und stellte die Eignung Behrendts für das Amt als Justizsenator ganz unverblümt infrage. N.H.

KOLUMNE

Ungedeckte Schecks

VON THEO MASS

Seit einem Jahr geht der rot-rot-grüne Berliner Senat mit dem sogenannten Mietendeckel bei der eigenen Klientel hausieren. Im Herbst 2021 stehen Neuwahlen zum Landesparlament an. Abgesehen davon, dass die versprochene Wirkung auf die Höhe der Mieten eher mäßig ist und Wohnungseigentümer es sich nicht zweimal, sondern eher dreimal überlegen, ob sie eine Eigentumswohnung vermieten oder doch besser verkaufen, scheint sich bei den Grünen die Sorge zu verbreiten, der „Mietendeckel“ könnte vor dem Landesverfassungsgericht oder spätestens beim Bundesverfassungsgericht scheitern. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Antje Kapek scheint geradezu von Panik erfasst zu sein: „Wir brauchen einen Plan B in der Schublade, sollten wir unwahrscheinlicherweise vor Gericht scheitern.“

„Unwahrscheinlicherweise“, Frau Kapek? Warum schlagen Sie dann Alarm? Schon spielt Kapek sich wieder als Retter der Mieter auf: „Es muss verhindert werden, dass Spekulanten und Immobilienmogule dann die Mieten ungebremst in die Höhe treiben.“

Diese Suppe hat sich der rot-rot-grüne Senat selbst eingebrockt. Nun versucht er, sie nicht auslöffeln zu müssen. Seit dem 23. Februar sind die Mieten für 1,5 Millionen Wohnungen in Berlin auf dem Stand vom Juni 2019 eingefroren. Wenn der Deckel vor Gericht scheitern sollte – was gut möglich ist – und es dann zu Nachforderungen der Vermieter kommt, werden die betroffenen Mieter wohl nicht mehr auf die Versprechungen der Berliner Landesregierung hereinfallen, die versucht, mit ungedeckten Schecks Politik zu machen. Wohnungen zu bauen, kostet Geld, den Preis durch künstlich gedeckelte Mieten zu verschleiern, führt über längere Frist zu ähnlichen Resultaten wie in der DDR, wo das Wohnen aus politischen Gründen spottbillig war: nämlich zu Verfall der Substanz und viel zu wenig Wohnungsneubau.

MELDUNG

Mohrenstraße bleibt erst mal

Berlin – Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) haben ihren Vorstoß gestoppt, die U-Bahn-Station Mohrenstraße wegen Rassismusverdachts in Glinkastraße umzubenennen. Zunächst hatten die BVG angekündigt, als „weltoffenes Unternehmen“ lehnten sie „jegliche Form von Rassismus oder sonstiger Diskriminierung ab“. Das Wort „Mohr“ wurde als diskriminierend gewertet. Nachdem aber auch der neue Name in scharfe Kritik geriet, warnte die Aufsichtsratschefin der BVG, Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne), vor „Schnellschüssen“. Der russische Komponist Glinka sei Antisemit gewesen. Anrainer und Verbände sollten beteiligt werden, fordert Pop. Im Bezirk Steglitz tobte jahrelang ein von links geführter Streit um die Treitschkestraße, bis man sich entschloss, die Anwohner entscheiden zu lassen. Deren Votum war eindeutig, die Treitschkestraße blieb. Wenn Pop bei ihrer Linie bleibt, wird wohl auch der „Mohr“ bleiben. F.B.

● MELDUNGEN

Bergbauern haften für Kühe

Wien – Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) Österreichs sorgt für anhaltende Verunsicherung unter den Bergbauern der Alpenrepublik. Österreichs höchstes Gericht in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten hat im Mai eine Entscheidung des Innsbrucker Oberlandesgerichts (OLG) bestätigt, in der einem Tiroler Bergbauern eine Teilschuld an einem tödlichen Angriff einer Mutterkuh auf eine Wanderin zuerkannt wurde. Obwohl das Todesopfer nach Ansicht des Gerichts Warnschilder und Abstandsregeln ignoriert hatte, war der Landwirt zu Rentenzahlungen an die Hinterbliebenen verurteilt worden. Das Gericht urteilte, dass das bloße Aufstellen eines Warnschildes nicht ausreichend gewesen sei, zumindest entlang des Wanderweges hätte die Weide auch abgezaunt werden müssen. Aufgrund des Vorfalls hat Österreich die Haftung von Tierhaltern angepasst. Trotzdem wurden aus der Steiermark und dem Nationalpark Hohe Tauern Sperrungen von Almwanderwegen gemeldet, weil Bergbauern existenzbedrohende Strafen fürchten. N.H.

Duda siegte vor allem im Osten

Warschau – Bei den Stichwahlen um das polnische Präsidentenamt am vergangenen Sonntag trat der bisherige Amtsinhaber Andrzej Duda, der von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt wurde, gegen den Stadtpräsidenten von Warschau Rafal Trzaskowski von der oppositionellen Bürgerplattform (PO) an. Nach Auszählung von über 99 Prozent der Wahlkreise hat die polnische Wahlkommission ein inoffizielles Ergebnis bekannt gegeben. Demnach hat Duda mit 51,21 Prozent der Stimmen gewonnen und Trzaskowski bekam 48,79 Prozent. Der Unterschied zwischen den Kandidaten beträgt weniger als eine halbe Million Stimmen. Die vollständigen Daten wurden noch nicht übermittelt. Daher konnte das offizielle Wahlergebnis noch nicht bekannt gegeben werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 68,12 Prozent und ist trotz der Ferienzeit viel höher als beim ersten Wahldurchgang vom 28. Juni, als sie 64,51 Prozent betrug. Dies ist ein Rekord in Polen in diesem Jahrhundert und erreicht fast das Rekordergebnis der Präsidentschaftswahlen 1995. Obwohl Duda die Wahlen gewonnen hat, gewann er bei der Stichwahl nur in sechs der 16 Woiwodschaften die Mehrheit. Duda bekam die meisten Stimmen in den Woiwodschaften Karpatenvorland (70,92 Prozent), Lublin (66,31 Prozent), Heiligkreuz (64,41 Prozent), Podlachien (60,14 Prozent), Klempolen (59,75 Prozent) und Lodz (54,46 Prozent). Trzaskowski konnte eine zumindest relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen in den zehn Woiwodschaften Pommern (59,84 Prozent), Lebus (59,80 Prozent), Westpommern (58,76 Prozent), Niederschlesien (55,39 Prozent), Großpolen (54,92 Prozent) Kujawien-Pommern (53,23 Prozent), Ermland-Masuren (53,16 Prozent), Oppeln (52,64 Prozent), Masowien (51,31 Prozent) und Schlesien (49 Prozent). Es lässt sich der Trend feststellen, dass der Amtsinhaber eher im weniger preußisch-deutsch geprägten Osten der Republik seine Hochburgen hat. E.G./PAZ

KRITIK AM REFERENDUM

„Das ist nicht mein Russland“

Hat Putin die Rechnung ohne die Jugend gemacht? – Die Mehrheit lehnt einen „Stillstand 2.0“ ab

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

„Bist Du zur Abstimmung gegangen?“ Auf die Frage ihrer deutschen Freundin antwortet die 65-jährige Moskauerin Jelena: „Nein. Die Politiker haben so viel Schaden angerichtet. Keiner meiner Freunde und Bekannten hat am Referendum teilgenommen.“

Offiziell lag die Wahlbeteiligung bei 65,28 Prozent und die Zustimmung für Putins Verfassungsänderung bei knapp 78 Prozent. Manipulationen, Mehrfachabstimmungen, Verstöße gegen das Wahlgeheimnis. Arbeitgeber, die ihre Angestellten zur Teilnahme gezwungen haben, der Ausschluss von Wahlbeobachtern – das alles führt dazu, dass das Referendum, statt zu mehr Konsens in der Bevölkerung zu führen, eine verheerende Signalwirkung hat: Die Hoffnung vieler, dass die Putin-Ära 2024 endet, hat sich in Luft aufgelöst. Stattdessen gewinnt der Bürger den Eindruck, dass seine Stimme nichts wert ist.

Was bei Älteren wie Jelena zum Rückzug führt, schürt bei jüngeren Menschen Wut und Unzufriedenheit. Vor allem die gut Ausgebildeten verstehen, dass Putin, der soziale Wohltaten verspricht, mit der

Verfassungsänderung vor allem die Festigung seiner Machtvertikale beabsichtigt. Zirka die Hälfte der Menschen sei gegen die Fortsetzung des „Stillstands 2.0“, meint der 19-jährige Politik-Student Alexander.

Umfragen unabhängiger Meinungsforschungsinstitute vor dem Referendum belegen diese Sichtweise. Die Bewegung „Njet“ (Nein), die sich erst im Frühjahr gebildet hat, hätte laut Umfrageergebnissen einen überzeugenden Sieg davontragen können, zumindest in den Millionenstädten, in denen die Bewohner freier in ihrer Entscheidung waren, weil sie weniger von ihren Arbeitgebern zur Beteiligung an der Abstimmung gedrängt wurden – wenn sie denn als Partei anerkannt wäre. In Moskau lag die Wahlbeteiligung nur bei 45 Prozent.

In Interviews gegenüber dem St. Petersburg Nachrichtenportal „Robalt“ äußerten sich Studenten und Experten erstaunlich kritisch gegenüber dem Referendum. „Das ist nicht unser Russland“, sagte eine junge Frau. „Die meisten Änderungen sind Fiktion, das Referendum dient nur dazu, Putins Amtszeiten zu annullieren“, sagte Alisa, 18, eine Journalistik-Studentin.

Maxim, 20, der am Internationalen Institut für Wirtschaft und Finanzen studiert, wirft Putin vor, dass er sich 2008 noch gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen hat und nun völlig gegensätzlich handelt. Die einzige Möglichkeit zur Opposition – und da scheinen sich alle einig zu sein – bestehe darin, in sozialen Netzwerken aktiv zu werden und an Demonstrationen teilzunehmen.

Polizei griff nicht ein

Auf dem Puschkinplatz in Moskau waren einige hundert „Njet“-Demonstranten zusammengekommen, um friedlich zu protestieren. Im Gegensatz zu sonst griff die Polizei diesmal nicht ein. Ob die Politik begriffen hat, dass Polizeigewalt gegen Jugendliche leicht zum Boomerang werden kann? Bei Massenverhaftungen in der Vergangenheit bekamen die Behörden den Zorn der Eltern deutlich zu spüren.

Viele Jugendliche hoffen auf die Zukunft. „Wir werden warten, bis unsere Stunde gekommen ist.“ Junge Russen sehen die Lösung nicht darin, das Land zu verlassen, wie es die Dissidenten in der Sowjetzeit getan haben. Heutige Russen sind selbstbewusster geworden. Sie wissen, dass sie selbst etwas tun können, da-

mit der Traum von einem Russland in Freiheit ohne Oligarchenherrschaft und die Verfolgung Andersdenkender Wirklichkeit werden kann.

Der Wirtschaftsexperte Wladimir Schukowskij glaubt, dass der Kreml eine Mine unter die Staatlichkeit gelegt habe und dass soziale Proteste einen Umschwung bringen könnten. Die Massen auf der Straße würden die Zukunft bestimmen, und das schon sehr bald.

Der St. Petersburg Politologe Grigorij Golosow sieht das ähnlich. Die Zeit spiele gegen Putin, sagt er. Jetzt seien die Eliten gefestigt, aber es gebe keine Garantie, dass sich die Situation nicht unter dem Druck wirtschaftlicher Probleme ändere. Es gebe eine große Nachfrage nach einer Partei, die die Unzufriedenen vertrete und das seien nicht nur 20 Prozent, sondern mehr.

Wladimir Hellmann von der Europa-Universität spricht in der aktuellen Situation von einer Rückkehr in die sogenannte gute UdSSR der 70er und 80er Jahre, nur ohne Defizit und Schlangen vor den Läden. Es würden viele neue Ideen entstehen, seinen Unmut auszudrücken. Wie diese dann aussehen, könnten die demnächst anstehenden Regionalwahlen und die Dumawahl im kommenden Jahr zeigen.



Jugendliche in Moskau auf dem Puschkinplatz: Friedlicher Protest der Bewegung „Njet“ gegen Putin

Foto: imago images/ITAR TASS

HADSCH

Große Wallfahrt ganz klein

Wegen Corona hat Riad die Zahl der Teilnehmer auf dem großen Platz vor der Kaaba auf 1000 reduziert

Am 25. Juli feiern die Muslime die große Wallfahrt (Hadsch) in Mekka. Die jährliche Pilgerfahrt zum schwarzen Meteoriten in Mekka, wo einst der Islam entstand, gehört als eine der fünf Grundsäulen zum Fundament der Religion Islam. Früher durfte sogar ein Pilger nach Rückkehr von der Wallfahrt seinen Namen in Hadsch ändern. Da aus finanziellen und gesundheitlichen Gründen nicht alle Muslime die Möglichkeit haben, in ihrem Leben den Hadsch zu vollziehen, muss die religiöse Handlung nicht unbedingt vollzogen werden.

Corona hat auch vor den heiligen Stätten des Islam nicht Halt gemacht. Viele

Virologen fürchten, dass gerade die Wallfahrten zum Hotspot der Pandemie werden könnten. Spätestens als Ghom, das Zentrum der schiitischen Gelehrsamkeit im Iran, ein Epizentrum der Corona-Epidemie in jenem Land wurde, haben auch in Saudi-Arabien die Alarmglocken geläutet. In Ghom starben nicht nur einige Ayatollahs an dem Virus, von dort breitete es sich im ganzen Land aus, in dem mittlerweile bereits fast 10.000 Menschen an der Krankheit verstorben sind. Die Stadt, die sonst Ziel von Millionen schiitischer Pilger ist, steht immer noch unter Quarantäne, da im Iran eine zweite Corona-Welle im Anmarsch ist.

Nach den Ereignissen von Ghom wurde auch in Mekka die kleine Wallfahrt (Omrah) abgesagt. Auch während des Ramadan waren die heiligen Stätten des Islam menschenleer. Anfang April hatten die saudischen Behörden Muslime weltweit dazu aufgerufen, ihre Vorbereitungen für die große Wallfahrt vorerst einzustellen. Es könne keine verlässliche Aussage darüber getroffen werden, ob die Pilgerfahrt im Sommer stattfindet, heißt es immer noch. Zur großen Wallfahrt wollte das Land eigentlich wieder öffnen, aber seit einigen Wochen erlebt Saudi-Arabien nur noch steigende Corona-Zahlen. Deshalb wurde die Anzahl der

Teilnehmer auf dem großen Platz vor der Kaaba nun auf 1000 beschränkt. Das ist fast nichts, wenn man bedenkt, dass in den letzten Jahren durchschnittlich zwei Millionen Muslime zur Hadsch nach Mekka kamen.

Sonst sind es rund zwei Millionen

Bereits im Jahre 2013 wurden die verantwortlichen Behörden durch die MERS-Epidemie, eine ebenfalls durch Coronaviren verursachte schwere Atemwegserkrankung, vor eine große Herausforderung bei der Planung der jährlichen Pilgerfahrt gestellt. Abgesagt wurde der Hadsch damals jedoch nicht. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Unter Berufung auf offizielle Dokumente berichtete die „Financial Times“ kürzlich über „Mafia-Anleihen“. Dabei sollen Rechnungen von mafiakontrollierten Firmen zusammen mit anderen Forderungen gebündelt und als Paket von Schuldverschreibungen an Investoren weiterverkauft worden sein. Laut dem Bericht wurden zwischen 2015 und 2019 Papiere mit einem Volumen von bis zu einer Milliarde Euro abgesetzt. Eingeflossen sind in die Verbriefungen insbesondere Forderungen für Dienstleistungen im Gesundheitssystem der süditalienischen Region Kalabrien. Dieses ist neben Drogenhandel, Prostitution und illegaler Müllentsorgung mittlerweile auch ein Geschäftsfeld, auf dem die kalabrische Mafia, die 'Ndrangheta aktiv ist. Die Bündelung und der Weiterverkauf von Rechnungen der Mafia-Firmen für Krankentransporte oder Bestattungen stellt eine neuartige Form der Geldwäsche dar: Die 'Ndrangheta erhält für die Papiere von Finanzinvestoren schnell „sauberes“ Geld. Kalabriens Krankenhäuser, und damit der Staat Italien, begleichen die Forderungen später an die Investoren, welche die Papiere gekauft haben.

Methode passt zur 'Ndrangheta

Kalabriens Mafia 'Ndrangheta zeichnet sich zum einen sehr stark durch den Zusammenhalt von rund 150 Familienclans aus. Dazu kommt ein Gespür für immer neue kriminelle Möglichkeiten. Im Gegensatz zur sizilianischen Cosa Nostra und der kampanischen Camorra hat es die 'Ndrangheta dabei auch lange Zeit geschafft, eher wenig ins Visier von Medien und Öffentlichkeit zu geraten. Im Kontrast dazu steht die Bedeutung, die die Mafia aus der süditalienischen Region Kalabrien mittlerweile hat. Erst im Januar haben italienische Polizei und Interpol zu einem weltweiten Vorgehen gegen die 'Ndrangheta aufgerufen. Dem Appell liegt die Einschätzung der Ermittler zugrunde, dass sich die Mafia aus San Luca und Umgebung mittlerweile zu einer globalen Bedrohung entwickelt hat.

Tatsächlich ist die 'Ndrangheta in den letzten Jahrzehnten zur mächtigsten und reichsten Mafiagruppe in Italien aufgestiegen. Seit den 90er Jahren gilt sie auch als mächtigste Mafia-Organisation Europas. Für das Jahr 2013 geht eine Schätzung von einem weltweiten Jahresumsatz der 'Ndrangheta von rund 53 Milliarden Euro aus. Bis in die 1980er Jahre verdienten die 'Ndrangheta-Clans vor allem mit Entführungen zur Lösegelderpressung hohe Millionenbeträge.

Als der Wegzug Vermöglicher aus Italien und eine Gesetzesverschärfung im Jahr 1993 das kriminelle Geschäft mit dem



Nach Massenschlägerei in Erfurt: Polizei vermutet Streit zwischen rivalisierenden Mafioclans

Foto: action press

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Italienischer Clankonzern 'Ndrangheta boomt

Während die Wirtschaft des Landes am Boden liegt, florieren die weltweiten kriminellen Geschäfte der kalabrischen Mafia

Menschenraub immer schwieriger machen, schwenkte die 'Ndrangheta schnell auf den Handel mit Drogen um. Gerade im Handel mit Kokain erzielt die 'Ndrangheta extrem hohe Gewinnspannen, da sie vom Einkauf in Südamerika über die Schmuggelrouten bis hin zum Absatz in Europa und Nordamerika die Fäden meist selbst in der Hand behält. Zugute kommt den kalabrischen Clans dabei, dass manche Familienmitglieder schon seit Jahrzehnten in Lateinamerika leben.

Migration hat ebenso dazu geführt, dass sich Angehörige der 'Ndrangheta-Clans auch in wichtigen Drogen-Absatzmärkten in Europa, Nordamerika und Australien niedergelassen haben. Im Kampf gegen die 'Ndrangheta stoßen die Ermittler auf eine Schwierigkeit, die hierzulande bereits von kriminellen arabischen Großclans bekannt ist. Da die 'Ndrangheta ganz stark auf engen Familienbanden und einem

53

Milliarden Euro geschätzten Jahresumsatz generiert die als mächtigste und reichste Mafiagruppe geltende kalabrische 'Ndrangheta mit kriminellen Geschäften

archaischen Ehrbegriff basiert, ist es fast unmöglich, Informanten zu gewinnen oder verdeckte Ermittler einzuschleusen: Als 'Ndranghetista wird man entweder per Abstammung von einer der mafiosen Familien Kalabriens geboren, oder aber durch ein pseudoreligiöses Taufe-Ritual samt Blutschwur aufgenommen. In Deutsch-

land ist die kalabrische 'Ndrangheta spätestens seit den Mafiamorden von Duisburg bekannt. Im August 2007 waren vor einem italienischen Restaurant in Duisburg sechs Menschen erschossen worden.

Hintergrund der Tat war eine Familienfehde zwischen zwei verfeindeten 'Ndrangheta-Clans. Außer in Nordrhein-Westfalen ist die kalabrische Mafia auch in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen aktiv. Deutsche und italienische Ermittler haben zudem schon länger auch eine Erfurter-Struktur im Visier, die eine immer wichtigere Rolle spielt.

Das Bundeskriminalamt und Italiens Kriminalamt Direzione Investigativa Antimafia gehen davon aus, dass die 'Ndrangheta von Erfurt aus ein Netzwerk von Firmen und Restaurants und weite Teile ihrer Finanzgeschäfte in Deutschland steuert.

NORD STREAM 2

Die EU stemmt sich gegen US-Sanktionen

Dänemark macht trotz Drohungen aus Washington den Weg für die Fertigstellung der Ostsee-Pipeline frei

Anfang Juli machte die dänische Energieverwaltung den Weg frei für den Weiterbau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Nun darf ein zweites Verlegeschiff mit Anker zum Einsatz kommen. Damit kann ein 147 Kilometer langer Teil südöstlich von Bornholm durch die Ostsee verlegt werden und die Fertigstellung der Pipeline rückt näher. Laut Angaben der dänischen Verwaltung befindet sich das Gebiet außerhalb der Gefahrenzone durch am Meeresboden liegende Kriegsmunition, die ein Anker zu gefährlich macht. Bislang waren beim Bau der Pipeline nur Schiffe erlaubt, die sich ohne Anker stabil auf dem Wasser halten können.

Der Weiterbau der Gasleitung war noch aus einem anderen Grund ins Sto-

cken geraten. Die USA hatten gegen die Betreiber von Verlegeschiffen Sanktionen verhängt, weshalb die niederländisch-schweizerische Firma „Allseas“ sich zurückgezogen hatte. Bis das russische Verlegeschiff „Akademik Tscherskij“ den Hafen von Mukran erreicht hatte, lagen die Bauarbeiten auf Eis.

Washington begründet die Verhängung von Sanktionen damit, dass die EU-Staaten sich zu sehr von russischen Gaslieferungen abhängig mache und die Energiesicherheit Europas gefährdet sei. Allerdings hat Russland sich in den vergangenen Jahrzehnten stets als zuverlässiger Energielieferant erwiesen. Sowohl Republikaner als auch Demokraten unterstützen die amerikanischen Drohungen, die Sank-

tionen auszuweiten. Betroffen wären sämtliche am Bau beteiligte Unternehmen, wie Firmen, die Gräben für die Pipeline ausheben, Versicherungen sowie Unternehmen, die Zertifizierungen für die Pipeline ausstellen, bis hin zu Lokalpolitikern, die mit Kontensperrungen und Einreiseverboten in die USA belegt werden.

Der Kampf um Nord Stream 2 entwickelt sich zu einem regelrechten Handelskrieg der USA gegen die EU und Russland. Vordergründig argumentiert Washington mit dem Schutz der Ukraine, die von Transatlantikern abgehängt würde, hintergründig geht es jedoch um die wirtschaftlichen Interessen der USA, die ihr durch Fracking gewonnenes LNG-Gas auf dem europäischen Markt platzieren wollen.

Erstaunlich ist, dass sich Dänemark nun gegen den Willen der USA gestellt hat. Deutlichen Gegenwind gegen die US-Einmischung gibt es erstmals auch von der EU-Kommission. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kündigte Gegenmaßnahmen an. Er nannte die US-Sanktionen „inakzeptabel“ und einen „Verstoß gegen internationales Recht“.

Der deutsche Bundestag schickte einen Brief nach Washington. Klaus Ernst (Linke) schrieb in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Bundestags: „Europa ... erwartet, dass Sie Entscheidungen respektieren, die auf demokratische Weise innerhalb der Europäischen Union getroffen wurden.“ MRK

MELDUNGEN

Strom auf dem Land teurer

München – Nach einer Untersuchung des Vergleichsportals Check24 zahlen Stromverbraucher im ländlichen Raum im bundesweiten Durchschnitt bei gleichem Jahresverbrauch zwei Prozent mehr für Strom als Stadtbewohner. Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern müssen Landbewohner für 4250 Kilowattstunden durchschnittlich sogar 117 Euro mehr zahlen. Dies entspricht einer Stromrechnung, die um neun Prozent höher ausfällt als in der Stadt. Ausnahmen stellen lediglich Hessen und Thüringen dar. In beiden Ländern war laut der Analyse Strom in der Stadt leicht teurer als auf dem Land. Als Ursache des Preisgefälles zwischen Stadt und Land nennt das Vergleichsportal die Netznutzungsentgelte, die rund ein Viertel des Strompreises ausmachen. Im dünner besiedelten ländlichen Raum fallen die Nutzungsentgelte pro Haushalt höher aus, da sich die Kosten auf weniger Einwohner verteilen. N.H.

Behörde schützt Facebook

Dublin – Der irische High Court lässt eine Klage des Facebook-Kritikers Max Schrems gegen die nationale Datenschutzbehörde DPC wegen übermäßig langer Verfahrensdauer zu. Bei der Klage geht es um die Auslegung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Unmittelbar nach Inkrafttreten der DSGVO im Mai 2018 hatte der Verein noyb.eu drei Datenschutzbeschwerden gegen die Facebook-Gruppe eingereicht, die ihren Europasisitz in Irland hat. Laut Schrems hat die irische Datenschutzbehörde allein für die Erstellung eines ersten Untersuchungsberichts zwei Jahre gebraucht. Der Bericht stellt wiederum nur den ersten von insgesamt sechs Verfahrensschritten dar. „Das Verfahren ist kafkaesk und scheint fast darauf ausgelegt zu sein, Nutzerbeschwerden über Jahre hinaus zu verzögern und damit US-multinationale Unternehmen mit Sitz in Irland zu schützen.“, so der Jurist Schrems. N.H.

Studie zu dualem Studium

Berlin – Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Juni eine europaweite Ausschreibung für eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Duales Studium: Umsetzungsmodellen und Entwicklungsbedarfe“ veröffentlicht. Ziel sei es, Transparenz zu verschiedenen Umsetzungsmodelle dualer Studiengänge herzustellen. Die Studie soll Ergebnisse zu der Frage nach nötigen Änderungen oder Regelungen für die bildungspolitische Entwicklung dualer Studiengänge bringen. Hintergrund ist, dass in Deutschland duale Studiengänge, bei denen Studenten einen Teil ihrer Ausbildung an der Hochschule und den anderen in einem Betrieb absolvieren, immer wichtiger werden für die Ausbildung von Fachkräften. Nach dem Studium erfüllen die Ausgebildeten in der Regel ein für die Praxis spezifisches Anforderungsprofil. Laut Bundesregierung ist die Zahl der dual Studierenden von 9753 im Jahr 2005 auf 104.929 im Jahr 2017 gestiegen. MRK

KOMMENTARE

Gegen die Stammwähler

NORMAN HANERT

Während die Sozialdemokratische Partei Deutschlands versucht, gegen ihren Niedergang anzukämpfen, verprellen prominente Sozialdemokraten die noch verbliebenen Reste an Stammwählerschaft durch eine fragwürdige Geschäftstüchtigkeit. Schon das Engagement des SPD-Altkanzlers Gerhard Schröder als Cheflobbyist für den Gazprom-Konzern hat der Sozialdemokratie keine Sympathiepunkte gebracht.

Inzwischen sorgt der frühere SPD-Chef Sigmar Gabriel für weitere negative Schlagzeilen. Schon die Berufung des Ex-Bundesministers in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank hatte im Frühjahr für Wirbel gesorgt. Nun wurde auch noch eine Beratertätigkeit für den Fleischkonzern Tönnies bekannt. Gabriel hat Tönnies von März bis Mai dieses Jahres beraten und dafür pauschal 10.000 Euro monatlich plus ein vierstelliges Honorar für jeden Reisetag kassiert.

Fast zeitgleich sorgten die Einkünfte der SPD-Parteivorsitzenden Saskia

Esken und Norbert Walter-Borjans für Erstaunen. Zusätzlich zu ihren Abgeordnetenbezügen von über 10.000 Euro und einer steuerfreien Kostenpauschale von fast 4500 Euro erhalten die beiden SPD-Chefs von ihrer Partei noch eine Aufwandsentschädigung von 9000 Euro. Bei Esken summieren sich die Einkünfte damit auf monatlich knapp 23.500 Euro.

Von solchen Summen geht für die SPD als selbsternannter „Partei des kleinen Mannes“ eine verheerende Wirkung auf die Öffentlichkeit aus. Der Niedergang der deutschen Sozialdemokratie hat allerdings auch einen anderen Grund. Mit der Propagierung einer unkontrollierten Massenzuwanderung hat die SPD in den letzten Jahren eine Politik gefördert, die zu Lasten ihrer eigentlichen Stammwähler geht. Es sind Geringverdienender und normal verdienende Arbeiter und Angestellte, die auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, bei der Schulbildung ihrer Kinder und über die Alltagskriminalität die negativen Folgen der Immigrationspolitik zu spüren bekommen.

Zeitgeistiger Unsinn

ERIK LOMMATZSCH

Was ist „Gleichstellung“? Unbedarfte Gemüter glauben immer noch, dass es um Chancen und fairen Wettbewerb geht. Gleich ist für alle die Startlinie, zuerst ins Ziel kommt aber der Beste.

In der Politik der Bundesrepublik gab es schon immer ein seltsames Verständnis von „Gleichstellung“. Der konfessionelle Proporz spielte anfangs eine große Rolle, der regionale Proporz tut es bis heute.

Anstatt diesbezüglich eine dringend benötigte Korrektur voranzutreiben, gefällt sich die CDU darin, innerparteilich Regularien zu schaffen, die eine inhaltlich-sachliche Qualifikation von Kandidaten noch weiter zurückdrängen. Die „Parteispitze“ feiert sich laut „Tageschau“ mit dem Vorhaben, „Frauen bei der Vergabe von Mandaten und Parteiämtern verbindlich gleichzustellen“. Bis 2025 sollen alle Vorstandsämter ab Kreisebene zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden. Sofern dies nicht möglich ist, bleibt die Position frei.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt sowie Vorsitzende der Frauen-Union (FU), Annette Widmann-Mauz, geriert sich als eine der eifrigsten Ruferinnen nach der „Quote“. Die Studienabschreiberin ist genau die Art von Politikerin, die durch solche Regularien dann vermehrt und ohne jegliche erkennbare Leistung in Führungsämtern gehoben wird.

Es scheint nicht zu interessieren, dass das Ganze ein Schlag ins Gesicht derjenigen Frauen ist, die aufgrund ihrer Kompetenz Ämter erlangt haben und dass in Zukunft jede Frau in der CDU, die eine Führungsposition innehat, dem Verdacht ausgesetzt ist, diese lediglich aus Gründen der „Quote“ erhalten zu haben. Dass nur rund ein Viertel der Parteimitglieder weiblich ist, auch nicht. Gerade der Blick auf die gegenwärtige Lage zeigt, dass in der CDU Frauen auch ohne „Quote“ in höchste Positionen gelangen. Der zeitgeistige Unsinn wird die Entwurzelung der Partei noch weiter vorantreiben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Mit rund 3300 Mitarbeitern das größte Lazarett der US Army außerhalb der USA: Landstuhl Regional Medical Center (LRMC)

KOLUMNE

Warum nicht alle GI gehen

FLORIAN STUMFALL

Zu den immer wiederkehrenden Vorwürfen der deutschen Politiker-Journalisten-Klasse gegen den US-Präsidenten Trump gehört die barsche Zurückweisung von dessen Forderung, Berlin solle mehr an die NATO zahlen, zwei Prozent der wirtschaftlichen Leistungskraft. Derzeit liegen diese Aufwendungen bei 1,3 Prozent, und die Entwicklung der zurückliegenden Zeit lässt nicht vermuten, dass sich Grundlegendes ändern wird bis zum gesetzten Termin im Jahre 2024.

Doch so einfach, wie es dargestellt wird, ist das Problem nicht. Denn bereits der Begriff „fordern“ ist missverständlich. Bei den zwei Prozent handelt es sich nämlich um eine Verpflichtung, die Berlin gegenüber der NATO eingegangen ist, und nicht um eine fixe Idee des US-amerikanischen Präsidenten.

Dieses Problem ist also denkbar ungeeignet für reflexartige Anwürfe an das Weiße Haus. Allerdings geht Trumps Entscheidung, in diesem Zusammenhang von den rund 35.000 GI, die in Deutschland stationiert sind, etwa 9500 abzuziehen, was als Abstrafung dargestellt wird, ebenfalls am Kern der Sache vorbei. Dieser nämlich besteht in der Frage, wie es denn mit der militärischen Bedrohung Deutschlands bestellt und woher eine solche zu befürchten sei.

Keine Frage, man muss nicht lange suchen: Die Russen sind's, die in ungezügelter Gier Blick und Begehren auf Deutschland und ganz Europa richten, um es sich einzuverleiben. So jedenfalls die offizielle Darstellung durch Politiker und Militärs des Bündnisses, das Sinngemäß und Lebensrecht aus eben dieser Gefahren-Analyse ableitet.

Drohung oder Verheißung?

Dagegen haben die Aktivitäten, die vom US-Militär in Deutschlands ausgehen, mit dieser strategischen Geschäftsgrundlage wenig zu tun. Dies ist umso auffälliger, als mittlerweile sogar die Systemmedien einzeln auf die wahren Zusammenhänge hinweisen. Diese werden deutlich, wenn man die wichtigen US-Basen in Deutschland und ihre Aufgaben betrachtet. Niemand hat das kürzer zusammengefasst als der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Nick in einem Gespräch mit der Deutschen Welle Anfang Juni: „Ein Großteil der US-Streitkräfte in Deutschland ist

vorrangig nicht auf die territoriale Landesverteidigung ausgerichtet. Vielmehr erfüllen sie Aufgaben innerhalb des NATO-Bündnisses und in der weltweiten militärischen Präsenz der USA.“

Zwar gibt die Bundesregierung vor, davon nichts zu wissen, aber es gehört zu den politischen Allgemeinplätzen, dass von Ramstein aus die US-Kriege von Somalia bis Pakistan geleitet werden, vor allem der Einsatz von Drohnen und Raketen wird hier technisch abgewickelt. Ohne Ramstein wären solche Einsätze, denen immer wieder zahlreiche Zivilisten zum Opfer fallen, nicht möglich.

„Die Amerikaner sind nicht hier, um uns einen Gefallen zu tun, sondern weil sie strategische Interessen haben“

General a. D. Harald Kujat
ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses

Ein zweiter Schwerpunkt ist Stuttgart, Kelley Barracks. Hier residiert das Africom, die Zentrale für alle militärischen Aktivitäten der USA in Afrika. Offiziell ist von Basen in nur sechs Ländern die Rede, aber das ist nicht die Wahrheit. Vielmehr unterhalten die USA in so gut wie jedem afrikanischen Land von Marokko bis Tansania und Guinea bis Kenia Militärbasen, die alle dem Africom in Stuttgart unterstehen. Dieses enorme militärische Engagement auf dem Schwarzen Kontinent ist eine Reaktion auf die später Erkenntnis, dass die Chinesen seit Langem und in aller Stille die afrikanischen Länder wirtschaftlich an Peking gebunden und sich so Zugriff zu den unermesslichen Rohstoffen verschafft haben. Als dritter Schwerpunkt sei Landstuhl genannt, wo die USA mit dem Landstuhl Regional Medical Center (LRMC) ihr größtes Militärkrankenhaus im Ausland unterhalten.

Soweit es in der Politik so etwas gibt, besteht absolute Sicherheit darüber, dass die USA Einrichtungen dieser Art solange

nicht gefährden werden, wie es in ihrer Macht steht, sie zu behalten. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General a. D. Harald Kujat bestätigt: „Die Amerikaner sind nicht hier, um uns einen Gefallen zu tun, sondern weil sie strategische Interessen haben. Deshalb werden sie auch ganz sicher nicht vollständig aus Deutschland abziehen.“ Angesichts dieser Zusammenhänge gewinnt die deutsche Verpflichtung zu einer erhöhten Zahlung an die NATO einen neuen Aspekt. Sie soll zur Finanzierung der US-Militärpräsenz in aller Welt beitragen. Schließlich kosten an die 1000 Basen, um den Globus verteilt, eine Menge Geld.

„Das kann man ja nur begrüßen“

Der Entschluss, 9500 Mann von Deutschland abzuziehen und wahrscheinlich nach Polen zu verlegen, berührt die strategischen Gegebenheiten keineswegs. Vielmehr ist der Schritt nach Osten von propagandistischem Wert, denn er kann dazu genutzt werden, wieder einmal auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die von dort angeblich dräut. Denn ohne Propaganda geht es nicht. Man käme sonst vielleicht in die Not, erklären zu müssen, warum sich nach 1991 sämtliche russischen Truppen aus Deutschland zurückgezogen haben, die US-amerikanischen aber nicht. Oder zu welchem Zweck die NATO weiterhin existiert, wo doch der Warschauer Pakt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion liquidiert worden ist. Oder warum die USA 1000 Militärbasen im Ausland brauchen, die Russen dagegen nur acht.

Zum Teilabzug der US-Truppen sagte der frühere Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Willy Wimmer: „Das kann man ja nur begrüßen, denn die ganzen Anmerkungen, die zu diesen Überlegungen des amerikanischen Präsidenten derzeit in Berlin geäußert werden, machen ja deutlich, dass die hier anwesenden amerikanischen Truppen mit deutschen oder europäischen Sicherheitsinteressen eigentlich gar nichts mehr zu tun haben. Stattdessen sind sie Drehscheibe für amerikanische Militäreinsätze in anderen Teilen der Welt.“ Und er ergänzte seine Darlegung durch die maliziöse Frage, warum denn nicht alle GI gingen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Drei Herrscher spielten Schicksal

Ausstellung zum 50. Jahrestag der Potsdamer Konferenz auf Schloss Cecilienhof – Eröffnung wegen Corona wochenlang verzögert

VON SILVIA FRIEDRICH

Die drei Fahnen der Alliierten flattern weithin sichtbar am Hauptportal des Schlosses Cecilienhof in Potsdam, und zwar genau wie vor 75 Jahren. So haben heutige Besucher diesen Ort sicher noch nie gesehen.

Der erste Blick beim Betreten der Schau fällt auf eine Bildinstallation, bestehend aus lebensgroßen Abbildungen in schwarz-weiß der „Stunde Null“ in Deutschland: feiernde russische Soldaten, Menschen in abgerissener Kleidung, Flüchtlingsströme, weinende Kinder, ein Häftling, der das KZ überlebt hat und verloren in diese zerstörte Welt schaut.

Ziel der Ausstellung „Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt“ ist es, in allen Bereichen die Sicht der Betroffenen in den Fokus zu heben. Die „Potsdamer Konferenz“ war eines der weitreichendsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts, doch wird sie von den Ausstellungsmachern von ihrem „Podest“ gehoben durch persönliche Stimmen vieler Einzelschicksale, welche die Konsequenzen der Beschlüsse zu tragen hatten.

Im folgenden Raum läuft ein Film über die Stadt Potsdam, wie diese sich damals den Teilnehmern der Konferenz zeigte. Zerstörte Gemäuer sind zu sehen, Panzer rollen durch die Straßen, in denen Elendsgestalten Zuflucht suchen.

Und gegenüber fällt dem Besucher das strahlende übergroße Bild einer jungen Frau auf, die die Gäste gewissermaßen begrüßt. Es ist Joy Hunter, ehemals Joy Milward. Die heute 94-jährige, ehemalige Sekretärin der Delegation des britischen Premierministers Winston Churchill sollte die Ausstellung mit eröffnen. Coronabedingt war diese Reise bisher nicht möglich. Gerade einmal 19 Jahre alt, kam sie damals in das kriegszerstörte Berlin. Auf der Fahrt nach Potsdam-Babelsberg sah



Menschenschicksale im Vordergrund: Ausstellungswand mit den Siegern, Verlierern und Opfern des Krieges

Foto: SPSG

sie Menschen, die ihre Habseligkeiten hinter sich hertragen und ihre Kinder auf den Armen trugen. Es stimmte sie traurig, in die emotionslosen Gesichter der Menschen, vor allem der Kinder, zu schauen.

Sie wurde in einer Babelsberger Villa untergebracht, wo „alles noch an das Familienleben erinnerte“, und fand dort ein leeres Fotoalbum. Obwohl verboten, begann sie mit Tagebuchaufzeichnungen ihres Aufenthaltes im Sommer 1945 und schilderte bewegend ihre Eindrücke. Dieses einzigartige Zeitzeugnis wurde vom Kurator der Sonderausstellung, Matthias Simmich, bei seiner Recherche in England gefunden und nun zu einem entscheidenden Objekt der Ausstellung.

Besucher können virtuell im Tagebuch blättern und so einen persönlichen Einblick in diese Zeit bekommen. Fotos, Zeitungsartikel, Zeichnungen und Passierscheine illustrieren das Werk. Sogar ihre alte Erika-Schreibmaschine ist aufgestellt. „Ich wünschte, ich hätte Berlin vor dem Krieg gesehen“, lässt sie wissen. Das Ausmaß der Zerstörung hatte sie sich nicht vorstellen können.

Das genau bewirkte, dass das erst als „Berliner Konferenz“ anberaumte Zusammentreffen des US-Präsidenten Harry S. Truman, des britischen Premierministers Churchill und des sowjetischen Diktators Josef Stalin nach Potsdam verlegt wurde, in das unversehrte Schloss Cecilienhof.

Simmich führte ein Interview mit Joy Hunter, welches in der Ausstellung als Video zu sehen ist und in dem die alte Dame so lebendig von ihren Erinnerungen berichtet, als wäre es gestern gewesen. Im Vorzimmer zum Konferenzraum stehen die Berater der Staatenlenker, darunter der spätere Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko, als lebensgroße Pappfiguren in Schwarz-Weiß.

Der Konferenzraum selbst ist beeindruckend wie immer, wenn man Schloss Cecilienhof besucht, allein schon wegen seiner Ausmaße. Und so mancher wird vielleicht auch Gedanken daran verschwenden, wie die Familie des Kronprinzen dereinst hier wohl lebte, bevor der

Ort für immer zum politischen Weltschau-Platz wurde.

Den Tisch, der wieder so hergerichtet ist wie zur Konferenz, mussten die Sowjets extra bauen lassen. „Es ist im Grunde kein Tisch“, sagt Projektleiter Jürgen Luh, „sondern eher eine große Platte, die auf Füßen steht.“ Nur so konnte man die vielen Kongressteilnehmer platzieren.

„Wichtig war uns zu zeigen, dass drei Menschen über das Schicksal von Millionen entschieden haben, ohne dass diese eine Stimme gehabt haben“, fügt Luh hinzu. In der Ausstellung wird das Drama der 14 Millionen deutschen Vertriebenen aus den Ostgebieten anhand bewegender Einzelschicksale verdeutlicht. Besucher, deren Familien aus den Gebieten stammen, können multimedial die Fluchtstrecken verfolgen, die ihre Verwandten wahrscheinlich haben nehmen müssen.

Eine Art schwarzer Tunnel führt durch mehrere Räume ins Zeitalter der atomaren Bedrohung und zeigt mittels Filmen und Leihgaben aus Museen die Ereignisse um den Atombombenabwurf in Hiroshima, die in Potsdam ihren Anfang nahmen.

Viele Ausstellungstücke fehlen noch, sollen aber bald eintreffen, wie Churchills Hut und Gehstock. Eine Zigarrenkiste mit seinem Konterfei aus Tabakblättern, die er seiner Ehefrau als Geschenk machte, ist schon da. Die Corona-Krise verhinderte vieles andere, jedoch nicht, dass der weiße Anzug Stalins pünktlich ausgestellt werden konnte. Trotz anderer Vereinbarung mit den Leihgebern verlangte das russische Kulturministerium das Eingreifen in die Begleittexte, was von den Ausstellungsmachern aber abgelehnt wurde.

● Schloss Cecilienhof, geöffnet bis 31. Dezember von Dienstag bis Sonntag 10 bis 17:30 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Empfohlen wird der Vorverkauf online unter <https://tickets.spsg.de>. Begleitband zur Ausstellung: Sandstein Verlag, 34 Euro

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Auflösung eines einzigartigen Erbes

Seit 1957 wacht die SPK über Preußens Kulturgüter – Jetzt soll alles ganz anders werden

Angestellte kennen das. Wenn externe Berater in eine Firma kommen, um Arbeitsabläufe zu „optimieren“, dann verheißt das meist nichts Gutes. Es ist eigentlich nur ein Tarnmanöver, mit dem die Unternehmensleitung von den eigenen Versäumnissen ablenken will.

Ähnlich muss man sich das von Kulturstaatsministerin Monika Grütters beim Wissenschaftsrat in Auftrag gegebene Gutachten zur Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) vorstellen. Die darin empfohlene Zerschlagung der Preußensstiftung, die in Berlin 15 Museumssammlungen und vier weitere Kulturinstitute verwaltet, dient nur der Legitimation und Durchsetzung politischer Entscheidungen, die zuvor längst gefallen sind.

„Dysfunktional“ sei das ganze Konstrukt der SPK, heißt es im Gutachten, die Stiftung sei „strukturell überfordert“, und verschlungene hierarchische Strukturen würden notwendige Modernisierungen etwa beim Geheimen Staatsarchiv hinauszögern. 2000 Mitarbeiter zählt die SPK, die damit weltweit zu den größten Kulturinstitutionen zählt. Bei einer solchen Zahl blühen dann die metaphorischen

Vergleiche. Vom unbeweglichen „Tanker“ („FAZ“) oder der „Titanic“, die auf ihren Untergang zusteuert („Spiegel-Online“), ist da schnell die Rede. Seltsam, dass man Ähnliches nicht vom Pariser Louvre oder dem British Museum hört. Hier sind auch zwischen 2000 und 1500 Personen angestellt, aber eben nur in einer Kulturinstitution und nicht in 19 wie bei der SPK.

Dass die Berliner Museen nicht die Leuchtkraft besitzen wie jene in Paris oder London, die in Vor-Corona-Zeiten dank Kunstschatzen wie der „Mona Lisa“ ungleich mehr Besuchermassen anziehen konnten, liegt auch an der föderalen Struktur Deutschlands. Anders als im zentralistischen Frankreich oder auch in Großbritannien sind hier große Kunstwerke auf mehrere Städte verteilt. Der Dresdner Zwinger, die Münchener Pinakothek oder das Frankfurter Städel konkurrieren mit den Berliner Museen, die außer der Nofretete und dem Pergamonaltar kaum ein Kunstwerk von unvergleichlichem Weltrang besitzen.

Noch ein weiteres Hindernis kommt hinzu: Die Berliner Sammlungen haben sich noch nicht von den Folgen des Zwei-

ten Weltkriegs erholt. Viele Kunstwerke blieben verschollen, so manches landete als Raubkunst in der Sowjetunion.

SPK führte Sammlungen zusammen

Um das zum Schutz vor den Bomben in Bunkern an verschiedenen Orten in Deutschland ausgelagerte preußische Sammlungserbe wieder zusammenzuführen, wurde die SPK 1957 gegründet. Dadurch wurde nach der Auflösung des Staates Preußen zehn Jahre zuvor auch die Eigentumsfrage beantwortet. Der Einigungsvertrag von 1990 übertrug der SPK schließlich die Aufgabe, die preußischen Kulturgüter aus beiden Teilen Berlins zusammenzuführen.

Seitdem ist die SPK Herrin unter anderem über die Häuser auf der Museumsinsel, das Kulturforum, die auf zwei Standorte verteilte Staatsbibliothek, das Geheime Staatsarchiv, das Institut für Musikforschung und das Ibero-Amerikanische Institut. Aus den Beständen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst in Dahlem speist die SPK außerdem das einer eigenen Stiftung angehörende Humboldt-Forum.

Wenn der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten nun die Aufteilung der SPK in vier selbstständige Institutionen empfiehlt, so muss nicht zwangsläufig gleich alles besser werden. Die Trennung von Staatlichen Museen, Staatsbibliothek, Staatsarchiv und Ibero-Amerikanischem Institut bedeutet zusätzliches Personal mit eigenem Präsidenten und Dienststab. Das wird nicht gerade billiger. Der Bund, der mit 75 Prozent an der SPK beteiligt ist – der Rest kommt von der Stadt Berlin und den übrigen Ländern –, wird dabei kräftig zuschießen müssen.

Staatsministerin Grütters wird dabei – wie auf Seite 1 beschrieben – mehr Einfluss nehmen können. Das war wohl auch das Ziel. In Zeiten, da man „Beutekunst“ pflichtbewusst restituiert, da im Rahmen des Humboldt-Forums verstärkt über das koloniale Erbe debattiert und politischer Bildersturm betrieben wird, soll nicht nur das preußische Erbe, sondern auch der Name Preußen getilgt werden. Was kommt als Nächstes? Die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten, die in Berlin und Brandenburg preußische Adelssitze verwaltet, sollte sich warm anziehen. Harald Tews

● MELDUNG

Weimars Dank an Winterstein

Weimar – Mit der Ausstellung „Von Delacroix bis Warhol. Die Schenkungen von Wilhelm Winterstein“ würdigt die Klassik Stiftung Weimar den Münchner Sammler und Mäzen Wilhelm Winterstein, der seit mehr als 20 Jahren engagiert die Graphischen Sammlungen der Stiftung unterstützt. Vom 18. Juli bis 11. Oktober zeigt die Klassik Stiftung im Schiller-Museum Weimar 40 hochrangige Werke, die mit der Hilfe Wintersteins für Weimar gewonnen werden konnten. Dabei treten die Zeichnungen und Grafiken von Johann Heinrich Wilhelm Tischbein, Jacques-Louis David, Eugène Delacroix, Jean-Auguste-Dominique Ingres, Jean-Baptist Camille Corot und Théodore Rousseau bis hin zu vier großformatigen „Goethe“-Köpfen des US-amerikanischen Pop-Art-Künstlers Andy Warhol in einen Dialog mit weiteren 47 Werken aus den Graphischen Sammlungen. Wegen der derzeitigen Besuchereinschränkungen empfiehlt sich der Online-Kauf von Eintrittskarten via Internet unter <https://tickets.klassik-stiftung.de>. tws

MICHAEL I.

Begründer der Romanow-Dynastie

Als Michael Romanow 1613 den russischen Thron bestieg, war er 16 Jahre alt. Zuvor hatte der Semskej Sobor, die Landesversammlung, der Vertreter des Adels und der Kirche angehörten, in Moskau seine Arbeit aufgenommen. Seine Hauptaufgabe war die Wahl des neuen Zaren, um der Zeit der Wirren ein Ende zu setzen. Das Ziel der Politik bestand darin, den Feind Polen zurückzudrängen. Die Truppen von Polens König Sigismund III. belagerten Moskau, dessen Sohn Wladyslaw IV. war für den russischen Thron vorgesehen.

Die einflussreiche Familie Romanow war unter dem Regenten Boris Godunow in Ungnade gefallen. Im Jahre 1600 mussten Michaels Vater Fjodor und Mutter Xenia, als Filaret und Marfa getarnt, ins Kloster fliehen.

Am 21. Juli 1613 wurde Michael Romanow in der Mariä-Entschlafens-Kathedrale des Moskauer Kreml zum Kaiser gekrönt. Die Macht lag in den Händen von Adelsfamilien. Michaels Vater, der sich geweigert hatte, das von den Polen ausgearbeitete Abkommen über die Übertragung des russischen Throns auf den polnischen König zu unterzeichnen, wurde verhaftet und erst 1619 freigelassen, als mit Polen ein Waffenstillstand geschlossen wurde. Michaels Vater wurde zum Patriarchen von Moskau und ganz Russland erhoben. Von diesem Moment an war er das



Michael I. Foto: unbekannt

wahre Oberhaupt Russlands. Unter seiner Führung gelang es Russland, seine Unabhängigkeit im Kampf gegen Polen zu verteidigen, die Zentralmacht wurde im ganzen Land wiederhergestellt und eine allmähliche Wiederbelebung der zerstörten Wirtschaft begann.

Zar Michael hat Russland zwar 32 Jahre lang regiert, besaß aber keinerlei herrscherliche Qualitäten. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die neue Dynastie zu stärken, indem er für seinen Thronfolger sorgte. Seine erste Frau, Prinzessin Maria Dolgoruka, heiratete er 1624. Doch nur wenige Tage später starb die junge Frau. Der Zar nahm die Tochter eines kleinen Adligen, Jewdokija Streschnjewa, zur Frau. Die Hochzeit fand im Februar 1626 statt. 1627 wurde das erste Kind geboren, das Mädchen Irina. Auch das zweite Kind, Pelageja, war weiblich. Erst im März 1629 wurde der erhoffte Thronfolger Alexej geboren.

Von den zehn Kindern, die Jewdokija gebar, waren drei Jungen. Nur Alexej erlebte das Erwachsenenalter. Seit seinem 30. Lebensjahr litt Michael an einer fortschreitenden Beinkrankheit, die ihn zunehmend lähmte. Vor 375 Jahren, am 23. Juli 1645 und damit einen Tag nach seinem 49. Geburtstag, starb der erste Zar der Romanow-Dynastie an Wassersucht. Nachfolger wurde sein 16-jähriger Sohn Alexej. MRK

VON MANUEL RUOFF

Die sogenannte Luxemburgkrise hatte 1867 zu einem irreparablen Vertrauensverlust zwischen dem Kaiser der Franzosen, Napoleon III., und dem preußischen Ministerpräsidenten, Graf Otto von Bismarck, geführt. Bismarck war nach dem Deutschen Krieg von 1866, dem sogenannten zweiten Einigungskrieg, nicht so vermessend gewesen, sich Napoleons Streben nach dem Rhein grundsätzlich entgegenzustellen. Er hatte aber versucht, den französischen Imperialismus von deutschem auf nichtdeutsches Gebiet abzulenken.

Da er Luxemburg zum Ausland zählte, förderte er Napoleons Streben, dem Großherzog von Luxemburg und König der Niederlande, Wilhelm III., dessen Großherzogtum abzukufen. Bismarck wusste jedoch, dass die deutsche Nationalbewegung im Gegensatz zu ihm Luxemburg als deutsch betrachtete, und schlug deshalb vor, dass Napoleon und Wilhelm ihn scheinbar vor vollendete Tatsachen setzten. Dazu fehlte jedoch Wilhelm III. der Mut, und er fragte Preußen, dessen Truppen aus Zeiten des Deutschen Bundes noch in Luxemburg standen, offiziell nach dessen Einverständnis zum geplanten Verkauf. Aus Rücksicht auf die deutsche Nationalbewegung antwortete Bismarck mit Nein, und alles blieb beim Alten. Nur dass Napoleon sich nun von Bismarck hintergangen fühlte. Er sah es so: Erst animierte der Preuße ihn zum Erwerb Luxemburgs, und dann brachte er das Projekt mit seinem Nein zum Scheitern.

Luxemburgkrise zerstörte Vertrauen

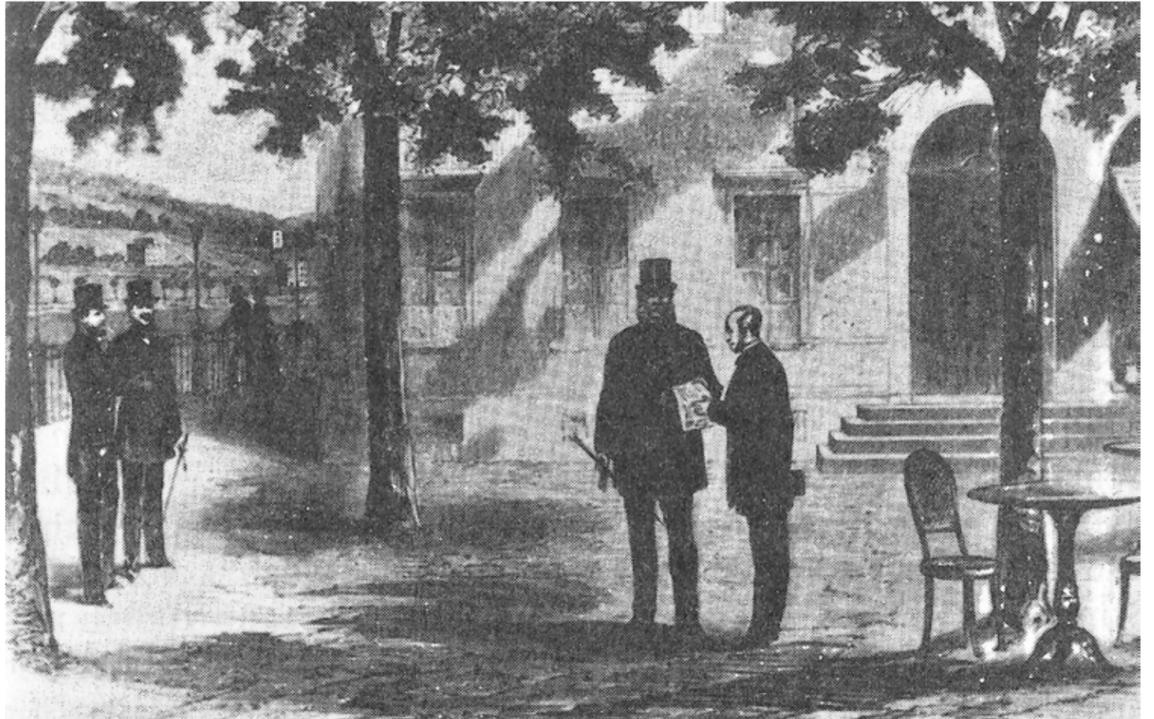
Angesichts dieser Verschlechterung der Beziehungen musste Bismarck die Hoffnung aufgeben, dass die norddeutsche Großmacht ohne Widerstand Frankreichs den Main überschreiten und die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage vollziehen könne. Im März 1870 formulierte es der britische Außenminister wie folgt: Frankreich würde, wenn es inzwischen nicht weiser werde, die deutsche Einigung als casus belli betrachten.

Es wäre falsch anzunehmen, Bismarck hätte sich von dieser Kriegsdrohung nicht schrecken lassen und nun zielstrebig eine militärische Lösung angestrebt. Vielmehr hielt er ob dieser Drohung die pessimistische Einschätzung seines Königs, Wilhelm I., dass dieser die Einigung Deutschlands nicht mehr erleben werde, für „sehr wahr und weise“.

Eine unerwartete Dynamik in die Entwicklung brachten jedoch Ereignisse in Spanien, welche die französisch-preußischen Beziehungen schwer belasteten. Dort war die Königin Isabella II. 1868 gestürzt worden, und es stellte sich die Frage nach der Nachfolge. Der französische Kaiser wollte, dass der spanische Thron dem französischen Adelsgeschlecht der Bourbonen erhalten blieb, und machte sich für Isabellas Sohn Alfons stark, der 1874 auch tatsächlich als Alfons XII. spanischer König wurde. 1870 schien die Entwicklung jedoch auf den Hohenzollernprinzen Leopold hinauszuweisen.

Sturz Isabellas II. von Spanien

Leopold gehörte nur der süddeutschen Nebenlinie der Sigmaringer an. Er war wie das Gros der Spanier und der Franzosen Katholik, während die in Berlin regierende Hauptlinie der Hohenzollern und das Gros der Preußen protestantisch waren. Und Spanien hatte längst nicht mehr seine einstige Bedeutung wie zu Zeiten der Habsburger. Trotzdem glaubte der anti-preußische französische Außenminister Antoine Alfred Agénor, Herzog de Gramont, die Situation mit den Zeiten vergleichen zu können, als der Habsburger Karl V./Carlos I. als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und König von Spanien Frankreichs doppelter Nachbar war. Nach vorheriger Absprache mit seiner Regierung und seinem Kaiser erklärte der französische Außenminister am 6. Juli 1870 vor den Abgeordneten der Chambre



Treffen auf der Kurpromenade von Bad Ems sechs Tage vor Kriegsausbruch: König Wilhelm I. und Graf Vincent Benedetti (v.l.)

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER KRIEG VON 1870/71

Stunde der Entscheidung über die kleindeutsche Lösung

Vor 150 Jahren erklärte Frankreich Preußen den Krieg. Es war der dritte und letzte der sogenannten deutschen Einigungskriege

législative: „Wir glauben nicht, dass die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, dass eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze und dadurch zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas in Unordnung bringen und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte.“

Gramonts Vergleich mit Karl V.

Der französische Botschafter in Berlin, Graf Vincent Benedetti, wurde in diesem Sinne bei Wilhelm mehrmals vorstellig. Der friedliebende Preußenkönig gab schnell nach. Bereits einen Tag nach der Benedetti in dieser Sache gewährten ersten Audienz verfasste der Chef des Gesamthauses Hohenzollern ein entsprechendes Handschreiben an die süddeutsche Verwandtschaft. Entsprechend Wilhelm's Empfehlung erklärte Leopolds Vater, Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, den Verzicht seines Sohnes auf die Kandidatur.

Frankreich konnte zufrieden sein. Doch Napoleon und seiner Regierung, die glaubten, durch ständige außenpolitische Erfolge das napoleonische System innenpolitisch legitimieren zu müssen, hofften, dass noch mehr drin sei, dass sich der Erfolg noch ausbauen lasse, und überspannten den Bogen. Benedetti bekam die Wei-

nung, erneut beim in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorstellig zu werden und eine weitere Forderung zu stellen. Jedoch spätestens, nachdem den friedliebenden Wilhelm in Bad Ems die Nachricht vom definitiven Kandidaturverzicht Leopolds erreicht hatte, sah selbst er keinen weiteren Handlungsbedarf mehr und erachtete die Sache als erledigt.

Was Benedetti von Wilhelm forderte, und wie der Verkehr zwischen den beiden in Bad Ems verlief, telegraphierte Wilhelms Berater und Begleiter in Bad Ems, Heinrich Abeken, am 13. Juli 1870 Bismarck nach Berlin:

„Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, dass ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt, etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, dass ich noch nichts erhalten hätte und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, dass mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten [Karl Anton von Hohen-

zollern-Sigmaringen] bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, dass er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburger und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: dass Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich, sowohl unsern Gesandten, als in der Presse mitgeteilt werden sollte.“

Napoleon überspannte den Bogen

Bismarck folgte der verklausulierten Anregung seines Königs. Dafür verkürzte er die Schilderung Abekens und Wilhelms zu den folgenden Worten:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an S. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, dass er nach Paris telegraphiere, dass S. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.“

Seine Maj. der König hat es darauf abgelehnt, den Franz. Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, dass S. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“

Es ist umstritten, inwieweit die Zurückweisung der neuen Forderung Benedettis durch Wilhelm und inwieweit Bismarcks Darstellung dieser Zurückweisung gegenüber der Öffentlichkeit die Franzosen provoziert hat. Fakt ist, dass Frankreich sich derart provoziert fühlte, dass es am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg erklärte. Nun entschieden die Waffen, ob es zu einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage kommen konnte.

Kurzporträts



Vincent Benedetti Der Graf fühlte sich durch Wilhelms I. Behandlung in Bad Ems nicht provoziert. Rückblickend urteilte er, es habe „weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten“ gegeben



Heinrich Abeken Der Wirkliche Geheime Legationsrat schrieb mit seiner Emser Depesche Geschichte. Als Vertrauter Wilhelms wie Bismarcks war er für diese Scharnierfunktion prädestiniert



Napoleon III. Sein Kaiserreich überlebte den Deutsch-Französischen Krieg nicht. Nach seiner Gefangennahme bei Sedan wurde Frankreich Republik. Der Neffe Napoleons I. starb 1873 im Londoner Exil

VOLKSABSTIMMUNG IN OST- UND WESTPREUSSEN VOM 11. JULI 1920

„Das ganze Volk blickt voll Stolz auf die Masuren und Ermländer“

Das Referendum verbesserte nicht nur das Selbstbewusstsein der Ruhrmasuren und deren Ansehen bei den „Hiesigen“, sondern auch deren Vernetzung in der neuen Heimat

VON DIETER CHILLA

Nicht nur im südlichen Ostpreußen, sondern auch im Ruhrgebiet schlug die Nachricht von den Gebietsansprüchen Polens auf Masuren wie eine Bombe ein. In Gelsenkirchen, Herne, Bochum und den anderen Städten zwischen Dortmund und Duisburg sowie Emscher und Lippe war die Mehrheit der dort ansässigen Bevölkerung noch im südlichen Ostpreußen, der Landschaft mit dem Namen Masuren, geboren. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begann der Zustrom von Menschen aus den masurischen Kreisen Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Johannsburg, Lötzen, Lyck und Rastenburg in die Orte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Nach Gelsenkirchen war der Zuzug besonders intensiv. Vor allem Menschen aus dem Kreis Ortelsburg sammelten sich hier in so großer Zahl, dass die Stadt bald den Beinamen „Klein Ortelsburg“ erhielt.

Die Vorstellung, dass ihre Heimat in Zukunft ein Teil des polnischen Staates sein sollte, erschien ihnen vollkommen wirklichkeitsfremd, zumal die meisten von ihnen zu den sogenannten Ruhrpolen keinen Kontakt fanden, umgekehrt auch nicht. Zu groß waren die Unterschiede im konfessionellen Bereich, in der nationalen Orientierung und in der Lebensführung. Ihre Fremdheit in Preußen wurde auch von den Polen so wahrgenommen, denn etwa zwei Drittel von ihnen verließen nach der Neugründung des polnischen Staates 1919 das Gebiet zwischen Lippe und Emscher und suchten vor allem in den nunmehr zu Polen gehörenden oberschlesischen Kohlegruben Brot und Lohn.

Der große Saal des Neustädter Vereinshauses wurde neben sechs anderen Gelsenkirchener Vereinshäusern zur Zentralstelle für die Vorbereitung der abstimmungswilligen Ost- und Westpreußen im Ruhrgebiet. Für das Rheinland wurde eine ähnliche Institution in Düsseldorf eingerichtet. Insgesamt sind allein in der Gelsenkirchener Stelle die Anträge von rund 73.000 stimmberechtigten Ostpreußen aus dem Großraum Ruhrgebiet eingerichtet worden. Allein aus Gelsenkirchen (ohne die erst 1928 eingemeindeten Kommunen Buer und Horst) führen also 73.000 Menschen in ihre masurische Heimat.

Für das Jahr 1920 liegen keine konkreten Angaben über die Einwohnerzahl Gelsenkirchens vor. Bekannt ist jedoch, dass 1900 die Einwohnerzahl die Grenze von 100.000 überschritt und Gelsenkirchen zur Großstadt wurde. Die Zahl der Reisewilligen macht nicht nur deutlich, wie hoch der Bevölkerungsanteil der Südostpreußen an der Gesamtbevölkerung der „Stadt der tausend Feuer“ war, sondern auch, welcher massive Wille in den Menschen steckte, das südliche Ostpreußen nicht zu einem Teil des neu entstandenen polnischen Nationalstaates werden zu lassen.

„Klein Ortelsburg“

Dieses Unternehmen wurde spürbar von der „hiesigen“ Bevölkerung des Ruhrgebiets unterstützt. So waren nicht nur zahlreiche verwaltungstechnisch geschulte ehrenamtliche Kräfte zur Erledigung der administrativen Angelegenheiten nötig, es wurden auch Pflegekräfte für Kinder benötigt, deren Eltern allein zur

Abstimmung führen. Eine Mitnahme von Kindern war bestenfalls bei Säuglingen möglich, da die polnische Regierung die Anzahl der Züge durch den sogenannten Korridor bewusst klein hielt. Zwar bot sich auch der Seeweg an, doch wurde der nur von einer Minderheit genutzt, da er organisatorisch aufwendig und für die überwiegend von der Arbeit im Bergbau lebenden Menschen zu teuer war. Durch Behinderungen der Transporte und die mitunter formalistische Bearbeitung von Seiten der polnischen Behörden trafen einige tausend Abstimmungsberechtigte aus dem Ruhrgebiet nicht mehr rechtzeitig in ihren Geburtsorten ein.

Am 11. Juli, dem Tag der Abstimmung, formulierten sie ihren Unmut über diese Praktiken unter Federführung von Dr. Zumhorst, dem Leiter des Statistischen Amtes Gelsenkirchen, an die Reichsregierung. Am 13. Juli veröffentlichte die „Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung“ diesen Protestbrief. „Die im Saale des Evangelischen Vereinshauses in Gelsenkirchen-Altstadt versammelten über 2000 heimattrauen Ost- und Westpreußen, die durch äußere Umstände verhindert waren, an der Abstimmung in der Heimat teilzunehmen, erheben hiermit feierlichen Einspruch gegen die Schikanen und Hindernisse, die den zur Ostmark reisenden Deutschen von den Polen bereitet worden sind. Sie finden es schmachvoll, dass die maßgeblichen deutschen Stellen nicht in der Lage waren, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen ...“

Einzug ins Stadtparlament

Die Stimmung besserte sich erheblich, als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde: So entschieden sich von 1699 Ortschaften 1695 und von den Stimmberechtigten 363.209 gegen 7980 für den Verbleib in der Provinz Ostpreußen und damit im Deutschen Reich. Für die in der Emscherregion lebenden Ruhrmasuren stellte dies die öffentliche Bekundung ihrer „deutschen Gesinnung“ dar.

Diese Anerkennung wurde unter anderem dadurch deutlich, dass die „Buerische Zeitung“ am 13. Juli 1920 folgendes Telegramm des aus der SPD stammenden Reichspräsidenten Friedrich Ebert veröffentlichte: „Das ganze Volk blickt voll

Ruhrmasuren

73.000

Menschen führen aus Gelsenkirchen, das erst seit 1900 mehr als 100.000 Einwohner hatte, zur Volksabstimmung nach Masuren

22.500

Mitglieder in 141 Ortsgruppen zählte der Rheinisch-Westfälische Hauptverband heimattrauer Ost- und Westpreußen

3167

Stimmen erhielt bei den Gelsenkirchener Kommunalwahlen am 4. Mai 1924 der Ost- und Westmärkische Wirtschaftsbund

Stolz auf die Masuren und Ermländer, das Land, in dem ein so gewaltiges Bekenntnis zum Festhalten an das Deutsche Reich am 11. Juli abgelegt hat. Ich bitte Sie, allen Bewohnern des Abstimmungsgebietes den Dank des Deutschen Reiches und meinen Dank zu übermitteln. Zu dem schönen Erfolg trug nicht zum Mindesten ihre umsichtige Vertretung der deutschen Interessen sowie die aufopferungsfreudige Tätigkeit des Heimatdienstes und die der Bezirksstelle Allenstein angeschlossenen Heimatvereine des Masuren- und Ermlandbundes bei. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen allen zu der Arbeit zum Wohle des ganzen deutschen Volkes meinen Dank auszusprechen.“

Dieses Abstimmungsergebnis mit seiner öffentlich wirksamen Honorierung in der breiten Öffentlichkeit stärkte nicht nur das Selbstbewusstsein der Ruhrmasuren, es führte auch zu einer Kontaktnahme der „Landsleute“ über die Grenzen der jeweiligen Zechenkolonien hinaus. Schnell bildeten sich zahlreiche landsmännische Vereine, die sich am 24. Februar 1924 in Hagen zum „Rhei-

nisch-Westfälischen Hauptverband heimattrauer Ost- und Westpreußen“ zusammenschlossen. Bisher waren die Südostpreußen nahezu ausschließlich in Vereinen organisiert, die in der Nähe der evangelischen Kirche beziehungsweise der ostpreußischen Gebetsvereine angesiedelt waren. Bei der Hagerener Vereinigung handelte es sich um eine Organisation auf säkularer Grundlage, zu deren Zielen auch die Durchsetzung explizit politischer Ziele gehörte.

Mit etwa 22.500 Mitgliedern in 141 Ortsgruppen war allein schon quantitativ eine bedeutsame Lobby geschaffen worden. Dass die Vereinsarbeit sich nicht mit bloßen Forderungen begnügte, zeigt die Folgeentwicklung: So trat bereits bei den Gelsenkirchener Kommunalwahlen am 4. Mai 1924 eine Partei mit der Bezeichnung „Ost- und Westmärkischer Wirtschaftsbund“ an. Wenngleich man hinter der Bezeichnung eine „Wirtschafts“-Vertretung vermuten könnte, handelte es sich in Gelsenkirchen um eine Organisation, welche die gemeinsamen Interessen der dort ansässigen Masuren zu vertreten beabsichtigte. Insgesamt konnte diese Partei 3167 Stimmen auf sich vereinigen und erhielt damit zwei Sitze im Gelsenkirchener Stadtparlament. Dieses Ergebnis erhält seinen Stellenwert jedoch im historischen Kontext, denn 15 oder 20 Jahre eher wäre ein derartiges Engagement von Masuren in den „weltlichen“ Organisationen kaum möglich gewesen: weder vor dem Hintergrund ihrer durch Religiosität geprägten Weltsicht noch durch die bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend fehlende Akzeptanz durch die westfälischen „Pohlbürger“.

Fortan gehörte man dazu

Die Abstimmung vom Juli 1920 trug dazu bei, den Damm zu brechen. Die Ruhrmasuren gehörten fortan dazu und nahmen zunehmend führende Positionen ein, nicht nur im Fußball. In Masuren selbst hatten sich die Turbulenzen der Abstimmungszeit gelegt, Frieden war eingeleitet. Ein trügerischer Frieden indes, der nur bis zum 1. September 1939 andauerte, als die Wehrmacht in polnisches Gebiet einmarschierte, auch an der Grenze zwischen Masuren und Polen.

BANDARANAIKE

Weltweite Premiere auf Ceylon 1960

Vor den Augen seiner Ehefrau wurde am 25. September 1959 auf Ceylon, dem heutigen Sri Lanka, der dortige Premierminister von einem politischen Extremisten erschossen. Bei den deshalb angesetzten Neuwahlen zum Parlament vom 20. Juli 1960 trat die Witwe, Sirimavo Ratwatte Dias Bandaranaike, als Spitzenkandidatin der Partei ihres Mannes, der Sri Lanka Freedom Party (SLFP), an. Die SLFP gewann die Wahlen, und Bandaranaike wurde Premierministerin. Damit wurde Bandaranaike die weltweit erste frei gewählte Regierungschefin.

In ihren drei Amtszeiten von 1960 bis 1965, 1970 bis 1977 und 1994 bis 2000 beging die 1916 in Balangoda geborene Singhalesin mehrere gravierende Fehler, unter denen ihr Land auch heute, zwei Jahrzehnte nach ihrem Tod, noch leidet. Ihre sozialistische Verstaatlichungspolitik ruinierte die Wirtschaft, und die Diskriminierung



Sirimavo Ratwatte Dias Bandaranaike

der tamilischen Minderheit im Lande legte das Fundament für den späteren Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen. Kritikern gegenüber zeigte sich Bandaranaike zunehmend autoritär, einschließlich Repressionen gegen unabhängige Medien. Deshalb verlor sie phasenweise jeden Rückhalt im Volke und auch ihr Amt.

Weltweit folgten auf Bandaranaike bis heute 85 weitere weibliche Regierungschefs von Jawaharlal Nehrus Tochter Indira Gandhi in Indien (ab 1966) bis zur zeitweise jüngsten Regierungschefin Sanna Marin in Finnland (seit Dezember 2019). Vielfach wird behauptet, Frauen seien bessere Politiker als Männer – das liege unter anderem an ihren ausgeprägteren kommunikativen und integrativen Fähigkeiten sowie dem weniger dominanten Auftreten. Schaut man auf die Bilanz der zurückliegenden sechs Jahrzehnte seit Bandaranaikes Amtsantritt, so fällt diese allerdings eher gemischt aus.

Golda Meir aus Israel ignorierte 1973 die klaren Warnungen vor einem bevorstehenden arabischen Angriff und führte ihr Land damit an den Rand der Vernichtung, Indira Gandhi befahl 1984 den innenpolitisch verheerenden Militäreinsatz gegen das größte Sikh-Heiligtum in Indien, die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher kungelte mit Junta-Chefs wie Augusto Pinochet in Chile, Benazir Bhutto förderte die Entwicklung der „islamischen Atombombe“ in Pakistan und die birmanische Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ignorierte Gräueltaten ihrer Militärs. Viele weibliche Regierungschefs stürzten zudem über Korruptionsaffären. Ansonsten sei an die zahlreichen schwerwiegenden Folgen der mittlerweile fast 15-jährigen Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel erinnert.

Wolfgang Kaufmann



Auf dem Lötzener Bahnhof herzlich willkommen geheißenen: Masuren, die aus dem Reich zur Abstimmung angereist sind

VON ERIK LOMMATZSCH

Man kann schon mal Dinge vergessen oder verwechseln. Da war man doch fest der Meinung, man habe etwa die Handtücher in der eigenen Wohnung am Morgen in einer bestimmten Reihenfolge aufgehängt. Nun kehrt man nach Hause zurück und findet das Ganze anders vor, als man es in Erinnerung hatte. Nicht schlimm.

Beim zweiten Mal belächelt man sich vielleicht für sein offenbar nicht mehr ganz so sicheres Gedächtnis. Passiert das aber immer wieder und wechseln auch andere Dinge tagsüber die Plätze, obwohl niemand zu Hause ist, wird es zum Problem. Selbstzweifel und Unsicherheit wachsen. Wem erzählt man von solchen Wahrnehmungen? Eigenes Tun wird ausgebremst oder gar gelähmt.

Ein derartiges Vorgehen war nur eine Variante, die das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR nutzte, um unliebsame und oppositionelle Bürger einzuschüchtern und an der Fortsetzung ihrer Aktivitäten zu hindern. Hemmungslos brachen die Stasi-Agenten in Wohnungen ein, um Verunsicherung zu schaffen, ohne Hinweise auf den Urheber zu geben. Manchmal gestaltete sich die Angelegenheit auch als unmissverständliche Drohgebärde. Wer einen deutlichen Fußabdruck auf dem Schreibtisch bei einer ansonsten unveränderten und auch – wieder – abgeschlossenen Wohnung vorfand, war sehr wohl in der Lage, das Signal zu verstehen.

Wurde in der DDR die Opposition zunächst rigoros strafrechtlich verfolgt, etwa unter dem Vorwurf der „Kriegs- und Boykotttätze“, so erfolgte vor allem ab den 1970er Jahren ein Wandel. Das Stichwort hieß nun „Zersetzung“, Ziel waren Einzelpersonen sowie Gruppierungen. Gründe für den Übergang lassen sich mehrere finden.

Märtyrer verhindern

So strebte die zweite deutsche Diktatur nach internationaler Anerkennung, wobei offener Terror gegen Teile der eigenen Bevölkerung kaum dienlich war. Zudem war das MfS der Auffassung, dass ein freier, aber eingeschüchterter Oppositioneller eher im Sinne der Machthaber sei als ein inhaftierter und durch West-Medien bekannt gemachter Märtyrer. Als „Nachteil“ nahm das MfS in Kauf, dass der Abschreckungseffekt für die breite Öffentlichkeit in der Regel entfiel. Die nicht selten abstruse Dimensionen annehmenden „Zersetzungsmaßnahmen“ hatten auch den Effekt, dass ein entsprechender Verdacht von Oppositionellen nur selten ernst genommen wurde.

Das ganze Ausmaß der perfiden Aktivitäten wurde erst nach dem Mauerfall durch die Akten offenbar. Schriftlich fi-



Opfer umfangreicher „Zersetzungsmaßnahmen“: Der Dichter Reiner Kunze

Foto: SZ-Photo

„ZERSETZUNG“

Der „leise“ Terror der Staatssicherheit

Durch Verunsicherung, Rufschädigung und Eingriffe in das Privatleben sollten in der DDR Oppositionelle ausgeschaltet werden

xiert wurden die Überlegungen zu den schon zuvor angewendeten „Zersetzungspraktiken“ in der „Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)“ des MfS vom Januar 1976. Hier heißt es etwa unter „Zielstellung und Anwendungsbereiche“ in klassischem DDR-Amtsdeutsch: „Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.“

Als „Formen der Zersetzung“ galten etwa „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes“, wahre, überprüfbare und unwahre Angaben sollten verknüpft werden. Anzustreben waren „gegenseitige Verdächtigungen innerhalb von Gruppen“. Konkret wird die „Richtlinie“ im

Abschnitt über „Mittel und Methoden“, in dem die „Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme oder Telefonanrufe“ empfohlen wurde, ebenso der Einsatz „kompromittierender Fotos“ oder „die gezielte Verbreitung von Gerüchten“.

Prominente Opfer

In der „Juristischen Hochschule“ des MfS gab es eigens das Fach „Operative Psychologie“, das „Kenntnisse“ auf diesem Gebiet vermittelte. Suizide von Betroffenen der „Zersetzungsmaßnahmen“ wurden in Kauf genommen.

Das MfS kannte keine Tabus. So heißt es etwa im „Plan zur Verunsicherung der Vorgangsperson zum Operativ-Vorgang ‚Lyrik‘“ – dabei handelt sich um den der DDR wenig genehmen, feinsinnigen Dichter Reiner Kunze, gegen den umfangreiche „Zersetzungsmaßnahmen“ in Gang waren –, dass es das Ziel sei, „das Ansehen der Vorgangsperson zu schädigen“. Dazu bekam beispielsweise ein Inoffizieller

Mitarbeiter (IM) die Anweisung, Kunzes Frau, eine Zahnmedizinerin, wissen zu lassen, dass ihre Kollegen sich nicht mit den Auffassungen ihres Mannes „identifizieren“. Kunzes Tochter wurde daran gehindert, adäquat beruflich Fuß zu fassen. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs war auch nach Haft und erzwungener Ausreise nach West-Berlin noch im Visier der DDR. Laut MfS-Bericht von 1982 wurde er „kontinuierlich, vor allem in den Nachtstunden in seiner Wohnung angerufen“. Bestellungen und Dienstleister forderte man in seinem Namen an.

Befriedigt stellt der Bericht fest, dass sich Fuchs „belästigt fühlt und darüber verärgert ist“, allerdings nicht das MfS als Verursacher vermute. Dem Bürgerrechtler Wolfgang Templin wurde in der DDR zentnerweise von ihm nicht bestelltes Haustierfutter geliefert. Interessenten für angeblich von Templin per Kleinanzeige angebotene, begehrte Waren liefen zu Scharen auf. Die Beziehung des Ehepaars Gerd und Ulrike Poppe versuchte das MfS

mittels eines eingesetzten IM zu zerstören. Die Beispiele der „Zersetzungsmaßnahmen“, von Fuchs zurecht als „leiser Terror“ klassifiziert, ließen sich fortsetzen. Wirksames Mittel der Verunsicherung war es, innerhalb von Oppositionsgruppen den fälschlichen Verdacht zu streuen, ein Mitglied arbeite mit dem MfS zusammen. Darunter litt etwa der schließlich aus der DDR ausgebürgerte Jenaer Siegfried Reiprich.

Reiprich, seit 2009 und noch bis Ende November dieses Jahres Geschäftsführer der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“, fragte kritisch zu den heruntergespielten Vorgängen in Stuttgart vom Juni, ob es sich um eine „Bundeskristallnacht oder ‚nur‘ ein südwestdeutsches Scherbennächtle“ gehandelt habe. Dem langjährig von MfS-„Zersetzungsmaßnahmen“ betroffenen DDR-Oppositionellen wurde daraufhin seitens der sächsischen Kultusministerin beschieden, er „verkenne die Wesensmerkmale politischer Gewaltherrschaft“.

KÖRPER UND GEIST

Wer seinem Leben einen Sinn gibt, lebt länger

Untersuchungen haben ergeben: Aktive Sinnerfahrung fördert maßgeblich die Gesundheit

Wenn ein Mensch sein Leben als sinnvoll empfindet, hat dies viele messbare positive Auswirkungen. Das zeigen inzwischen diverse wissenschaftliche Studien. Er steht Extremsituationen besser durch und der Umgang mit negativen Emotionen fällt ihm leichter. Wer keine Sinnkrise durchleidet, bewegt sich mehr, ernährt sich angemessener und konsumiert weniger legale oder illegale Drogen.

Sterberisiko halbiert sich

Das fördert die körperliche und geistige Gesundheit bis ins hohe Alter. Personen, die einen tieferen Sinn in ihrem Leben sehen, erkranken seltener an Alzheimer, Depressionen und Störungen des Herz-

Kreislauf-Systems. Dazu kommt eine deutlich schlagkräftigere Immunabwehr.

Die US-amerikanische Neuropsychologin Patricia Boyle vom Rush University Medical Center in Chicago befragte 2009 mehr als 1000 Senioren, ob sie der Meinung seien, dass ihr Leben einer Bestimmung folge. Dann beobachtete sie fünf Jahre lang, welche der Probanden starben. Das Ergebnis war frappierend: Unter denen, die an mangelnder oder ganz fehlender Sinnerfahrung litten, lag das Sterberisiko doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe. Diese Studie wurde inzwischen mehrfach mit größeren Zahlen von Probanden wiederholt, wobei das Resultat immer das Gleiche war.

Was aber stiftet jenen Sinn, der offenbar ein mächtiges Lebenselixier darstellt? Auch hierzu fand die Wissenschaft Antworten. Offenbar sind erfüllte zwischenmenschliche Beziehungen für viele die wesentlichste Quelle eines sinnvollen Lebens. Wobei dies sogar für virtuelle Sozialkontakte gilt, wie der US-Marketing- und Wirtschaftspsychologe Tyler Stillman unlängst entdeckte.

Gefühl, etwas Bedeutsames zu tun

Ansonsten darf auch der Einfluss der Gene nicht unterschätzt werden. Individuelle vererbliche Persönlichkeitsmerkmale, die Begeisterungsfähigkeit und Fleiß bedingen, sorgen dafür, dass wir unsere Tä-

tigkeiten als mehr oder weniger bedeutungsvoll ansehen, was sich dann wiederum auf das Sinn-Erleben auswirkt.

Die empirische Sinnforscherin Tatjana Schnell vom Psychologischen Institut der Universität Innsbruck fand darüber hinaus noch weitere Faktoren. Einer davon ist die Zukunftsorientierung. Wer glaubt, dass sein Leben Spuren hinterlassen werde, empfindet es als sinnvoller. In diesem Zusammenhang spielt auch das Phänomen der Generativität eine wichtige Rolle. Etwas für die nachfolgenden Generationen zu tun, diesen ein irgendwie geartetes Vermächtnis zu hinterlassen, schafft ein ausgeprägtes Sinnempfinden. Dazu

kommt noch die Kohärenz, das heißt die Möglichkeit, den eigenen Werten gemäß leben zu können. Und das Gefühl, dazuzugehören, das heißt, seinen Platz in der Welt zu haben.

Dabei ergibt sich Sinn niemals automatisch von selbst. Zum einen erfordert er aktives Handeln. Nachdenken reicht nicht – das für bedeutsam Gehaltene muss auch tatsächlich getan werden. Zum anderen ist das Ergebnis der Sinnuche so individuell wie die jeweilige Lebenslage eines Menschen. Oder, um es mit den Worten Schnells zu sagen: „Sinn steckt nirgends objektiv drin; wir selbst sind es, die Situationen einen Sinn zuschreiben.“

Wolfgang Kaufmann



VERKEHR

Elektro-Roller erobern Allenstein

Corona-Lockerungen lassen Verleihfirmen aufatmen – Fahrradverleih kam zum Erliegen

VON DAWID KAZANSKI

Mit der Lockerung der Corona-Einschränkungen und der Wiederbelebung des öffentlichen Lebens wurden in vielen polnischen Städten die Leihsysteme von Stadträdern wieder in Gang gebracht. Man hat sie an die sanitären Standards angepasst.

In Allenstein hingegen war das nicht der Fall. Ende Februar wurde eine Ausschreibung veröffentlicht, um ein Unternehmen zu finden, das den städtischen Fahrradverleih betreiben sollte. Aufgrund der Ausbreitung der Corona-Epidemie war jedoch die Benutzung von Stadträdern verboten worden. Erst seit dem 6. Mai ist es wieder möglich, die kommunalen Fahrradsysteme in Betrieb zu setzen. Das Problem ist allerdings, dass Allenstein diese Gelegenheit nicht nutzen wird, weil der Stadtmagistrat die Unterstützung des Systems ausgesetzt hat, um Geld zu sparen. Die Pandemie hatte zu einem erheblichen Rückgang der Einnahmen unter anderem aus dem Fahrkartenverkauf im öffentlichen Nahverkehr geführt. Die beim Fahrradverleihsystem eingesparten Mittel sollen die Verluste im Stadthaushalt zumindest teilweise decken.

Es wurde daher lediglich eine Lösung zugelassen, die eine kommerzielle Einführung des Stadtrads ermöglicht, ohne einen finanziellen Zuschuss der Stadt. Es fand sich bisher keine Firma, die eine Fahrradflotte betreiben und verleihen möchte. Kein Wunder, denn wenn die Leihkosten durch den Wegfall der staatlichen Subvention erheblich erhöht werden müssten, würde auch die Nachfrage nach Leihrädern sinken.

In der Zwischenzeit gibt es ein neues Transportmittel für den Verleih – graugrüne Elektromotorroller im Retrostil. Seit Mai sind sie am Hauptbahnhof, vor den Einkaufszentren und an einigen anderen Orten zu sehen. Der Fahrzeugbetreiber ist EcoShare, ein Unternehmen, das die Vermietung von Rollern in dem Dreistädteverbund Posen, Stettin und Hel anbieten. Die Gebühren für das Mieten eines Elektroscooters betragen umge-



Neuheit auf Allensteins Straßen: Roller der Firma EcoShare stehen vor Einkaufszentren und am Hauptbahnhof

Foto: D.K.

rechnet wenige Euro-Cent pro Minute für Fahrzeit und Parken sowie maximal rund 15 Euro für den ganzen Tag. Das Fahrzeug kann von jeder Person mit einem Führerschein oder einem Personalausweis ausgeliehen werden.

Im Kofferraum eines jeden Zweisitzer-Elektrorollers befinden sich zwei Helme, ein größerer und ein kleinerer. Darüber hinaus gibt es im Kofferraum eines jeden Fahrzeugs Einweg-Hygienekappen und ein Tuch zum Abwischen des Sitzes. Ein Elektroller hat bei voller Ladung eine Reichweite von 70 Kilometern und kann eine Höchstgeschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde erreichen. Nach dem Einloggen über eine Anbieter-App kann man das nächstgelegene Fahrzeug buchen. Dann bleiben 15 Minuten Zeit, um das Fahrzeug zu erreichen. Nach dem

Drücken der Starttaste bleiben zusätzliche zwei Minuten Zeit, um sich auf die Fahrt vorzubereiten.

Die Firma EcoShare wirbt für die Verwendung von Rollern, indem sie auf deren Vorteile hinweist: Sie seien ökologisch und ermöglichten es, sich staufrei zu Hauptverkehrszeiten zu bewegen. Sie garantierten eine angenehme Fahrt und auch die Parkplatzsuche sei kein Problem. Doch gerade die Frage des Abstellens von Rollern ruft bei einigen Menschen Bedenken hervor, so auch beim Stadtrat Mirosław Arczak, der bei den Einwohnern von Allenstein für seine Fahrradliebe bekannt ist. Während das frühere System der Stadträder das Abstellen von Fahrrädern an bestimmten Stationen erlaubte, parken die Benutzer von Elektrorollern die Fahrzeuge auf Gehwegen sowie an Stellen, die keine Parkplätze

sind, und verstoßen damit gegen die Verkehrsregeln.

Arczak kritisiert, dass die Fahrzeuge ohne jegliche vorherige Ankündigung im Stadtraum auftauchten. Auf Facebook schrieb er: „Bei der Sitzung des Stadtrates habe ich eine offizielle Stellungnahme der städtischen Verkehrsbetriebe erhalten, wonach es keine Vereinbarung oder keinen Vertrag mit dem Elektrollerbetreiber gibt. Es fand nicht einmal ein offizielles Treffen statt. Es wurde auch keine Mitteilung über die Bereitstellung dieser Fahrzeuge in der Stadt gemacht. Deshalb habe ich alle Benutzer auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Roller richtig zu fahren und zu parken. Sie sind schön, farbenfroh und umweltfreundlich, aber man soll auch an die Sicherheit und den Komfort anderer denken.“

STADTVERSCHÖNERUNG

Die Homlin-Familie hat Nachwuchs bekommen

Nahe dem Eingang zum Königsberger Tierpark schmückt eine neue Bronzefigur ein Geländer

Die Figur eines Homlin-Mädchens, das auf einer Schnecke sitzt, wurde in der Nähe des Königsberger Tierparks aufgestellt. Der Hausgeist hat sich vor dem Haupteingang des Zoos „niedergelassen“, und ergänzt so die sogenannte Homlin-Familie, eine Art Hausgeister, die bereits an mehreren Stellen in der Stadt installiert wurden (Die PAZ berichtete).

Diesmal hat der Bildhauer Andrej Sledkow die Figur eines schelmischen Mädchens gegossen, das auf einer Schnecke reitet und den Passanten die Zunge herausstreckt. Die erste Homlin-Bronzefigur wurde im Sommer 2018 auf der Honigbrücke in Königsberg platziert, die zweite erschien drei Monate später am Eingang des Bernsteinmuseums. Und im Sommer 2019 wurde an der Pregelufer-

Promenade (Pjotr Welikij) in der Nähe des Forschungsschiffes „Witjas“, die dritte Homlin-Skulptur aufgestellt. Jetzt ist das kleine Mädchen die

vierte in einer Reihe von Figuren nach der Figur „Opa Karl“, „Oma Martha“ und dem „Baby Witja“.

Der Legende nach ist Witja der Enkel von Martha und Karl und ist nach dem Schiff „Witjas“ benannt, das in der Nähe vor Anker liegt. Jetzt hat er eine schelmische Schwester bekommen.

Die Idee, derartige Figuren zu installieren, wurde bereits in mehreren Städten umgesetzt, um Touristen anzuziehen.

So gibt es seit 2005 in Breslau Bronzewege, die sich sehr gut in die Stadtlandschaft einfügen und mit der Zeit zu einem Touristenmagneten wurden. Die Zahl der Figuren in Breslau wächst ständig, es gibt bereits mehrere hundert. Im Königsberger Gebiet sind die Pläne

dagegen bescheidener. Die Stadt plant, sich auf sieben Figuren zu beschränken und einen Fußweg zwischen ihnen zu schaffen.

Die Königsberger Homlins sind mythologische Hausgeister. Sie haben der Legende nach viele Jahre lang neben den Menschen gelebt und Bernsteinprodukte geschaffen. Jetzt müssen sich die Bürger der Stadt einen Namen für das erste Homlin-Mädchen ausdenken. Übrigens wurde der Königsberger Zoo, an dessen Eingang das Homlin-Mädchen auf einer Schnecke reitet, vor Kurzem erst wiedereröffnet. Es gibt keine Beschränkungen für die Besucherzahl des Zoos. Karten sollten jedoch online gekauft werden, um Warteschlangen zu vermeiden. Jurij Tschernyschew



Homlin-Mädchen. Foto: J.T.

MELDUNGEN

Wahl in Allenstein

Alenstein – Am 28. Juni fand in Polen der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt. Der amtierende Präsident Andrzej Duda gewann zwar die relative Mehrheit, verfehlte aber die absolute, sodass eine Stichwahl ansteht. Das zweitbeste Ergebnis erzielte der Oberbürgermeister von Warschau, Rafał Trzaskowski. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren lag die Wahlbeteiligung bei 57,13 Prozent, die zweitniedrigste nach der Woiwodschaft Oppeln. Die Wähler im südlichen Ostpreußen haben wie folgt abgestimmt: Duda – 40,10 Prozent (253.931 Stimmen), Trzaskowski – 33 Prozent (208.922 Stimmen). Prozentual hatte Duda die größte Unterstützung im Kreis Neumark [Nowe Miasto Lubawskie], wo 54,84 Prozent für ihn stimmten. Das schlechteste Ergebnis des Amtsinhabers wurde in Allenstein verzeichnet mit 29,72 Prozent. Umgekehrt hatte Trzaskowski sein bestes Ergebnis in Allenstein mit 41,55 Prozent und sein schlechtestes in Neumark mit 21,22 Prozent. Die Stichwahl findet am 12. Juli statt. E.G.

Flughafen Schiemanen

Alenstein/Schiemanen – Nach einer dreimonatigen Unterbrechung des Flugverkehrs aufgrund der Corona-Pandemie haben die Fluggesellschaften ihre Flüge vom Flughafen Allenstein-Masuren [Olsztyn-Mazury] wieder aufgenommen. Man kann wieder nach Großbritannien, in die Bundesrepublik und nach Krakau fliegen. Die erste Verbindung, die nach dem Flugverbot vom Flughafen in Schiemanen gestartet ist, ging nach Dortmund. Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air bietet seit dem 19. Juni drei Mal wöchentlich Flüge auf dieser Route an – montags, mittwochs und freitags. Von Dortmund nach Schiemanen finden die Flüge ebenfalls montags, mittwochs und freitags statt. Am 22. Juni nahm die polnische LOT Inlandsflüge von Schiemanen nach Krakau wieder auf, die ebenfalls dreimal wöchentlich angeboten werden – montags, mittwochs und freitags. Am längsten mussten die Kunden auf Flüge nach London warten. Seit dem 3. Juli können Passagiere mit Wizz Air von Schiemanen nach London Luton fliegen. Flüge auf dieser Route finden zweimal pro Woche statt – montags und freitags. Am 4. Juli flog Ryanair erstmals auf der Strecke Schiemanen-London-Stansted. Die Fluggesellschaft bietet zwei Verbindungen pro Woche an, dienstags und sonntags. Um die Sicherheit der Passagiere und der Flughafenmitarbeiter zu gewährleisten, wurden in Schiemanen Hygienemaßnahmen – etwa das Messen der Körpertemperatur – eingeführt. Das Tragen einer Schutzmaske, ein Sicherheitsabstand von 1,5 Metern, gründliches Händewaschen und Desinfizieren sowie Niesen in die Armbeuge sind Pflicht. Zurzeit sehen die Statistiken der Passagierzahlen nicht gut aus. Im Juni dieses Jahres flogen vom Flughafen Allenstein-Masuren aus 719 Passagiere, im Vorjahresmonat waren es 12.886. E.G.



ZUM 101. GEBURTSTAG

Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli

Lehmann, Elfriede, geb. **Bar-toschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. **Wabbals**, aus Kreuzinen und War-tenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli

Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli

Topcit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ahlgrimm, Edith, geb. **Gaidies**, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli

Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli

Holubek, Sonja, geb. **Gall**, aus Wehlau, am 22. Juli

Kugland, Gerhard, aus Pregel-swalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Müller, Ingeburg, geb. **Atzler**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. Juli

Petermann, Siegfried, aus See-brücken, Kreis Lyck, am 21. Juli

Schweers, Lieselotte, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 22. Juli

Spindelmann, Marlies, geb. **Bel-gard**, aus Pobethen, Kreis Fisch-hausen, am 22. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Meister, Lieselotte, geb. **Boseni-uk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli

Molch, Hildegard, aus Heilsberg, am 7. Juli

Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Hammer, Waltraut, geb. **Boldt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli

Kahmann, Edith, geb. **Brodén**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Rohloff, Inge, geb. **Herholz**, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

Schusdzarra, Ruth, geb. **Butzek**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Tröster, Gertrud, geb. **Okolo-witz**, aus Masuren, Kreis Treu-burg, am 20. Juli

Weber, Dietlind, geb. **Olschew-ski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli

Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Apelt, Waltraut, geb. **Orlowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli

Kitscha, Margarete, aus Schüt-zengrund, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Köpping, Hans-Werner, aus Pil-lau, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Maack, Richard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Mey, Erika, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Muchow, Erna, geb. **Rehfeld**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli

Söckneck, Gunter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

Weigel, Emil, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Czychołt, Arno, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Grabow, Ilse, geb. **Schilter**, aus Neidenburg, am 20. Juli

Jeziowski, Eva, geb. **Stiller**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. Juli

Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli

Kaminski, Otto, aus Groß Trauer-see, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

Kroehnert, Lothar, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

Liesenfeld, Anni, geb. **Deptolla**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsberg, am 19. Juli

Meyer, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 18. Juli

Mülling, Edith-Maria, geb. **Lud-wandowski**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 3, am 20. Juli

Oehlmann, Lisa, Landsmann-schaft Bremen, am 23. Juli

Schulz, Thea, geb. **Dieckmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Voß, Elisabeth, geb. **Lenkewitz**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Juli

Wiesberg, Fritz, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 18. Juli

Willuweit, Wilhelm, aus Britta-nien, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berg, Joachim, aus Gut Banners, Kreis Mohrungen, am 19. Juli

Bernotat, Gerhard, aus Birken-mühle, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Gromer, Karola, geb. **Braun-schweig**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Hilscher, Erika, geb. **Ohmke**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli

Köhler, Gertrud, geb. **Krafft**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. Juli

Kraus, Elfriede, geb. **Gresch**, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Kutzinski, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 22. Juli

Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Nowinski, Adolf, aus Buchwalde, Kreis Osterode, am 17. Juli

Ruschke, Ursula, geb. **Roß**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Tutahs, Irmgard, aus Ortelsburg, am 21. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baltschinat, Hedwig-Elisabeth,

Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Damit ist auch die diesjährige Sonderausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick**“ wieder zu besichtigen, die Anfang März unmittelbar vor dem Lockdown noch eröffnet worden war.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Bootsanlegestellen Bootsanlegestellen, wie diese in Bartenstein, laden bei gemütlichen Bootstouren auf der Alle dazu ein, dort Pause zu machen und die Landschaft zu genießen. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Juli

Boiar, Ernst, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Brzenk, Helmut, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. Juli

Decker, Brigitte, geb. **Burkratzki**, aus Neidenburg, am 17. Juli

Fodi, Christel, geb. **Parodat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Juli

Freitag, Elli, geb. **Luxa**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 22. Juli

Funk, Irmgard, geb. **Tobe**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Jüngling, Karl-Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Juli

Kensy, Herward, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Kiupel, Alfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Juli

Klotzek, Gerhard, aus Ortelsburg, am 20. Juli

Kölnow, Dora, geb. **Eisen**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Lezius, Waltraud, geb. **Berlin**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli

Rosenmüller, Hannelore, geb. **Dammasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

Ross, Elli, geb. **Saborowski**, aus Andrecken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Sauerbaum, Ingrid, geb. **Olden**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

Steiger, Edeltraud, geb. **Bolscho**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am

19. Juli

Strunk, Sieglinde, geb. **Wieszny**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

Wagner, Hilde, geb. **Schmakowski**, aus Pregel-swalde, Kreis Wehlau, am 23. Juli

Widwald, Edith, geb. **Rauch**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 18. Juli

Wiedwald, Erhard, aus Waltersdorf, Kreis Mohrungen, am 22. Juli

Wittke, Hans-Georg, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexnat, Gisela, geb. **Reiner**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 19. Juli

Dick, Gisela, geb. **Stemke**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Düputell, Werner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 23. Juli

Horch, Martin, aus Fischhausen, am 21. Juli

Koslowski, Bernd, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Masberg, Artur, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Neumann, Herbert, Kreisgemein-schaft Preußisch Eylau, am 23. Juli

Nickel, Gert, aus Lyck, Danziger Straße, am 7. Juli

Schulze, Gerd, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Todzi, Erika, geb. **Garstka**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Der Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli sowie das **Geschichtsseminar in Helmstedt** mussten leider wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden (siehe dazu auch den unten rechts auf dieser Seite stehenden Kasten).

Weiterhin geplant sind...

5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen- den der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (ge- schlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kultur- historisches Seminar in Helm- stedt

Bitte vormerken für 2021

Jahrestreffen der Ost- preußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

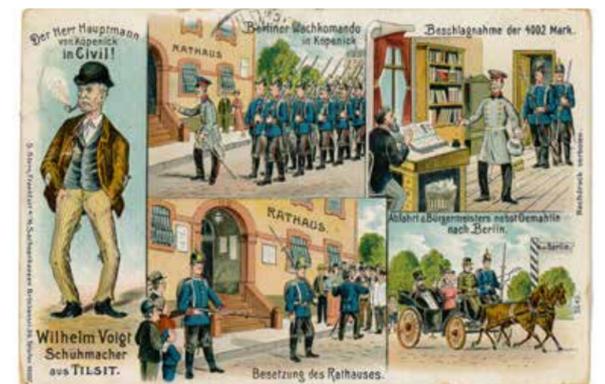
Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 31/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 31/2020 (Erstverkaufstag 31. Juli) bis spätestens Dienstag, den 21. Juli 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Die Öffnungszeiten für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:

Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr (auch an den Feiertagen). **Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstr. 9, 91792 Ellingen www.kulturzentrum-ostpreussen.de**

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Erfreulicherweise hat es aktuell weitere Lockerungen gegeben. Bis zu 20 Personen dürfen sich in einem Restaurant treffen und speisen. Wir haben daher vom Hotel Robben-Grollander Krug-, Emslandstraße 30, Bremen-Grollander erfahren, dass es möglich ist, sich dort wieder zu treffen. Wir möchten diese Möglichkeit kurzfristig wahrnehmen und bieten Ihnen die Möglichkeit eines Treffens am Montag, 27. Juli 2020 um 12.30 Uhr zu einem ostpreußischen Beetenbartsch-Essen.

Teilnehmen können allerdings nur 20 Personen. Wir bitten also um schnelle, aber verbindliche telefonische Anmeldung bei Dagmar Schramm, Lilienthal, 04298-698765.

Da die Bestätigung an 20 Personen, Zusagen an weitere, später anrufende Interessenten ausschließt, ist die Anmeldung dann auch unbedingt einzuhalten!



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Ausstellung im Haus der Heimat: „So geht Verständigung“

Wiesbaden - Die Wanderausstellung dokumentiert das heutige Selbstverständnis der Sudetendeutschen als verbindendes Element zwischen den Völkern Mitteleuropas.

In fünf Modulen werden die Themen Verständigung, Verbünden, Vertreibung, Vermitteln, Versöhnen erarbeitet.

Dabei geht es um das jahrhundertelange Zusammenleben von Tschechen und Deutschen im

Herzen Europas, um die Auseinanderentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, die nationalsozialistische Besetzung des tschechischen Reststaates, die Vertreibung der Deutschen, die Organisation der Heimatvertriebenen, ihre Aufbauleistung, ihre Integration und deren heutige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit.

Ausstellungstermin: 17. Juni bis 17. Juli 2020
65185 Wiesbaden, Friedrichstraße 35, Haus der Heimat
Öffnungszeiten:
mittwochs und donnerstags von 10 - 17 Uhr, freitags von 10 - 14 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Wiesbaden - Nach Lockerung der staatlich angeordneten Einschränkungen wollen wir uns wieder vorsichtig treffen und bieten Ihnen an:

Gemeinsames Mittagessen

Donnerstag, 23. Juli d.J. um 12.00 Uhr, Restaurant „Haus Waldlust“, im Biergarten

Bei dem Treffen werden seitens des Restaurants die staatlichen Hygieneauflagen erfüllt und alle Maßnahmen zur Kontaktverfolgung eingehalten. Die mit Rundschreiben 03 + 04/2020 angekündigten Veranstaltungen holen wir sobald als möglich nach.



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Liebe Mitglieder des BJO!

Nachdem die Corona-Krise unsere Vereinsaktivitäten in der ersten Jahreshälfte ausgebremst hat, freuen wir uns darauf, bereits in wenigen Wochen wieder per-

sönlich zusammen zu kommen, preußische Geschichte und BJO - Gemeinschaft zu leben.

Zu diesem Anlass laden wir euch herzlich nach Berlin ein, wo wir vom 31. Juli bis zum 02. August d. J. unsere nächste Wochenendfahrt unternehmen. Die preußische Hauptstadt mit seinem (neuen) alten Stadtschloss, seiner Kneipenkultur, seiner Geschichte und den aktuellen und neuesten Sehenswürdigkeiten, sollen uns am ersten Augustwochenende einen wunderbaren Wiedereinstieg in unser Fahrtenleben erlauben.

Organisatorische Hinweise:

Altersschwerpunkt: 20-40 Jahre
Beginn: 31. Juli 2020
Ende: 02. August 2020
Anmeldung: kontakt@junge-ostpreussen.de

Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i. d. LO, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Anmeldeschluss: 21. Juli 2020 -Die Zahl der Plätze ist begrenzt!

Übernachtung: Hotel Transit Loft (Immanuelkirchstr. 14 A, Prenzlauer Berg, 10405 Berlin), Erwünschte Ankunft Freitag bis 20 Uhr.

Mitzubringen: Personalausweis, ggf. Liederbücher

Nach Anmeldung folgt eine Bestätigungsemail

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung.

Leitung: Friedrich M., Tobias K. Tobias L.

Programm: Wird den Teilnehmern nach der Anmeldung übersandt.

Wir freuen uns auf Eure Anmeldungen und hoffen auf ein Wiedersehen in Berlin!

Euer

Friedrich,

Stellv. Bundesvorsitzender

Ostpreußen-Stammtische des BJO

In Zeiten der Corona-Krise, ist es für viele Vereine nicht einfach, ihre satzungsmäßigen Aktivitäten

fortzuführen. Virtuelle Treffen wurden zwar bereits vor der derzeit andauernden Pandemie wahrgenommen, in den letzten Wochen erfreuten sich diese aber einer überdurchschnittlichen Popularität.

Der Bund Junges Ostpreußen musste ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen verschieben. Um das Vereinsleben trotzdem am Leben zu erhalten, finden alle 2-3 Wochen regelmäßige Ostpreußenstammtische statt. Über Skype treffen sich sowohl Mitglieder als auch interessierte Personen. Der Ablauf ist sehr simpel und besteht aus zwei Punkten. Einer der Teilnehmer gibt Anstoß, indem er ein Thema vorschlägt und dieses auch referiert. Zweitens findet nach einem 10-15-minütigen Referat eine freie Diskussion statt. Bis jetzt wurde über die schriftstellerische Tätigkeit Ernst Wiecherts und über das Zukunftskonzept des Schlosses Steinort in Ostpreußen gesprochen.

Über seinen E-Mail-Verteiler, über Facebook und Instagram, so-

wie in der *Preußischen Allgemeinen*, informiert der BJO über demnächst stattfindende Stammtische. Wir würden uns auf ein gemeinsames Treffen und Gespräche mit Euch freuen!

Briefmarkenprojekt

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen kam Wilhelm Kreuer, ehemals Vorsitzender der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, der Gedanke, zur Erinnerung an diese historische Begebenheit eine Sonderbriefmarke zu gestalten. Diese Idee teilte er mit dem BJO, und dieser ent-

schloss sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Daraufhin hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Gestaltung der Motive beschäftigt und gern weitere Vorschläge entgegennimmt sowie auch für Interessenten, die sich auch einbringen mögen, offen ist.

Bei Interesse bitte bei Peter Harder melden. E-Mail-Adresse: harder@junge-ostpreussen.de

PAZ wirkt!

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Herta Andrulonis Herzlichen Glückwunsch Herta Andrulonis! Die Angerburger wünschen Dir alles Gute und ganz viel Gesundheit. Foto: KG

Leben der in der Heimat Verbliebenen. Mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Wegorzewo (Angerburg) vor fünfundsiebenzig Jahren war an „Ruhestand“ nicht zu denken. Als Vorsitzende leitete sie die ganzen Jahre über die Geschichte des Vereins bis zu dem heutigen Tag. Zu ihren Aufgaben gehört sowohl der bürokratische Teil, als auch das gerechte Verteilen von Hilfsgütern, organisieren von Festen des Vereins usw. Nicht zu vergessen die Sozialstation in Wegorzewo, in deren Verwaltung sie in den letzten Jahren verstärkt eingebunden wurde. Hier können sich alle Hilfsbedürftigen hinwenden. So wurde sie im Laufe der Jahre Ansprechpartnerin für die in der Heimat Lebenden und die, die ihre Heimat wieder besuchen/ten. Mit ihrem Einsatz und ihrem Engagement hat Herta Andrulonis in unserem Heimatkreis mit zur Völkerverständigung beigetragen. Und so wurde ihr für ihre Verdienste am 15. September 2001 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Wegorzewo verliehen. Nur vier Bürgern zuvor wurde nach 1945 diese Ehre zuteil.

Mit dem „Silbernen Ehrenzeichen“ wurde sie von der Landsmannschaft Ostpreußen für ihren unermüdlchen Einsatz ausgezeichnet. Das „Goldene Ehrenzeichen“ hat sie am 20. Juni 2015 in Sensburg im Rahmen des Sommerfests der Deutschen Minderheit in Ostpreußen erhalten.

Die Angerburger wünschen Dir alles Gute und ganz viel Gesundheit.

Liebe Herta, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Bleib die kleine, starke Frau, die alle ins Herz geschlossen haben.

Susanne Hagen

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Absage der Kreistreffen/Mitgliederversammlung

Das für den 11. September 2020 vorgesehene Kreistreffen der Elchniederung muss leider ausfallen. Das Corona-Virus besteht weiterhin. Eine Mitgliederversammlung ist schlecht zum Plachandern. Das Treffen wird im September 2021 durchgeführt. Wir bitten um Verständnis. Mit heimatlichen Grüßen Manfred Romeike

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 - 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 - 5 13 17, GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 - 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen ist abgesagt

Nach reiflicher Überlegung und schweren Herzens haben wir uns dazu entschlossen, unser diesjähriges Hauptkreistreffen, das für den 3./4. Oktober in Bad Nenndorf geplant war, abzusagen. Die unsichere Lage in Sachen Corona und die nach wie vor geltenden Einschränkungen zwingen uns dazu.

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Laudatio zum 80. Geburtstag von Kurt Woike

Am 23. Juli jährt sich zum 80sten Mal der Geburtstag von Landsmann Kurt Woike.

In unserer Kreisgemeinschaft steht dieser Name für Generationen von Landsleuten für Treue zur Heimat und stets aktiv eingesetzte Tatkraft für unsere Gemeinschaft, bis zum heutigen Tag sind daraus fast vierzig Jahre geworden.

Im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, der Landsleute seiner Heimatgemeinde Arnstein und im gesamten Kirchspiel Tiefensee, übermittele ich als Ehrenvorsitzer die besten Glückwünsche zu diesem Ehrenfest. Vom ersten Tag seines Eintretens in die Kreisgemeinschaft an hat sich Kurt Woike durch sein persönliches Engagement um die Heimatarbeit sehr verdient gemacht. Die Vollendung des achtzigsten Lebensjahres ist der Zeit-



Walter Mogk,

Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach GSt.: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen

In Verantwortung für die Gesundheit unserer Mitglieder und Gäste und in Anbetracht der für größere Veranstaltungen geltenden Auflagen, die unser Jahrestreffen erheblich beeinträchtigen würden, hat der Vorstand auf seiner Sitzung am 4. Juli 2020 schweren Herzens beschlossen, das diesjährige Treffen der Stadtgemeinschaft am 12. September abzusagen. Damit entfällt auch die jährliche Stadtversammlung. Die für den Verein erforderlichen Beschlüsse werden wir per E-Mail einholen. Das 65. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein wird am

11. September 2021 wie gewohnt im Schloss Horst in Gelsenkirchen stattfinden.

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Fünfundachtzig Jahre- Herzlichen Glückwunsch Herta Andrulonis

Am 6. Juli 1935 wurde Herta Andrulonis in Schwenten/Ogonken geboren, wo sie bis heute lebt. Sie kann auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken. Auch persönliche Schicksalsschläge begleiteten sie in den letzten Jahren stärker.

Mit dem Fall der innerdeutschen Mauer, veränderte sich das

Rätsel

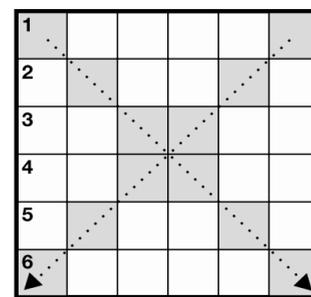
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 7x7 grid and a 6x6 grid. Clues include: 'Währungs-einheit der USA', 'Fluss zur Wolga', 'kleine, dunkle Frucht', 'zusätzlich, darüber hinaus', 'gewagt, gefährlich', 'Herrschersstuhl', 'klug, gewitzt', 'feinmaschige Strick- / Wirkware', 'Stadt in NRW, am Hellweg', 'Felsenklippe im Meer', 'Einsteller, Steuergerät', 'englisch: neu', 'Schmutz', 'eine Zahl', 'früherer Name d. Apostels Paulus', 'verschönerndes Beiwerk', 'jemandem selbst gehörend', 'herbei, hierher (ugs.)', 'ebnen, glätten', 'amerik. Schauspieler (Richard)', 'Figur bei Lessing', 'flüssiges Fett', 'Säugtier-ordnung', 'alkoholisches Getränk', 'eine Empfehlung geben', 'russ.-sibir. Waldgebiet', 'engl.-amerik. Längenmaß', 'altägyptischer Gott', 'spanisch: Gebirgskette', 'Vorname Strawinskys', 'Schaden im Gewebe', 'ein Ostafrikaner', 'derb, rau', 'Landschaft in Südamerika', 'Sportbekleidungsstück', 'Schaumwein', 'hochziehen (Segel, Flagge)', 'belanglos; wenig', 'weibliches Lasttier', 'schweiz. Alpenpass (Sankt ...)', 'Minibikini; Minislip', 'Abschiedsgruß', 'Pferdegangart', 'Insel vor dem Golf von Neapel', 'Nervenzentrum', 'Kostenpunkt', 'erzieherische Härte', 'Begriff aus Jazz und Popmusik', 'Apfelsine', 'trainieren', 'orient. Reissbranntwein', 'ital. Dichter (Torquato)', 'britische Hauptstadt', 'Notizbuch; Tagesordnung', 'Sohn des Agamemnon', 'Laubbaum, Buchengewächs', 'Ausgussröhrchen', 'Himmelskörper', 'Muse der Liebesdichtung', 'Wirkstoff im Tee', 'Bildloch der Kamera', 'eine der Gezeiten', 'ital. Dichter (Torquato)', 'spitzer Pflanzenteil', 'Prahlererei', 'schmelzen; von Eis betreffen', 'Koch-, Backanweisung', 'Roman von Stephen King', 'genau, gerade da', 'Kassenzettel; Gutschein', 'Bildloch der Kamera', 'Kassen-zettel; Gutschein', 'Flüssigkeits-sammlung im Gewebe', 'österr. Komponist (Joseph)', 'musikalisches Werk', 'verschmutzte Stelle', 'Wickel-gewand der Inderin', 'Trinkgefäß', 'ein Europäer', 'in bester körperlicher Verfassung', 'kleines marderartiges Raubtier', 'Steuer-vorrichtung; Steuerer', 'nordischer Hirsch, Elch', 'junger Pflanzentrieb', 'ein Nutztier', 'Kaiser der Franzosen', 'Abkürzung für United States', 'Kfz-Zeichen Hildesheim', 'einerlei; gleichartig', 'Astrologe Wallensteins', 'Titel arabischer Fürsten', 'chemisches Zeichen für Neon', 'Gast', 'Entwurf, Rohzeichnung', 'Wanderhirt', 'Segelbefehl', 'PAZ20_29'

Sudoku

3 9 | | | | | 7 4
| | | | | | | | |
| | | 7 9 6 2 8 | | |
1 | | | 4 6 | | | 5
9 | 5 8 | 7 1 | | 2
7 | | | 2 1 | | 9
| | | | | | | | |
| | | 3 5 2 4 6 | | |
6 2 | | | | | 4 7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



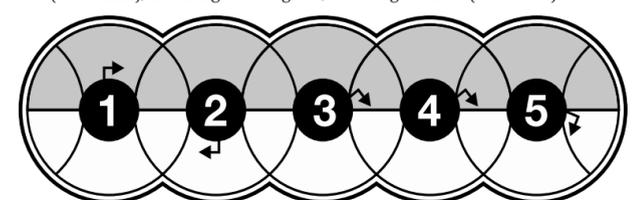
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kunstwerke.

- 1 Haarbüschel
2 Unbeweglichkeit
3 Rabenvogel
4 protestantischer Geistlicher
5 Schauspieler
6 Apfelsine

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Ringergriff.

- 1 Lösungsmittel für Fette und Lacke, 2 wohlschmeckend, 3 Anrede für Männer (Mehrzahl), 4 würzige Flüssigkeit, 5 Schlagwechsel (Trommel)



Heimatkreisgemeinschaften

punkt, sein ausgefülltes Leben, privat, beruflich und für Ostpreußen, zu würdigen.

Landsmann Kurt Woike wurde 1940 in Arnstein im Kirchspiel Tiefensee geboren und in der Kirche zu Tiefensee von Pastor Nasmer getauft. Er ist der dritte Sohn der Eheleute Erich Woike (Bönkenwalde) und Grete Woike, geb. Pudwiltz, (Arnstein). In den dreißiger Jahren übernahmen die Eltern den 21 Hektar großen mütterlichen Hof in Arnstein. Sie bewirtschafteten ihn bis zur Flucht am 8. Februar 1945. Seit über 200 Jahren befand sich dieser landwirtschaftliche Betrieb im Familienbesitz.

Die Tragödie der Flucht mit den furchtbaren, erschütternden Erlebnissen und die mühsame Nachkriegszeit traf die Familie Woike wie hunderttausende ostpreußischer Familien. Für die Mutter mit den Kindern Georg (1931), Reinhold (1932) und Kurt endete die Flucht schon an der Weichsel bei Dirschau. Auf Anweisung der russischen Kommandantur mussten sie den Fußmarsch zurück nach Arnstein antreten. Als die Sowjetunion einen erheblichen Teil Ostpreußens an Polen übergab, lag das Dorf Arnstein plötzlich direkt an der Demarkationslinie. Die jetzt polnische Obrigkeit ordnete am 15. Januar 1946 die Vertreibung aller Deutschen an; nach monatelangem Umherirren und Mühsalen erreichte die Familie Woike den Westen Deutschlands.

Vater Erich Woike war ab 1944 zum Volkssturm eingezogen worden. Er überlebte und strandete in einem Dorf im Kreis Rendsburg (Schleswig-Holstein). Über das Rote Kreuz fand die Familie wieder zusammen. Jahre später siedelte sie nach Rheinland-Pfalz über. Dort konnten die Eltern nach Jahren einen Bauernhof erwerben. Kurt absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre, besuchte die Landwirtschaftsschule. Es folgte die Ausbildung zum Milchleistungsprüfer, dann der Besuch der Höheren Landbauschule in Bad Kreuznach mit dem Abschluss zum staatlich geprüften Landwirt. 1971 erfolgte die Graduierung zum Ingenieur grad., 1981 die Nach-Diplomierung zum „Diplom Interieur (FH)“ durch die Fachhochschule Mainz.

Kurt war am 1. April 1965 in den Dienst der Landwirtschaftskammer Rheinhessen in Alzey eingetreten. Vier Jahre später wechselte er zur Landwirtschaftskammer Rheinland in Bonn. Dort erfolgte seine Verbeamtung. Als Amtsrat beendete Kurt Woike am 16. Februar 1998 seinen beruflichen Lebensweg.

Die gesamte Zeit stand ihm seine Frau Margliese zur Seite. Die beiden hatten sich in Alzey in der Landwirtschaftskammer kennengelernt und 1968 geheiratet. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor.

Kurt Woike lag schon früh die Liebe zur ostpreußischen Heimat im Blut wie auch seinem Vater Erich. Dieser hatte in der Kreisgemeinschaft bis 1981 das Amt des gewählten Kirchspielvertreters von Tiefensee inne. Zu Kreistreffen begleitete Sohn Kurt seinen Vater. Trotz Beruf und Familienlebens übernahm er 1981 gerne die Nachfolge seines Vaters als Gemeindevertreter für Arnstein und auch die Aufgaben des Kirchspielvertreters von Tiefensee. Mit Fleiß und Hingabe setzte er sich für seine Landsleute ein, erarbeitete heimatliche Aufgaben: Rundbriefe verschicken, Ortstreffen für die Arnsteiner organisieren, Kirchspieltreffen, seit 1984 regelmäßige Busfahrten ins Kirchspiel Tiefensee organisieren, 1998 Gründung des Fördervereins „Deutschunterricht Lichtenfeld“ usw.

Kurt Woike war einer der Ersten, der aus beruflichen Gründen das EDV-System beherrschte. Für die Kreisgemeinschaft war er derjenige, der die Kreiskartei auf EDV umstellte. So steht der Name Kurt Woike in unserer Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wie kein anderer im Ruf eines praktischen, vielseitigen Mitarbeiters. Nachstehend führe ich seine zahlreichen Tätigkeiten auf:

Gemeindevertreter für Arnstein seit 1981 bis heute

1. Kirchspielvertreter Tiefensee 1981 bis 1984

2. Kirchspielvertreter Tiefensee 1984 bis 1989

1. Kirchspielvertreter Tiefensee erneut seit 1989 bis heute

Stellvertretender Geschäftsführer Kreisgemeinschaft 1987 bis 1989 Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft 1989 bis 1998

Zweiter stellvertretender Kreisvertreter 1998 bis 2002

Kreiskarteiführer 1998 – 2008 und somit Mitglied im Vorstand der Kreisgemeinschaft

Hinter diesen Daten verbergen sich unendlich viel Arbeit und immer wieder neu gestellte Anforderungen. Für seinen ehrenamtlichen Einsatz wurde Landsmann Kurt Woike mehrfach ausgezeichnet:

1987 Silberne Ehrennadel mit Urkunde der Kreisgemeinschaft

1988 Silbernes Ehrenzeichen mit Urkunde der Landsmannschaft Ostpreußen

1992 Goldene Ehrennadel mit Urkunde der Kreisgemeinschaft

1995 Ostpreußen-Medaille der Landsmannschaft Ostpreußen

1998 Treueurkunde und Abzeichen „50 Jahre LO“

Dieser bekennende, aufrechte Ostpreuße hat unserer Kreisgemeinschaft vier Jahrzehnte zur Seite gestanden, vielseitigste Dienste erwiesen und tut es heute noch. Für den weiteren Lebensweg wünsche ich Kurt Woike alles Gute.

Siegfried Dreher,
Ehrenvorsitzender

Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil

Am 27. und 28. Juni 2020 fand in Burgdorf ein Sitzungswochenende der Kreisgemeinschaft statt. Hierbei wurden die aktuellen Hygieneregeln beachtet!

Am Vormittag des Sonnabends traf sich der Vorstand zu seiner turnusmäßigen Vorstandssitzung. Am Nachmittag begann dann der jährliche Kreistag.

Wichtige Themen waren die geplante Durchführung unseres

Kreistreffens. Dies wird akkurat vorbereitet und geplant. Bei allem sollen aber die staatlichen Corona-Auflagen beachtet werden.

Über eine mögliche Absage des Treffens soll rechtzeitig informiert werden. Noch sind wir aber hoffnungsvoll, das Treffen durchführen zu können.

Für das Kirchspiel Waltersdorf konnte eine neue Vertreterin gewonnen werden. Frau Rabea Shahini, geb. Wölk (Vorfahren aus Birkenau) wurde nach ihrer Vorstellung als kommissarische Kirchspielvertreterin durch den Kreistag bestätigt.

Beschlossen wurde, dass am 11. September 2020 eine außerordentliche Kreistagssitzung stattfinden soll. Einzige Tagesordnungspunkte sollen sein:

Die Nachwahl eines Kreisvertreter /Kreisvertreterin sowie eines 2. Stellvertreters. Frau Viola Reyantanz erklärte sich bereit, für das Amt der Kreisvertreterin zu kandidieren.

Es war ein anstrengendes, harmonisches und erfolgreiches Arbeitswochenende.

Christian Perbandt

Erster Stellv. Kreisvertreter der KG Heiligenbeil



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662

Meißen, Telefon (03521) 4592901

Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:**

Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Das an dieser Stelle beworbene 65. Hauptkreistreffen am 6. September 2020 in Dortmund sowie die geplante Betreuungsfahrt Stadt- und Landkreis Johannsburg im Oktober mussten aufgrund der Corona-Pandemie leider abgesagt werden.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163)

898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Heimattreffen 2020 in Hagen

Liebe Lycker-Heimattreffe, in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt muss das diesjährige Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. am 29. und 30. August 2020 in Hagen leider ausfallen.

Da zurzeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Allen wünschen wir beste Gesundheit, geben Sie gut auf sich acht, damit wir uns im nächsten Jahr in Hagen wiedersehen.

Bärbel Wiesensee

Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lyck



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Ich möchte mich sehr herzlich bei allen bedanken, die mir auf verschiedenstem Weg geholfen haben meine Staatsexamensarbeit zu füllen. Ich bin dankbar für sämtliche zugesendete Materialien, Unterlagen und Informationen und habe mich sehr über jeden hergestellten Kontakt und das Interesse an meinem Thema gefreut! Viele Grüße,

Josephina Strößner



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de.

Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der aktuellen Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

Absage Heimattreffen

Liebe Neidenburger und Soldauer, nach reichlichen Überlegungen im Vorstand und Rücksprache mit Behörden haben wir einstimmig beschlossen, das diesjährige Heimattreffen abzusagen. Die Unwägbarkeiten sind einfach zu groß.

Ein Heimattreffen mit Gesichtsschutz und Abstandsregelung bringt es nicht. Bei den Behörden geistert immer noch die Angst vor der zweiten Welle, die dann alles zunichte macht. Viele Mitglieder haben uns auch ihre Zweifel mitgeteilt.

Wir bitten aufgrund dieser vielen Unwägbarkeiten, um Verständnis für diese Maßnahme.

Das Treffen, so wie es geplant war, wird dann nächstes Jahr in Bochum durchgeführt.

Mit heimatlichen Grüßen

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck.

Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Aufruf zu den Kreistagswahlen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg

In diesem Jahr finden die Wahlen zum Kreistag der Kreisgemein-

schaft Ortelsburg für die Wahlperiode 2021 bis 2025 statt. Aufgrund der Einschränkungen der COVID-19-Pandemie werden die Wahlscheine ausschließlich mit dem Heimatboten der Kreisgemeinschaft versendet. Wir bitten Sie um rege Teilnahme.

Herr Dieter Packheiser, Frau Claudia Karpa und Herr Reinhardt Philipp wurden vom Kreistag zum Wahlvorstand gewählt. Den Vorsitz hat Dieter Packheiser. Uns ist es gelungen, alle Landbezirke und Städte mit Kandidaten zu besetzen. Darüber hinaus freut es uns sehr, auch neue Mitglieder als Kandidaten begrüßen zu können. Die Vorstellung aller aufgestellten Kandidaten für den Kreistag finden Sie im Heimatboten 2020.

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben und auch für einen Landbezirk kandidieren möchten, melden Sie sich bitte bis zum 17. Juli 2020 beim Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Marc Plessa oder bei der Geschäftsführerin Karola Kalinski.

Marc Plessa, Hochstr. 1, 56357 Hainau, Tel. 06772-9699799, E-Mail: M.Plessa@Kreisgemeinschaft-Ortelsburg.de

Karola Kalinski, Meisenstr. 13, 45968 Gladbeck, Tel. 02043-4027065, E-Mail: K.Kalinski@Kreisgemeinschaft-Ortelsburg.de

Marc Plessa,
Vorsitzender der
Kreisgemeinschaft Ortelsburg



Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

Sensburger-Treffen abgesagt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verlorren gegangen.

Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite:

www.kreisgemeinschaftensburg.de.

Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Kreisgemeinschaft Sensburg e.V.

Helmuth Tomscheit

Geschäftsleiter



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Absage Ferienlager

Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr ausfallen.

Norbert Schattauer

Kreisjugendbetreuer

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.



Ostpreußisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutsch-baltischer Abteilung in Lüneburg

Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren gibt es ab sofort eine wunderbare Gelegenheit: Wir freuen uns, unsere Türen wieder für Sie öffnen zu können.

Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel.: 04131 759950

info@ol-ig.de

www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

MISTITZ

Hoffnungsträger des Mädchendorfs

Erstmals seit zehn Jahren wurde wieder ein Junge geboren – Mädchen freuen sich darüber

VON BODO BOST

In dem ober-schlesischen Mistitz [Miejsce Ordzanskie] in der Woiwodschaft Oppeln gibt es seit Kurzem einen Grund zum Feiern. Der erste Junge nach zehn Jahren wurde geboren. So lange wurden in dem Dorf nur Mädchen geboren. Die Einwohner hatten gehofft und sogar gebetet.

Eigentlich hatte kaum noch jemand mit dem männlichen Nachwuchs gerechnet, alle hatten sich schon auf eine män-

nerlose Zukunft eingestellt, sogar die Jugend-Feuerwehr war dabei, weiblich zu werden.

Dass man in Mistitz so lange auf einen Jungen warten musste, ist ein Rätsel der Natur, für das es bisher keine logische Erklärung gibt. Deshalb war die Geburt des kleinen Bartosz eine Weltsensation, sogar Fernsehteams und Journalisten aus aller Welt waren angereist und haben den kleinen Ort in Oberschlesien zwischen Gleiwitz und Ratibor weltbekannt gemacht. „Endlich wurden die Ge-

bete erhört“, freut sich die stolze Mutter Anna Milek.

Vom Gemeindevorsteher Rajmund Frischko erhielt die junge Mutter einen Gutschein über umgerechnet 340 Euro. Er sieht nun gute Zeiten aufkommen in der Krise, da das Wunder während der Corona-Pandemie geschehen ist. Die Leiterin der Jugendfeuerwehr, Magda Henzel, freut sich auch über den männlichen Nachwuchs. „Wir fühlen uns jetzt etwas sicherer, wenn Jungs dabei sind, weil sie so kräftig sind“, meinte die Zehnjährige.

Der Ort Mistitz gehört zur deutschen Minderheitenregion in Oberschlesien. Im Jahre 2007 erhielt er ein zweisprachiges Ortsschild, seit 2011 besuchen einige Kinder auch aus Mistitz den von der „Deutschen Freundes Gesellschaft“ unterhaltenen zweisprachigen Kindergarten in Lohnau [Łany], den auch Kinder aus Dzielnitz [Dzielnica], Roschowitzdorf [Roszowice], Podlesch [Podlesie] und Blasewitz besuchen. Die Zweisprachigkeit vom Kindergarten an gehört zu den Prioritäten der Deutschen Minderheit.



Aus Mangel an männliche Bewohnern: Ausschließlich Mädchen bei der Feuerwehr-Ausbildung

Foto: Screenshot ARD Tagesschau

BEGEGNUNG

Noch ein Trakehner!

Vor einiger Zeit studierte unser Sohn in Berlin. Ich wollte ihm einen kurzen Besuch abstatten und gleichzeitig Verwandte und alte Bekannte dort wiedersehen. Während ich noch auf dem Bahnsteig stand, kam eine Gruppe von Damen an mir vorbei, die alle Bernsteinketten trugen. Wir trafen uns wieder im selben Abteil und kamen ins Gespräch.

Auf meine Frage nach dem Ziel ihrer Reise erzählten sie begeistert, dass sie den Bodensee und seine umliegenden Sehenswürdigkeiten besucht hatten. Sie waren auch in Marbach, in dem Gestüt, bei dem Grab von „diesem Trakehner“. Auf meine erstaunte Nachfrage kam die fast schon entrüstete Antwort: „Was? Sie wohnen in Baden-Württemberg und waren noch nicht bei dem Trakehner? Dieser Hengst ist doch die weite Strecke von Nordost nach Südwest gelaufen, mit nur wenigen anderen Trakehnern. Sie waren nur von einem alten Ostpreußen und einem 15 Jahre alten Jungen begleitet!“ Der Hengst sei dann längere Zeit im Marbacher Gestüt als Beschäler im Einsatz gewesen. Am Ende seines Lebens erhielt er ein Ehrengrab auf der Anhöhe in dieser hügeligen Landschaft, mit einem Grabstein auf dem sein Name „Julmond“ steht.

Das Grab ist Ostpreußen bekannt und viele erweisen diesem Stückchen Heimat die letzte Ehre. Nun war es auch mir ein inneres Bedürfnis, diese Unterlassungssünde auszubügeln. Zusammen mit meinem Mann besuchte ich das Gestüt in Marbach. Das Grab des Trakehnerhengstes kennt hier jeder. Ich fand es geschmückt mit Wiesensblumen auf der Anhöhe, mit einem wunderbaren Blick über die Hügel-landschaft.

Mich erinnert der alte Trakehner an das Pfingstrennen in Insterburg, an dem mein Cousin als Leutnant mitgeritten ist. Ich bin heute noch froh, so etwas miterlebt zu haben.

Gisela Hannig (95), aus Balga und Heiligenbeil

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Das Bethaus von Schönwalde wurde nach Lomnitz versetzt

Zwei schlesische Landesväter vertiefen die deutsch-polnische Zusammenarbeit über die Grenze hinweg

Die Rekonstruktion des „Schlesischen Bethauses“ aus Schönwaldau [Rzasnik] im Kreis Schönau an der Katzbach [Swierzawa] ist beendet. Am 8. Juli statteten Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und der Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien, Cezary Przybylski, Schloss Lomnitz [Lomnica] einen Besuch ab. „Wir nehmen heute an einem besonderen Ereignis teil. Diese architektonische Perle, die heute im alten Glanze strahlt, ist ein Symbol der Toleranz und Offenheit unserer Region. Niederschlesien wird durch solche Initiativen immer schöner“, sagte der niederschlesische Marschall.

Das Bethaus aus Schönwaldau, das nun nach Lomnitz versetzt wurde, „wird ein Ort sein, an dem sich Menschen treffen können, um Gedanken, Erinnerungen und Zukunftspläne auszutauschen. Es wird ein Ort für Kultur und Bildung, für Inspiration und Besinnung und auch ein Ort zum Feiern sein“, freute sich Schlossherrin Elisabeth von Küster und lud ihre prominenten Gäste zur Besichtigung einer digitalen Ausstellung mit dem Titel „Schlesische Bethäuser – Schlesische Toleranz“ ein, welche die Geschichte von 34 ehemaligen evangelischen Kirchen in der Region erzählt.

Elisabeth von Küster geborene Ebner von Eschenbach und ihr Ehemann Ulrich, Enkel des letzten Besitzers, kauften 1991 das nach Kriegsende verstaatlichte Schloss Lomnitz zurück. Nach dessen Totalsanierung erwarben sie 1995 das Witwenschloss und etwa zehn Hektar Park und Wiese dazu. Aus dem Witwenschloss wurde ein Hotel mit Restaurant und der große Park konnte wiederhergestellt werden. Ohne von Küster gäbe es das vom Zerfall bedrohte Bethaus in Schönwaldau sicher nicht mehr. Der Initiative der Eigentümerin und des Vereins zur Pflege der Schlesischen Kultur ist es zu verdanken, dass der Fachwerkbau zunächst abgetragen werden konnte, um dann im etwa zehn Kilometer Luftlinie entfernten historischen Schlosspark von Lomnitz fachgerecht wiedererrichtet zu werden.

Unter den Habsburgern hatten es die Protestanten schwer, Bethäuser und Kirchen zu bauen. Das änderte sich erst, als Schlesien 1741 preußisch wurde. In kurzer Zeit entstanden mehr als 200 solcher Götteshäuser. Sie wurden meist in wenigen Monaten aus Fachwerk und Lehm errichtet. Erst später durften Glockentürme hinzugefügt werden und die Bethäuser konn-

Erhielt eine Auszeichnung für seine Verdienste um die Woiwodschaft Niederschlesien: Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer

Foto: Wagner



ten offiziell als Kirchen fungieren. 1748 entstand das Schönwaldauer Bethaus, das nun in Lomnitz als Begegnungsort dienen wird und bei dessen Eröffnung Kretschmer eine Rede hielt.

Als nächstes weihte er das neue Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen ein, das vor acht Jahren am Ring entstanden war und nun nahezu ebenso zentral neben der

Oper beheimatet ist. Im frisch sanierten Breslauer Max-Born-Forum wurde Kretschmer das Ehrenzeichen für Verdienste um die Woiwodschaft Niederschlesien durch Andrzej Jaroch, den Vorsitzenden des Niederschlesischen Sejmik (Landtag), verliehen. Gedankt wurde dem gebürtigen Görlitzer und Sohn schlesischer Eltern für seine „solidarischen Ver-

dienste in der Corona-Krise. Er hat sich dafür eingesetzt, dass zahlreiche Masken sowie Schutzanzüge für Krankenhäuser in Niederschlesien durch den Freistaat gespendet wurden sowie täglich 200 Coronatests in der Uniklinik Dresden einschließlich deren Kosten übernommen wurden.“

Jaroch unterstrich, dass die 21 Jahre andauernde Partnerschaft der Regionen durch Kretschmer zu einer Freundschaft wurde. Schon als Bundestagsabgeordneter hätte Kretschmer lokale niederschlesisch-sächsische Initiativen unterstützt, wie den Brückenbau zwischen Zittau, Kleinschönau [Sieniawka] und dem tschechischen Grottau [Hradec nad Nisou]. „Durch seine Tätigkeit stärkt er einen guten Ruf der Polen auf der anderen Seite der Grenze. Oft ist er Pate für niederschlesisch-sächsische Projekte.“

Inkonsequent ist und opportunistisch wirkt, dass Kretschmer sich bei seinen Besuchen in und um Görlitz zwar als Schlesier gibt, im Politsprech auf Landesebene jedoch eher von der Oberlausitz oder Ost-sachsen spricht. Anscheinend funktioniert das Prädikat „schlesisch“ vor Ort als regionale Marke, wird aber in Dresden offenkundig gemieden. Chris W. Wagner

20. JULI 1944

Albrecht von Hagen im Widerstand

Adelsspross aus Pommern an der Seite Stauffenbergs

VON MARTIN STOLZENAU

In der jungen Bundesrepublik hatten an vielen Schaltstellen der Macht ehemalige Nationalsozialisten mit Persilschein das Sagen. Die Verschwörer des 20. Juli 1944 waren für sie „Verräter“, die man ausgrenzte und ignorierte. Erst Jahrzehnte später gab es einen Deutungsumschwung, der in die literarische Aufarbeitung einmündete und 1971 den Fernsehfilm „Walküre“ hervorbrachte, der zuletzt am 30. Juni 2019 bei ARTE gezeigt wurde. Damit wurden neben Claus Graf Schenk von Stauffenberg, dem „Attentäter“, auch viele andere Mitverschworene aus dem Abseits gerückt. Es war beileibe keine „kleine Clique“, die Adolf Hitler beseitigen wollte, keine „One-Man-Show“, sondern ein breites und weitverzweigtes Netzwerk von Widerständlern, das die Nationalsozialisten entmachten und den Krieg beenden wollte. Stauffenbergs Bombenanschlag misslang, Hitler blieb am Leben und löste einen gnadenlosen Rachefeldzug aus. Einige Verschwörer wie Stauffenberg wurden sofort im Bendlerblock erschossen. Andere zogen den Suizid der Gestapoverfolgung vor. Die meisten Widerständler des 20. Juli aber wurden vor dem sogenannten Volksgerichtshof in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und anschließend hingerichtet.

Aus den inzwischen von vielen Historikern aufgearbeiteten Unterlagen und der Befragung von Zeitzeugen geht hervor, dass zum Personenkreis der wegen Beteiligung oder Mitwisserschaft „Hingerichteten oder anderweitig in den Tod Getriebenen“ die Mitglieder des Kreisauer Kreises mit Helmuth James Graf von Moltke, die Generalfeldmarschälle Erwin von Witzleben, Günter von Kluge sowie Erwin Rommel, 19 weitere Generale, 26 Oberste, ein Minister, drei Staatssekretäre, zwei Botschafter, einige Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und auch der Leiter der Reichskriminalpolizei gehör-



Vor dem Volksgerichtshof, Albrecht von Hagen, vorne sitzend, dahinter Peter Graf York von Wartenburg

ten. Dazu gesellte sich eine Endlosreihe von weniger bekannten Persönlichkeiten aus vielen Schichten des Volkes, die als Helfershelfer teilweise sogar bis heute ein Schattendasein fristen. Mittendrin ein

Uradelsspross aus Pommern, der seine berufliche Laufbahn als Jurist begann und als Helfer Stauffenbergs vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und dann hingerichtet wurde: Albrecht von Hagen.

Von ihm sind Aufnahmen von der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof überliefert.

Der Mitverschworene des 20. Juli wurde am 11. März 1904 in Langen nahe Schivelbein im Tal der Muglitz geboren. Langen heißt heute Legi und Schivelbein als Kreisstadt Swidwin. Sie gehören jetzt zur polnischen Woiwodschaft Westpommern. Das Dorf mit einer interessanten alten Feldsteinkirche ist seit dem 13. Jahrhundert nachgewiesen, wurde über Jahrhunderte maßgeblich durch ein Rittergut geprägt und hatte häufig wechselnde Besitzer. Das reichte von den Adelfamilien von Manteuffel sowie von Klockow über die Familien von Wolden und von Podewils bis zur Familie von Hagen, die 1820 mit dem Landschaftsrat Albrecht Gottlieb von Hagen nach Langen kam und das Besitztum bis zur Vertreibung 1945 besaß. Hier wuchs Nachkomme Albrecht auf, hatte Privatlehrer und studierte nach dem Abitur nacheinander an der Ruprecht-Karls Universität in Heidelberg und an der Albertus-Universität in Königsberg Rechtswissenschaften. Es folgten ein Referendariat und die Tätigkeit als Syndikus bei der Osthilfe und dann bei einer Privatbank. Noch vor Ausbruch des II. Weltkrieges nahm er an „freiwilligen Offizierslehrgängen der Wehrmacht“ teil. Er betrachtete damals die Nationalsozialisten wie viele seiner Herkunft noch als Hoffnungsträger für ein erstarkendes Deutschland mit mehr Gewicht in der Welt. Doch die ersten Erfahrungen beim Kriegseinsatz als junger Leutnant lösten bei ihm ein Umdenken aus. Die Judenverfolgung und die deutschen Gräueltaten im Osten machten aus dem Sympathisanten einen Gegner des NS-Regimes. Dazu kam die folgenschwere Erkenntnis, dass der Krieg wohl verloren war.

Eine ähnliche Entwicklung des Umdenkens hatte auch Claus Graf Schenk von Stauffenberg genommen, den er während des Afrikafeldzuges kennenlernte. Der Vorgesetzte mit klaren Umsturzvor-

stellungen reihte den Leutnant aus Pommern in seinen Anti-Hitler-Kreis ein. Mehr noch. Der Generalstabsoffizier, der in Afrika schwer verwundet wurde, ein Auge, eine Hand und mehrere Finger der zweiten Hand verlor, sorgte nach seiner Ernennung zum Chef des Stabes des Ersatzheeres in Berlin für die Abkommandierung von Hagens in seinen Verantwortungsbereich. Damit gehörte Hagen zur wachsenden Schar der Helfershelfer im Umfeld von General Olbricht, General von Tresckow und Oberst von Stauffenberg. Er realisierte Kurierdienste zwischen den Berliner Dienststellen, Mitverschwörern und zum Führerhauptquartier in der Wolfsschanze. Mehr noch. Hagen organisierte für erste Attentatsversuche vor dem 20. Juli 1944 Sprengstoff. Er gehörte schließlich zum engsten Kreis der Eingeweihten für Stauffenbergs Attentat auf der Wolfsschanze. Hitler aber überlebte. Der für den Umsturz nach Hitlers Tod umfunktionierte Plan „Walküre“, der für einen inneren Notstand offiziell vorbereitet war, lief nur zögerlich an und erlebte mehrere Pannen, die den Umsturz scheitern ließen. Hitlers Rachefeldzug dagegen kam schnell auf Touren und erfasste akribisch fast alle Verschwörer.

Hagen landete mit viel Prominenz auf der Anklagebank des Volksgerichtshofes, wurde von den Anklägern als „Verbrecher“ diffamiert und nach dem Todesurteil am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee auf Befehl Hitlers als Vertrauter Stauffenbergs an Fleischerhaken aufgehängt. Seine Angehörigen kamen in Sippenhaft. Inzwischen wird an Hagen auch in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnert.

● INFO

Literatur: Dagmar Albrecht: Mit meinem Schicksal kann ich nicht hadern. Sippenhaft in der Familie Albrecht von Hagen. Dietz, Berlin 2001

SCHÖNES HINTERPOMMERN

Auf der Reise durch Hinterpommern – Köslin

Und dann erreichen wir Köslin (poln. Koszalin), mit über 100.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt in der Woiwodschaft Westpommern. Schon 1214 wurde an der Stelle ein slawisches Dorf mit dem Namen Cossalitz erwähnt, 1266 gründete dann der Bischof von Cammin dort die deutsche Stadt Cussalin, der er das Lübsche Recht verlieh und die einige Zeit später auch Mitglied der Hanse wurde. 1818 wurde die Stadt, deren Namen man damals noch mit „C“ (Cöslin) schrieb, Hauptstadt des Landkreises „Camminer Fürstenthum“, 1872 dann des neugebildeten Kreises Cöslin. Bereits seit 1848 Hauptstadt des gleichnamigen Regierungsbezirks. 1923 wurde die Stadt kreisfrei, und zur selben Zeit wandelte man auch die Schreibweise in Köslin ab. Am 4. März 1945 nahm die Rote Armee die Stadt ein, die durch die Kampfhandlungen knapp zur Hälfte zerstört war. Von den 33.500 Einwohnern des Jahres 1940 lebte am Ende des Zweiten Weltkrieges nur noch rund die Hälfte (17.000) in der Stadt. Da die Zukunft von Stettin anfänglich unsicher schien, etablierten die Polen 1945 die Verwaltung für die Provinz zunächst in Köslin, erst im Jahr darauf wurde sie nach Stettin verlegt. Von 1950 bis 1999 war Köslin Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft, seit der Gebietsreform

von 1999 gehört es zur Woiwodschaft Westpommern; außerdem ist es Verwaltungssitz für den Kreis Köslin (Powiat Koszaliński), wobei die Stadt selbst nach wie vor kreisunabhängig ist.

Erfreulich zu sehen, wie schön die wenigen erhalten gebliebenen Gebäude aus der deutschen Zeit restauriert wurden. Ein besonders hübsches Beispiel dafür ist das alte Hauptpostamt aus der Zeit vor



Das ehemalige Postamt mit der Kaiserkrone

Foto: Wikipedia

Durch die starken Zerstörungen im Krieg existiert nicht mehr allzu viel historische Bausubstanz, doch für eine Besichtigung lohnen sich die Kathedrale St. Marien, die frühere Schlosskirche, Überreste der mittelalterlichen Stadtmauer, das einstige Haus des Henkers sowie das Standesamt.

dem Ersten Weltkrieg, an dessen Fassade noch die deutsche Kaiserkrone in Gold glänzt, und darunter wurde dann der polnische Adler angebracht. Wo findet man sonst noch eine solche Kombination?

Wolfgang Reith

Hermann Graf von Gleichen, Bischof zu Cammin (der achte) von 1249 bis 1287

Er förderte die Einwanderung deutschsprachiger Siedler nach Pommern. Er gab im Kloster Buckow am Buckower See in der Nähe von Rügenwalde am 23.05.1266 der Ortschaft Cossalitz den Namen Cussalin, verlieh ihr das Stadtrecht, legte die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen fest und beauftragte die Kaufleute Marquard und Hartmann mit deren Ausführung. Er ist somit der Gründer der späteren Stadt Köslin.

Er stiftete 1278 der Stadt das Jungfernkloster, das bis 1526 existierte. Danach wurde an der Stelle das Fürstenschloß errichtet. Heute stehen dort zwischen der Mühlentorstraße, der Junkerstraße und der Schloßstraße das Verwaltungsgebäude des Stadtamtes und das Verlagshaus der Tageszeitung „Glos Koszalińska“.

● WWW.KOESLIN.ORG

● SCHNELLERE BAHNVERBINDUNG BERLIN – STETTIN

Bahnreisende sollen künftig 20 Minuten schneller von Berlin in die polnische Großstadt Stettin reisen können. Die Deutsche Bahn will mit dem fast eine halbe Milliarde Euro teuren Streckenausbau 2021 beginnen, wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte. 2026 soll die Strecke durchgehend zweigleisig und elektrifiziert sein. Bahnreisende sollen dann innerhalb von 90 Minuten von der deutschen Hauptstadt nach Stettin nahe der Ostsee reisen können. Der Bund stellt für das Projekt rund 380 Millionen Euro zur Verfügung, Berlin und Brandenburg steuern insgesamt 100 Millionen Euro bei.

„Das wird eine leistungsfähige, attraktive Verbindung, die beide Metropolregionen und auch die Kommunen und Menschen an der Strecke enger zusammenrückt“, sagte der Infrastruktur-Vorstand der Deutschen Bahn, Ronald Pofalla. Am Donnerstag wurde das Projekt gemeinsam mit Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne), Brandenburgs Infrastrukturminister Guido Beermann (CDU) und der Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Tamara Zieschang (CDU), in Angermünde (Uckermark) vorgestellt.

„Berlin will den Autoverkehr vernichtend treffen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Als Abonnentin der PAZ können Sie davon ausgehen, dass ich vom politischen Tenor und von der journalistischen Arbeit Ihrer Redakteure begeistert bin.“

Renate Völkel-Hanne, Sarstedt



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VORREITER GEGEN SKLAVEREI ZU: MORALKEULE GEGEN EUROPÄER (NR. 27)

Der Autor hat in brillanter Weise erklärt, wie hier die europäische Kultur mit längst vergangenen Fakten angegriffen werden soll, die heute für den Kontinent und seine Staaten keine Rolle mehr spielen, wohl aber für die arabische Welt, was geflüstert ausgeblendet wird. Natürlich haben sich die Europäer im 17. und 18. Jahrhundert am Sklavenhandel beteiligt, wobei dieser jedoch auf dem afrikanischen Kontinent allgemein üblich war, wie in der Kolumne trefflich erwähnt wird, nämlich von schwarzen Potentaten.

Nach der Abschaffung der Sklaverei im Zuge der Aufklärung waren es dann im 19. Jahrhundert gerade die Europäer, und hier vor allem die Deutschen, die in ihren Kolonialgebieten den Menschenhandel bekämpften und ihm ein Ende setzten. Damit verbunden ist im Zusammenhang mit Ostafrika der Name des in Frankfurt an der Oder geborenen Hermann von Wissmann (1853–1905), wobei es derzeit ausgerechnet sogenannte Menschenrechtsorganisationen sind, die verlangen, dass die ihm zu Ehren existierenden Straßen und Plätze umbenannt und seine Denkmäler entfernt werden sollen.

Für das Deutsche Reich, das damals gerade neu in den Kreis der Kolonialmächte eingetreten war, war es selbstverständlich, sich an den Aktionen zu beteiligen, welche zur Unterbindung des Sklavenhandels nötig waren. Hierbei erhielt Reichskanzler Bismarck die uneingeschränkte Unterstützung der Mehrheit des Reichstages und insbesondere der stärksten Partei, des Zentrums, deren Führer, Ludwig Windthorst, einen Anti-Sklaverei-Antrag einbrachte, der schließlich vom Parlament verabschiedet wurde.

Als Grundlage diente dem (katholischen) Zentrum dabei der Schutz der Missionsgesellschaften, nachdem inzwischen auch Missionare angegriffen und ermordet worden waren, weil sie befreite oder entlaufene Sklaven bei sich untergebracht hatten.

Der vom Deutschen Reich in Aussicht genommene Kampf gegen die Sklaverei fand im übrigen Europa große Fürsprache, und selbst der Papst sprach sich für „kraftvolle Maßnahmen“ aus. Dass man dabei nicht unbedingt zimperlich vorging, versteht sich eigentlich von selbst, und Wissmann, der die von den arabischen Menschenhändlern abhängigen Häuptlinge zu wirksamen Stützen der Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika gemacht hatte, wurde für seine Verdienste im Kampf gegen die Sklaverei zum Major befördert und in den Adelsstand erhoben.

Aber das alles interessiert natürlich heute die Anti-Europäer und auch die Vereinten Nationen nicht im Geringsten, da es dem gegenwärtigen Zeitgeist widerspricht.

Wolfgang Reith, Neuss

ZU UNRECHT VERGESSEN ZU: ENTFÜHRT, ERSCHOSSEN - UND VERLEUGNET (NR. 27)

An unserem Rathaus in Jüterbog befindet sich eine Gedenktafel für vier Personen, die in der NS-Zeit in Konzentrationslagern umgekommen sind. Die Parteien Die Linke und die SPD gedenken seit einiger Zeit mit einem gemeinsamen Kranz dieser Toten. Es waren zwei Liberaldemokra-



Gedenktafel am Rathaus von Jüterbog

ten, Cöln und Imme, die noch zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone auf die Idee kamen, mit dieser Tafel der KZ-Opfer zu gedenken. Einer war Stadtverordneter und der andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Beide waren jedoch der sowjetischen Militärkommandantur als bürgerliche Demokraten ein Dorn im Auge. Beide gehörten bald zu den „Abgeholtten“, wie man damals die bei Nacht und Nebel Verhafteten nannte.

Imme soll auf dem Transport einem Herzinfarkt erlegen sein. Eine förmliche Todesnachricht hat es nie gegeben. Und Cöln, so wurde durch die SED-Organen verbreitet, soll zu einer Freundin nach West-Berlin gezogen sein. Erst vor rund zehn Jahren wurde bekannt, dass er zu den in Moskau Hingerichteten gehörte.

An sie erinnert weder eine Tafel, noch wird ihrer jährlich mit einem Kranz gedacht.

Henrik Schulze, Jüterbog

KLARE FAKTEN ZU TSschechien ZUM LESERBRIEF: LANGE GEPLANTE VERTREIBUNG (NR. 26)

Der Leserbriefautor beschreibt die brutale Vertreibung (Todesmarsch am Fronleichnam) durch die Tschechen. Es muss ganz klar gesagt werden, dass Adolf Hitler das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 gebrochen hat und am 15. März 1939 widerrechtlich die Tschechei überfallen und besetzt hat.

Es folgte von 1939 bis 1945 ein ganz brutales Besatzungsregime durch SS und SA. Hunderttausende Tschechen wurden ermordet, in deutsche KZ-Lager (Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen) eingeliefert und als Zwangsarbeiter zu elendigen Bedingungen nach Deutschland verschleppt. Hitler sah in den Tschechen die „slawischen Untermenschen“, die genau wie Polen und Russen total ausgerottet werden sollten.

Das sind klare Fakten. Natürlich mussten wieder die vielen unschuldigen Vertriebenen aus Böhmen und Mähren und dem Sudetenland für Hitlers Verbrechen büßen.

Heinrich Frerick, Osnabrück

STUTTGART SPRICHT FÜR SICH ZU: VON POLITIK UND ZEITGEIST ZERRIEBEN (NR. 26)

Nun sind sie wieder empört und schockiert, die Politgrößen der „Einheitspartei“ (Union, SPD und Grüne), über die Terrorattacken in der so weltoffenen Stadt Stuttgart mit eingeschlagenen Schaufenstern inklusive Plünderungen, zerstörten Polizeiautos und einer Vielzahl von zum Teil schwer verletzten Polizisten.

Der wachsame Bürger reibt sich die Augen und traut seinen Ohren nicht. Sind es doch die gleichen Herrschaften, die diese Zustände beklagen, die diesen armen und verzweifelten Schutzsuchenden einst den freien Eintritt nach Deutschland gestattet, begrüßt, geduldet und gefördert haben.

Inzwischen haben sich diese munteren Gesellen so etabliert, dass sie schon zum Stamm der Partyjünger links gedrillter Zeitgenossen gehören und bei geringster Störung sofort mit Gewalt gegen Ordnungskräfte reagieren und daher Sachschäden in Millionenhöhe verursachen. Von den Tränen der Ladenbesitzer spricht niemand.

Zur Beruhigung der ahnungslosen Bürger wird stets von der ganzen Härte des Rechtsstaates gefaselt. Warum erst dann, wenn es schon zu spät ist? Allzu oft hat man das schon gehört. Was soll man dazu noch sagen?

Wilhelm Jäkel, Damme

VORFAHRT FÜR RADVERKEHR ZU: VERKEHRSWENDE IM HAND- STREICH (NR. 24)

Temporäre Spielstraßen und sogenannte provisorische Radwege sind die Vorboten der links-grünen Verkehrsstrategie. Man will den Autoverkehr vernichtend treffen. Es hat nichts mehr mit Feinstaub und Kohlendioxidbelastung zu tun, und auch die „Infektionsschutzvorsorge“ ist reine Heuchelei. Es erhebt sich auch kein Etablierter, und es gibt keine Demonstration gegen die „autofreie Stadt“.

Günter Algner, Berlin

ANZEIGE

Das umfassendste Nachschlagewerk über die einzigartigen Heilkräfte der natürlichen Medizin

■ Mit diesem Buch wird erstmals eine deutschsprachige Ausgabe des internationalen Bestsellers der beiden weltbekannten naturheilkundlichen Ärzte und Autoren Michael Murray und Joseph Pizzorno vorgelegt. Das beliebte Nachschlagewerk wurde überarbeitet und um die neuesten und aktuellsten natürlichen Heilmethoden für die gängigsten Erkrankungen ergänzt.

Michael Murray und Joseph Pizzorno konzentrieren sich darauf, die Gesundheit zu unterstützen und Krankheiten mit nebenwirkungsfreien, natürlichen Maßnahmen zu heilen. Dieses richtungsweisende Buch, das in seinem Bereich führend ist, zeigt Ihnen, wie Sie Ihre Gesundheit durch eine positive innere Einstellung, einen gesunden Lebensstil, eine gesunde Ernährung und Ergänzungsmittel stärken können, und gibt Ihnen viele praktische Ratschläge.

Murray und Pizzorno präsentieren einen evidenzbasierten Ansatz für mehr Wohlbefinden, der auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen gründet. Ihr Ziel ist es, die Vorstellung zu zerstreuen, Naturmedizin sei keine »echte« Medizin. Dazu stellen sie Beispiele und Studien vor, die die Wirksamkeit einer ganzheitlichen Methode in der Patientenversorgung aufzeigen.

- Methoden, um sich vor Krankheiten zu schützen, indem Sie wichtige Körpersysteme stärken,
- die wichtigsten Ursachen und Symptome jeder Erkrankung,
- die therapeutischen Erwägungen, die Sie kennen sollten,
- detaillierte Behandlungsübersichten, die die wirksamsten Nahrungsergänzungsmittel und pflanzlichen Arzneimittel beinhalten und vieles mehr.

Dieses richtungsweisende Buch ist die perfekte Einführung in die Welt der Naturheilkunde und ein klar strukturierter Leitfaden für die Anwendung der besten natürlichen Heilmittel für alle Arten von Erkrankungen, ob leicht oder schwer.

Die Enzyklopädie der Naturheilkunde ist ein wertvolles Nachschlagewerk und eine unverzichtbare Lektüre für alle, die ihre Gesundheit verbessern wollen.

Michael T. Murray & Joseph E. Pizzorno: Die Enzyklopädie der Naturheilkunde großformatig gebunden • 1167 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 700 • 39,99 €



Der internationale Bestseller!
Weltweit über 1 Million verkaufte Exemplare!

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

FRÜHERE INNERDEUTSCHE GRENZE

Die Russen kamen nicht

Am Point Alpha bei Fulda schaute die NATO tief in den Osten – Heute schauen Museumsbesucher vorbei

VON NILS ASCHENBECK

Etwa zu dem Zeitpunkt, als der vormalige Beobachtungsstützpunkt Point Alpha nach der friedlichen Revolution von 1989 in ein Museum umgewandelt wurde, wurde unter Historikern und Intellektuellen vom „Ende der Geschichte“ gesprochen, einer Begriffsschöpfung des Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama. Der Ost-West-Konflikt war abgezogen wie eine dunkle Regenfront, und nun erwartete der ewige Sonnenschein der liberalen Demokratie die Weltbürger. Stätten der Konfrontation wurden museal.

Die Umwandlung von Point Alpha in ein Museum, in dem Kinder zwischen historischen Militärlastwagen spielen, schien ein bereiteter Beleg für Fukuyamas These. Point Alpha in der Nähe der Städte Fulda und Bad Hersfeld ist heute ein Museum des Kalten Krieges – und war eine Beobachtungsstation der US-Amerikaner und der NATO in der nördlichen Rhön, von deren Höhenzug die Beobachter weit in den Osten blicken konnten. Genau hier, an der westlichsten Grenze des Warschauer Pakts, würden die Russen einen Einmarsch durchführen, sollten sie denn einen wagen – so die damalige Prognose der westlichen Militärs, die sich nach dem Ende der DDR und nach Sichtung sowjetischer Planspiele als berechtigt erwies.

Von der Topografie bot das „Fulda Gap“, die „Lücke“, das sich im Süden bis nach Bad Neustadt an der Saale erstreckte, wie kein anderer Bereich im Verlauf der innerdeutschen Grenze die Möglichkeit, mit Panzern ohne topografische Sperren von Ost nach West zu rollen. Damit den Russen hier kein Blitzüberfall gelang, beobachtete die NATO ab 1965 vom Point Alpha und drei weiteren Beobachtungsstützpunkten von Hessen aus rund um die Uhr das Geschehen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges. Hätte es einen heißen Ost-West-Konflikt gegeben, hätte er vermutlich hier begonnen. Es wurde sogar in Erwägung gezogen,



Relikt des Kalten Krieges: Trabant der DDR-Grenztruppe im Museum Point Alpha

Foto: Point Alpha Stiftung

dass die Russen hier Atomwaffen einsetzen würden.

Neue Posten im Osten

Die Besucher können am Point Alpha bis heute die alten Gebäude besichtigen, in denen US-Soldaten mit Ferngläsern saßen – es scheint, als wenn sie erst gestern abgezogen wären. Auf dem Museums Gelände stehen darüber hinaus restaurierte Armeefahrzeuge. Auch ein paar hundert Meter der alten Grenzbefestigung mit Wachturm auf der einst östlichen Seite sind erhalten, ergänzt um ein neues Ausstellungsgebäude.

Was Anfang der 1990er Jahre wie ein letztes Zeugnis einer zu Ende gegangenen Epoche schien, das bekommt seit 2008 mehr und mehr unerwartete Aktualität. In

Georgien und an der Ostgrenze der Ukraine stehen russische Panzer und sichern militärisch erreichten Geländegewinn. Auf die lange Jahre entmilitarisierte Ostseeinsel Gotland hat Schweden hastig Soldaten geschickt – offenbar in Erwartung russischer Aggressionen.

Die NATO zeigt in Polen und im Baltikum Präsenz – um nicht zuletzt den Sorgen der östlichen Mitgliedstaaten zu begegnen. Der Kalte Krieg kommt zurück nach Europa, ja, eine Wiederholung der Geschichte scheint manchem möglich.

Die Ost-West-Beziehungen sind um Jahrzehnte zurückgefallen – in einen neuen Kalten Krieg. Deutschland, so die Meinung mancher Beobachter, rutscht sogar allmählich zurück in Weimarer Verhältnisse. Bei dieser Wiederkehr der Vergan-

genheit, die man in den euphorischen Monaten nach 1990 vonseiten der Historiker und der Politikwissenschaftler glatt ausgeschlossen hätte, scheint auch das „Fulda Gap“ mit dem Point Alpha eine neue Bedeutung zu gewinnen. Ist es wirklich nur noch ein musealer Ort? Oder werden wir noch den Tag erleben müssen, an dem Beobachtungstürme wie hier hastig reaktiviert werden?

● Point Alpha am Platz der Deutschen Einheit 1 in 36419 Geisa, geöffnet bis 31. Oktober täglich von 8 bis 18 Uhr. Eintritt: 6 Euro. Jährlich finden von April bis Oktober jeweils am ersten Sonnabend des Monats Grenzwanderungen statt. Infos unter Telefon (06651) 919030 oder E-Mail: service@pointalpha.com.

GARTENREICH DESSAU-WÖRLITZ

Behagliche Quarantäne

Leben wie die Adeligen – Sachsen-Anhalt bietet historische Ferienwohnungen in seinen Landschaftsparks

In Zeiten des Abstandhaltens wegen der Pandemie ist das Gartenreich Dessau-Wörlitz als Kultur- und Naturreservat eine Oase des stilvollen Rückzugs. Schon Goethe besuchte ab 1776 mehrfach Wörlitz und Anhalt-Dessau, um die Gastfreundschaft des Fürstenpaares Franz und Luise von Anhalt-Dessau zu genießen. Tief beeindruckt schrieb er an Charlotte von Stein, dass „die Götter dem Fürsten erlaubt haben, einen Traum um sich herum zu schaffen“.

Neun historische Ferienwohnungen machen diesen Traum in Sachsen-Anhalt bis heute erlebbar. Verstreut über 142 Kilometer historischer „Landesverschönerung“ mit einem halben Dutzend Schlössern, Parks und Landschaftsgärten sowie jeder Menge historischer Bauten und Skulpturen beschenken sie ihren Bewohnern fürstliche Gefühle. Ganz besonders in Mosigkau, wo man mitten in der Schlossanlage in den ehemaligen Kammern des Hofrats wohnen kann.

In den Wörlitzer Anlagen nutzte bereits Fürst Franz das Rote Wallwachhaus von 1772 zeitweilig als Unterkunft während der Bauarbeiten am Wörlitzer

Schloss. Das ebenfalls am Großen Walloch, so der Name dieses Wörlitzer Sees, 1792/93 erbaute Piemonteser Bauernhaus soll der Legende nach ein Geschenk des Großherzogs Carl August von Sachsen-Weimar an den Fürsten gewesen sein. Auch er hielt sich gern und häufig in Wörlitz und Dessau auf.

Der turmartige Elbpavillon im Leopoldshafen am Rand des Dessauer Georgengartens dürfte ebenfalls so manches Mal Fürst Franz und seine Gäste gesehen haben. Im Garten selbst liegt das klassizistische Georgium, das Schloss von Franz' Bruder Johann Georg, das zurzeit noch restauriert wird.

Das Luisium, der intimste Teil des Gartenreichs, war das Reich der Fürstin Luise. Sein bezauberndes Schlösschen, eher eine Villa im Stil Palladios, schenkte Fürst Franz seiner Gattin zum 30. Geburtstag. Bei der 1767 mit der 16-jährigen Tochter des Markgrafen von Brandenburg-Schwedt geschlossenen Ehe hatte Friedrich der Große seine Finger im Spiel. Eine Liebesheirat war das nicht. Nach der Geburt des Thronfolgers 1769 gingen sie mehr und mehr getrennte Wege. Das neogotische Schlangenhäus im Luisium diente schon immer als Gästehaus. Das nahe Wohnhaus des Hofgärtners Eyserebeck wurde erst jetzt zum Feriendomizil.

Radio und Flachbildschirm sucht man in den behaglichen Wohnungen vergeblich. In Jagdhaus und Jagdhütte an der Rosenwiesche in den Elbauen nördlich der Wörlitzer Anlagen gibt es weder Strom noch fließend Wasser. Für echte Jäger mit Jagdschein bieten sie dafür ein eigenes Jagdrevier. Helga Schnehagen

● Info: www.gartenreich.de, Buchung ab 2 Übernachtungen, Telefon (0340) 646150, E-Mail: ferienwohnung@gartenreich.de



Fürstliches Refugium: Das Schlangenhäus im Luisium des Gartenreichs

Foto: pa

GARTENTIER DES JAHRES

Stachelige Freunde

Aus der Kategorie „Tier macht Sachen“ ging kürzlich die Nachricht durch die Medien, dass sich ein Igel mit dem Kopf in einer Eisenspanne verklemt hatte. Die Feuerwehr musste kommen, um ihn aus der unbequemen Lage herauszuschneiden. Das Missgeschick kann passieren, wenn die Tiere bei anbrechender Dunkelheit aus ihren Verstecken unter Laubhaufen oder Büschen kriechen, um auf Nahrungssuche zu gehen und dabei in die Fallen menschlicher Zivilisation tappen. Diese niedlichen Gartenbewohner, genauer die Braunbrüstigel, wurden nun von Freunden der „Heinz-Sielmann-Stiftung“ zum Gartentier des Jahres 2020 gewählt.

Die nach dem in Ostpreußen aufgewachsenen Tierfilmer (1917–2006) benannte Stiftung will so darauf aufmerksam machen, dass es den Igel nicht gut- und ihr Bestand zurückgeht. Das liegt nach Ansicht der Fachleute zum einen daran, dass viele Insektenarten sterben, denn diese sind die Hauptnahrung der Igel, und zum anderen auch an gefährlichen Mährobotern. Deren scharfe Messer verletzen die Igel schwer, denn Igel fliehen nicht vor Gefahr, sondern rollen sich zusammen. Da Igel in der Nacht aktiv sind, raten Experten dringend dazu, die Mähroboter nur tagsüber fahren zu lassen. Leider kommen Hunderttausende von Igel auch auf den Straßen durch Autos zu Tode.

Es gibt weltweit über 20 Igelarten, in Deutschland leben zwei Arten. Überall bei uns verbreitet ist der Braunbrüstigel. Der seltenere „Nördliche Weißbrüstigel“ kommt nur in wenigen Randgebieten Mitteldeutschlands vor.

Braunbrüstigel leben als Einzelgänger, die nur zur Paarungszeit einen Partner suchen. Igelsäuglinge haben



Liebesglück: Igelpaar auf einer Wiese

bereits etwa 100 Stacheln, die ausgewachsenen Igel besitzen um die 7000.

Die Tiere können nicht gut sehen, aber mit ihrer feinen Nase sehr gut riechen. In der Dämmerung gehen sie dann auf die Suche nach Regenwürmern, Schnecken, Käfern, Spinnen, Tausendfüßlern und allem, was krecht und flucht. So vernichten sie ganz nebenbei auch viele Schädlinge im Garten.

Da Igel Winterschlaf halten, müssen sie sich im Herbst eine dicke Fettschicht anfrassen. So sind sie, wenn die Blätter bunter werden, immer auf Nahrungssuche, sogar am Tage. Den Winter über zehren sie dann von den Fettreserven und verlieren dabei bis zu 40 Prozent ihres Körpergewichtes. Wichtig ist, dass sie ein gutes Igelversteck finden, in dem sie bis zum Frühling durchschlafen können.

Seit 2010 verleiht die Heinz-Sielmann-Stiftung die Auszeichnung Gartentier des Jahres, um bedrohten Tierarten zu helfen. Weil er so putzig und hilflos wirkt, findet der Igel im Menschen aber stets seinen Freund und Retter in der Not. Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Idealbild des Islam

Mit ihrem Lesebuch „Muslimisch und liberal“ entwirft die Publizistin Lamya Kaddor ein Idealbild des Islam. Als selbsternannte liberale Muslima tingelt Kaddor durch Talkshows sowie Vortrags- und Dialog-Foren, wo sie mit ausgesuchten Koranzitaten und ihren privaten Islaminterpretationen die Wohltaten dieses von ihrem ägyptischen Fachkollegen Samad Abdel Hamad als faschistoid bezeichneten Herrschaftskonzepts preist und vor „Deutschomanen“ sowie „Kreuzritern“ warnt.

In ihrer Studienzeit in Münster war die Autorin gar nicht liberal. Sie gehörte zu den ersten Kritikern ihres Lehrers, Professor Sven (Mohammed) Kalisch, als dieser nach intensiven jahrzehntelangen Forschungen im Jahre 2010 zu dem Schluss kam, dass Mohammed keine historische Figur, sondern eher eine aus einer späteren Epoche zurückprojizierte legendäre Gestalt gewesen sei, welche die neue Religion Islam benötigt habe, um sich eine Identität zu geben. Kalisch verlor seine Befähigung zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer und erhielt Morddrohungen. Kaddor fühlte sich als Siegerin.

Es scheint, als ob Kaddor den Konflikt zwischen rückständigem Islam und rassistischen Deutschen braucht, um ihre Mogelpackung eines „liberalen Islam“ verkaufen zu können. So auch in ihrem neuesten Buch „Muslimisch und liberal“, allerdings lässt sie jetzt bereits etablierte Muslime vorwiegend aus der grünlinken Ecke, wie den grünen Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour, für sich schreiben.

Die Religionspädagogin und ihre Mitstreiter folgen einer Spur, die beweisen soll, dass der Koran eine „vernunftoffene Gläubigkeit“ offenbare. Sie phantasiert mit ihren Mitschreibern eine „liberale Koran-Exegese“ herbei, bei der angeblich strittige Themen wie Kopftuch, Gleichberechtigung, Homosexualität und Antisemitismus, wie in der christlichen Biblexegese diskutiert werden sollen. Die Aufklärung, die der Islam noch vor sich habe, erklärt sie zum wahren „Dschihad“, wobei jeder weiß, was Dschihadisten in aller Welt an Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, ohne dass irgendein muslimischer Glaubensgelehrter oder Vorgesetzter diese in irgendeiner Form daran hindern würde.

Selbst Kaddor konnte nicht verhindern, dass fünf ihrer Schüler, als sie noch als islamische Religionslehrerin in Dinslaken gearbeitet hatte, in den wahren Dschihad nach Syrien gezogen sind, um dort nicht den Dschihad der Aufklärung zu verkündigen, sondern den des Terrors und des Zwanges. Derart kompromittiert durch die eigene Lehre und Praxis, versucht Kaddor auf ein Neues öffentlich Gelder einzukassieren für einen Reformansatz.

Geradezu abenteuerlich wirkt der Versuch Kaddors, das Kopftuch einer historisch kritischen Analyse zu unterziehen. Laut der Autorin soll es im Koran Textstellen geben, die belegen, dass das islamische Kleidungsstück vor allem als Schutz vor übergriffigen Männern gedacht sei. *Bodo Bost*



Lamya Kaddor (Hg.): „Muslimisch und liberal“, Piper Verlag, München 2020, gebunden, 320 Seiten, 22 Euro

KOCHEN



Urlaub in der Küche

Mit griechisch-zyprischen Rezepten zaubert Theo A. Michaels in Zeiten, da viele wegen der Pandemie zu Hause bleiben müssen, Urlaubsgefühle auf den Tisch

Gesund und wohlschmeckend Die griechische Küche gilt als eine der gesündesten der Welt, stehen doch Fisch, frisches Gemüse und Salate neben leckeren Fleischgerichten auf dem Speiseplan. Der Brite Theo A.

Michaels stellt eine Vielfalt von Rezepten seiner griechisch-zyprischen Vorfahren, aber auch der modernen Küche vor. Es sind Rezepte, die jeder zu Hause nachkochen kann. *MRK*

Theo A. Michaels: „Orexi. Griechische Küche gemeinsam genießen“, Koehler Verlag, Hamburg 2020, gebunden, 176 Seiten, mehr als 80 Rezepte, zahlreiche Farbfotos, 24,95 Euro

POLITIK

„Pioniergestalt beim Abräumen demokratischer Standards“

Die Publizistin Gertrud Höhler, bekannt als scharfe Kritikerin Merkelscher Politik, arbeitet sich regelrecht ab an der Kanzlerin

VON KARLHEINZ LAU

Gertrud Höhler ist eine bekannte Literaturwissenschaftlerin, die sich jedoch mehr als Politikerin sieht. In der öffentlichen Meinung ist sie nicht unumstritten. Ihre Analysen sind scharfsinnig und zielorientiert, was sich in ihrem neuen Buch zeigt. Der Titel „Das Requiem“ in Verbindung mit der Person der amtierenden Bundeskanzlerin wirft allerdings Fragen auf.

Requiem bedeutet Totenmesse. Was soll damit angekündigt werden? Wird die Zielperson am Ende ihrer Amtszeit als Politikerin im wahrsten Sinne des Wortes fertiggestellt, oder schwebt zwischen den Zeilen doch eine verborgene Bewunderung für eine erfolgreiche Frau in der Politik, die überdies aus dem Osten, aus dem real existierenden Sozialismus der DDR, kam?

Unter diesem System wurde Angela Merkel politisch sozialisiert, so Höhler, wobei sie ihre DDR-Erfahrungen nach der Wende in ihre Arbeit im Machtapparat der westdeutschen Bundesrepublik einbrachte. Für die Autorin ist dies ein immer wieder gebrauchtes Argument für ihre Analysen der Merkelschen Politik.

Der Inhalt des Buches ist in 13 Abschnitte gegliedert, die wiederum Einzelaspekte zum jeweiligen Thema bieten. So wird im Kapitel die „Sonderwege einer Kanzlerin“ ihre tatsächliche oder angebliche Symbolpolitik als ein Beispiel behandelt. Das Kapitel „Masterplan für ein anderes Europa“ enthält unter anderem die Behauptung, „Merkel entmacht



Scharfe Kritikerin: Gertrud Höhler

Deutschland in Europa – und keiner schaut hin“.

Höhler seziiert detailliert alle Felder der Merkelschen Politik. Sie arbeitet sich buchstäblich an der Kanzlerin ab, positive Aspekte sind nicht erkennbar, das dialogische Prinzip Argument/Gegenargument enthält das Buch nicht. Das mindert die Möglichkeit für eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Kanzlerin. Die Finanzkrise, die Energiekrise, die Flüchtlingswelle sind die zentralen politischen Ereignisse der Ära Merkel, an denen die Autorin zeigt, welches die eigentlichen Ziele der Kanzlerin seien, nämlich „Abbau der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines autoritären Systems für Deutschland und Europa“.

„Angela Merkels Amtsführung zeigt die Kanzlerin als eine Pioniergestalt

beim Abräumen demokratischer Standards“, heißt es beispielsweise. Wie das konkret aussieht, wird für den Normalbürger nicht oder nur unklar verständlich ausgeführt. Diese Art von Behauptungen durchzieht die Gesamtheit der behandelten Themen. Dem Leser wird es schwer gemacht, begründete Argumente zu finden. Ein weiteres Beispiel: „Das übernationale Amtsprofil, das Merkel nun für Langzeitprojekte und ideologisch ausdrucksstarke Personalentscheidungen repräsentiert, ist metamoralisch und metademokratisch.“

Viel gravierender ist allerdings, dass in diesem Buch das Bild einer Kanzlerin vermittelt wird, die offensichtlich ihre Politik als Alleinunterhalterin betreibt, ohne Bindung an die Werte, die unseren Staat Bundesrepublik Deutschland tragen.

Wenn alles so wäre, wie Höhler schreibt, müsste die Frage gestellt werden, ob eine zigmillionenfache Bevölkerung deutscher Bürger alles unpolitische Dumpfbacken sind. Das glaubt wohl die Autorin selbst nicht. Sie muss sich allerdings sagen lassen, dass sie das Bild einer Bundeskanzlerin vermittelt, das nicht unbedingt der Sicht eines Jeden entspricht.



Gertrud Höhler: „Angela Merkel. Das Requiem“, Econ Verlag, Berlin 2020, gebunden, 352 Seiten, 24,99 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Berlin gestern und heute

Der Berliner Fotograf Jürgen Grothe ist in seinem Buch „Berlin. Fotografien aus Ost und West 1956–1978“ sicher nicht nur der Frage nachgegangen, wie man Jüngeren vermitteln kann, wie Berlin einmal ausgesehen hat. Der Stadthistoriker hat seit den 1950er Jahren seine Heimatstadt porträtiert, indem er durch beide Teile reiste, um den Alltag der Bewohner und besondere Ereignisse festzuhalten.

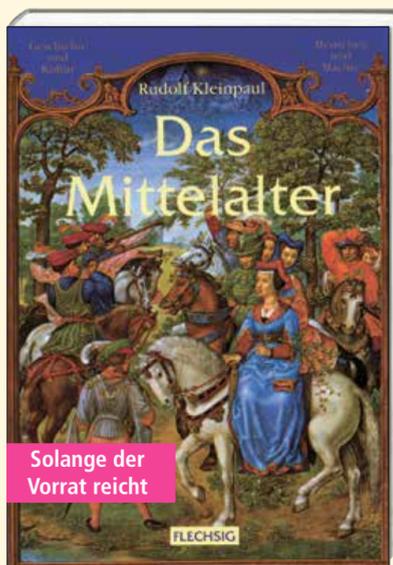
Die Fotos seien von einer unglaublichen Wucht und Tiefe, sagt der Verlag. Unterteilt nach Bezirken schlendert der Leser mit Grothe durch die Stadt, von Mitte über Charlottenburg-Wilmersdorf, Schöneberg und Tempelhof, Tiergarten, Kreuzberg und Neukölln sowie durch weitere östliche Bezirke, Wedding und Reinickendorf, Spandau, Steglitz und Zehlendorf.

„Mit den Bildern habe ich versucht, den Augenblick der jeweiligen Zeit festzuhalten und für die Nachwelt zu bannen“, sagt der Autor. Seine Aufnahmen seien keine Schnappschüsse, sondern kontrollierte Augenblicke. Viele der gezeigten Plätze, Häuser und Gebäude gibt es nicht mehr, da sie den umfangreichen Umstrukturierungen zum Opfer fielen. „Meine Bilder wollen immer auch Geschichten erzählen“, sagt Grothe. Und genau das ist ihm mit diesem Buch hervorragend gelungen.

Silvia Friedrich



Jürgen Grothe: „Berlin. Fotografien aus Ost und West 1956–1978“, Eisenberg Verlag, Berlin 2019, gebunden, 240 Seiten, 36 Euro



Solange der Vorrat reicht

Rudolf Kleinpaul
Das Mittelalter
 Geschichte und Kultur, Menschen und Mächte
 Bilder aus dem Leben und Treiben aller Stände in Europa: Mittelalterliche Zustände und Stände – Das Weltreich Karls des Großen – Mittelalterliche Rechte und Vorrechte – Tägliches Leben in den Pfälzen, Bürgerhäusern und Bauernhöfen – Küche und Keller – Mittelalterliche Jagdszenen – Spiele, Schaubuden und Volksbelustigungen – Der Handel – Zünfte, Zunftwesen, Zunftgebräuche – Das Geld – Die Gerichtsbarkeit – Die Fem – Die peinliche Gerichtsbarkeit – Juden und Judenverfolgungen – Ketzergerichte – Die Fahrenden Leute des Mittelalters – Hochzeiten und Feste – Die Tracht
 Mit 444 Illustrationen und 21 Vollbildertafeln.
 360 Seiten
 Nr. P S1 Gebunden mit Schutzumschlag 28,00 €



Amthlicher Taschensfahrplan der Reichsbahndirektion
Posen und Osten in Frankfurt (Oder)
 Reprintausgabe des Taschensfahrplans von 1943. 158 Seiten.
 Nr. P A0672 Kartoniert 19,95 €



Jahresfahrplan 1943
Amthlicher Taschensfahrplan Königsberg (Pr.) und Danzig
 Reprint der Originalausgabe
 Kartoniert.
 182 Seiten
 Nr. P A0670 17,80 €

Wichtigste Strecken: Preußische Ostbahn (Berlin – Schneidemühl) Marienburg (Westpreußen) Elbing Königsberg und weiter über Insterburg nach Eydtkühnen an der litauischen Grenze. Die Strecke (Berlin – Frankfurt [Oder] – Posen – Thorn) Deutsch Eylau Allenstein Insterburg Tilsit [Memel]. Die Bahnlinie von Marienburg nach Garnsee, die Eisenbahnlinie von Marienburg nach Mlawka, die Ostpreußische Südbahn von Königsberg über Rastenburg, Korschen Lötzten und Lyck bis zum polnischen Grenzbahnhof Grajewo. Die Tilsit-Insterburger Eisenbahn – die Bahnlinie von Königsberg nach Allenstein. Im Fahrplan auch enthalten, die 1939 eingerichtete Reichsbahndirektion Danzig mit der Strecke Danzig – Deutsch-Eylau – Warschau und alle im Westen davon gelegenen Strecken.



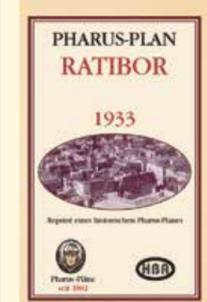
Jahresfahrplan 1944/1945
Amthlicher Taschensfahrplan für Niederschlesien und Oberschlesien
 Reprint der Originalausgabe
 Kartoniert.
 Format 24 cm x 21 cm
 144 Seiten
 Nr. P A0671 19,80 €

Zu den wichtigsten Strecken der Reichsbahndirektion Breslau gehörten:
 Sommerfeld – Sagan – Liegnitz – Breslau – Brieg; Görlitz – Lauban – Hirschberg (Riesengeb.) – Waldenburg – Glatz bzw. Breslau; Breslau – Glatz – Kamenz (Schles) – Mittelwalde – (Tschechoslowakei); Breslau – Brieg – (Oppeln); Breslau – Markstädt – (Oppeln); Liegnitz – Königszell – Kamenz (Schles) – (Neisse).
 Zu den wichtigsten Strecken der Reichsbahndirektion Oppeln gehörten: (Breslau) – (Brieg) – Oppeln – Beuthen; (Breslau) – Karlsmarkt – Oppeln; Brieg – Neisse – Deutsch Rasselwitz – Ratibor bzw. Heydebreck (Oberschles) – Gleiwitz – Hindenburg; Oppeln – Heydebreck (Oberschles) – Ratibor – (Oderberg/ Tschechoslowakei).

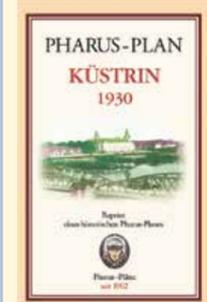


Solange der Vorrat reicht

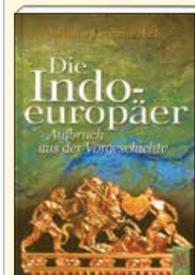
Bodo Ehardt
Das Standardwerk der Burgenkunde – Der Wehrbau Europas im Mittelalter – in drei Bänden
 Bodo Ehardt (1865-1945) war Architekt, Burgenforscher, Gründer und über viele Jahre Präsident der Deutschen Burgenvereinerung. In dieser dreibändigen Ausgabe seines Standardwerkes zur Burgenkunde schildert er die gesamte Entwicklung des Wehrbaus im Mittelalter, veranschaulicht durch über 800 Abbildungen und mehr als 120 Tafeln mit Plänen.
Band 1: Burgenarten – Die Burgen des Tieflandes – Englische Burgen – Irische Burgen – Schottische Burgen – Französische Burgen – Deutsche Burgen – Schweiz. 670 Seiten
Band 2: Spanische Burgen – Portugiesische Burgen – Italienische Burgen. 328 Seiten
Band 3: Schwedische Burgen – Norwegische Burgen – Finnische Burgen – Burgen des Sudetenlandes, Böhmens und Mährens – Burgen des ehemaligen Polen – Ungarische Burgen – Burgen der Slowakei – Burgen Siebenbürgens – Burgen Kroatiens und Sloweniens – Burgen Bosniens und der Herzegowina – Burgen Alt-Serbiens – Rumänische Burgen – Bulgarische Burgen – Burgen der griechisch-adriatischen Küste, Griechenlands und Kretas – Burgen am Bosphorus und an den Dardanellen. 748 Seiten
 Nr. P S2 Gebunden mit Schutzumschlag 39,80 €



Pharus-Plan Ratibor
 Historischer Stadtplan von 1933
 Maßstab 1: 9.000
 Nr. P A0463 7,50 €



Pharus-Plan Küstrin
 Historischer Stadtplan von 1930
 Maßstab 1: 12.000
 Nr. P A0461 8,00 €



Reinhard Schmoekel
Die Indo-europäer
 Aufbruch aus der Vorgeschichte
 Kartoniert
 587 Seiten
 Nr. P A0880 24,80 €

Ursprünglich in den Steppen des südlichen Innerasiens beheimatet, begann sich ein Hirten- und Bauernvolk schon vor sechstausend Jahren in immer neuen Auswanderungswellen über ganz Europa und große Teile Asiens auszubreiten. Griechen, Römer, Germanen, Slawen, Kelten, Perser und die frühen arischen Eroberer Indiens – sie alle sind Abkömmlinge des gleichen mysteriösen Hirtenvolkes. Eine ungeheure Dynamik, ein Leistungs- und Gestaltungswillen von beispielloser Kraft müssen diesem Volk seit vorgeschichtlichen Zeiten innegeohnt haben. So sind heute fast alle Europäer deren biologische und geistige Erben. Reinhard Schmoekel gelingt es, die Entstehung einer vielfältigen indoeuropäischen Kultur und den wirkmächtigen Aufbruch der sich daraus entwickelnden Völker aus der Vorgeschichte anschaulich zu beschreiben.



Jahresfahrplan 1942/1943
Amthlicher Taschensfahrplan für den Bezirk Stettin
 Reprint der Originalausgabe
 Kartoniert.
 234 Seiten
 Nr. P A0960 19,95 €

Die Reichsbahndirektion Stettin befand sich in der preußische Provinz Pommern und reichte bis Rostock bzw. bis Berlin. Wichtige Strecken in der Direktion waren (Berlin) Neustrelitz Neubrandenburg Stralsund Saßnitz (Hafen) (Schweden); (Berlin) Angermünde Stettin und Pasewalk Stralsund der Stettiner Bahn sowie die Strecke Stettin Stargard Köslin Stolp Lauenburg (Pommern) (Danzig). Die Gründung der privaten Eisenbahngesellschaft Berlin-Stettiner-Eisenbahn im Jahre 1836 mit Direktionssitz in Stettin gilt als Ausgangspunkt für die spätere Reichsbahndirektion Stettin. Der Taschensfahrplan enthält ein sehr umfangreiches Ortsverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen für Reisende im Jahr 1942, die Fernverbindungen, Streckenpläne, die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stettin und Schifffahrtlinien.



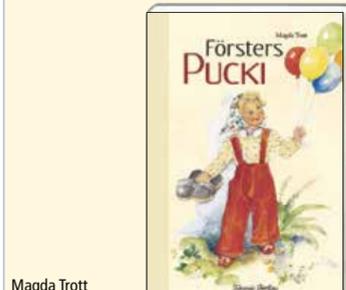
Stadtplan Oppelner Schlesien (Nordteil)
 Stadtplan im Maßstab 1: 100.000.
 Straßenverzeichnisse Deutsch-Polnisch/Polnisch-Deutsch
 Nr. P A1530 Karte 8,95 €



Pharus-Plan Danzig
 Historischer Stadtplan von 1940
 Maßstab 1: 8.000
 Nr. P A0460 9,00 €



Mein Familien-Stammbuch – Mit Ahnentafel
 Dieses Buch zeigt Ihnen, wie Sie Ihren Ahnen Schritt für Schritt auf die Spur kommen. Es gibt einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Informationsquellen, einfache Recherchemethoden, wie Sie mehr über Ihren Familiennamen erfahren und vieles mehr. Anschließend können Sie alle gesammelten Informationen auf Formblättern und in Ahnentafeln eintragen. 80 Seiten
 Nr. P A1324 Gebunden 6,00 €

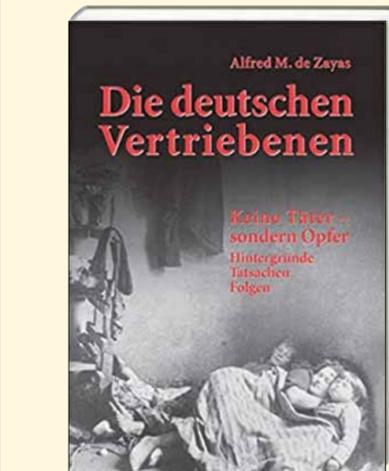


Magda Trott
Fürst Pucki
 Pucki, die im Walde aufwächst, führt ein glückliches Leben. Sie spricht mit den Tieren und Blumen, erfindet Fabeln und Märchen und begeht mit ihrem guten Kinderherzen viele Streiche, an denen auch mancher Erwachsene seine Freude haben wird. Ein Kinderbuchklassiker in Neuausgabe. 160 Seiten
 Nr. P A1046 Gebunden 8,95 €



Ingo von Münch
„Frau, komm!“
 Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
 208 Seiten
 Nr. P A0192 Geb. 19,90 €

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell missbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verlässlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntlang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit.

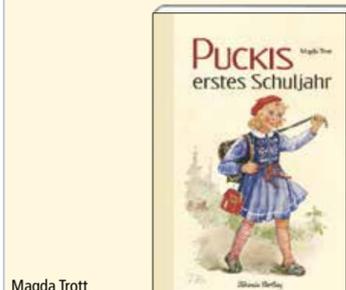


Alfred M. de Zayas
Die deutschen Vertriebenen
 Keine Täter sondern Opfer – Hintergründe, Tatsachen, Folgen
 Die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, der Versailler Vertrag, die Lage der Deutschen in Polen und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, die antideutschen Pogrome in Polen nach Kriegsbeginn 1939, aber auch Hitlers „Lebensraum-Ideen“ werden ausführlich behandelt, wobei deutlich wird, dass letztere nicht als Ursache oder Entschuldigung der Vertreibung herangezogen werden können. Einen großen Teil des Buches nimmt die Beschreibung der Vertreibung selbst ein, wobei die Berichte von Zeitzeugen, Dokumente, Zahlen und Abbildungen dabei helfen, das schreckliche Geschehen nachvollziehbar zu machen. 12 Millionen Menschen wurden dabei nach Westen vertrieben, mehr als zwei Millionen kamen um oder wurden direkt getötet. Sind die Verbrechen Hitlers tatsächlich der Grund für die Massenverteilungen oder spielten andere Planungen im Osten wie bei den Westalliierten eine bedeutende Rolle? Auch dieser Frage geht der Autor nach, um abschließend die Eingliederung der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik zu schildern. 247 Seiten
 Nr. 9583 Gebunden 19,90 €



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
 Der große Ostpreußenroman
 440 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533186 16,95 €

Elsa Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.



Magda Trott
Puckis erstes Schuljahr
 Hedi Sandler, das sechsjährige Försterstochterchen, das in Freiheit in Wald und Feld aufgewachsen ist, muss nun in die nahe Kleinstadt zur Schule. Wie Pucki sich mit dem ersten Schuljahr auseinandersetzt und wie sie aus ihrem mitfühlendem Herzen alle Armut aus der Welt schaffen will ist hübsch und spannend geschildert. 160 Seiten
 Nr. P A1047 Gebunden 8,95 €



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste – Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs
 Gebunden, 144 Seiten
 Nr. P 9918 14,95 €

Gestützt auf amtliche Dokumentationen und internationale Studien belegt der Verfasser die kaum bekannte Befreiung in den Jahren 1945–1948 mehr Deutsche das Leben gekostet hat als Diktatur und Krieg in den Jahren 1933–1945. Nawratils kleines, übersichtlich gestaltetes Buch trägt durch seine sachliche, jede Anklage vermeidende Art dazu bei, dass diese Opfer nicht einfach aus dem Bewusstsein verdrängt werden ... Auch der Leser, dem Ereignisse, Umstände und Zahlen durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Geschehen vertraut sind und der hier und da Bedenken methodischer Art vorbringen muss, kann das schmale Bändchen nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.



Ella Brümmer
Ein Leben – Zwei Seiten
 Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
 Gebunden
 280 Seiten
 Nr. P A0778 22,00 €

Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtigsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von 19 Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick tat. Die Zeit nach dem Ende des Krieges war geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der heranrückenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.



Letzte Exemplare

Rudolf K. Becker
So schabberten wir tohus
 Ein kleines Wörterbuch
 Diese Sammlung ostpreußischer Wörter stellt einen bunten Querschnitt durch den sprachlichen Alltag der Ostpreußen dar. Sie ist das Ergebnis längerer Zusammenfassungen und Studiums der ostpreußischen Literatur und Mundartdichtung. 176 Seiten
 Nr. P S15 Gebunden 12,95 €



Magda Trott
Pucki und ihre Freunde
 Pucki ist durch ihre Hilfsbereitschaft und ihren fröhlichen Sinn der Liebling der Klasse. Sie hat viele Freundinnen, aber auch Harras, der Försterhund und die Tiere des Waldes gehören zu ihren Freunden. Ihr überschießender Lebensmut verführt sie zu manch waghalsigen Abenteuern, aber zum Schluss geht doch alles gut. 160 Seiten
 Nr. P A1137 Gebunden 8,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Maske ist nicht gleich Maske. Im bayerischen Landtag müssen sich nun auch alle Parlamentarier der unwürdigen „Maskenpflicht“ unterwerfen. Um in der Bevölkerung möglichst wenig Zweifel an der Berechtigung der „Corona-Maßnahmen“ aufkommen zu lassen, sind diese Trage-Verordnungen noch immer sehr beliebt. Im Landtag zu München galt für Volksvertreter zunächst nur eine Empfehlung. AfD-Abgeordnete verstanden dies auch so und entschieden sich dem Vernehmen nach eher dagegen. Gewünscht war jedoch Gleichförmigkeit. Das Gebot wurde zur Pflicht. Stefan Löw (AfD) ging, korrekt verhüllt, zum Rednerpult. Allerdings trug er eine Gasmasken. Die eigenen, unsinnigen Verordnungen derart vorgeführt zu bekommen, war zu viel für Landtags-Vize Alexander Hold (Freie Wähler), bekannt aus dem Sat.1-Nachmittagsprogramm. Löws Maske galt ihm nun als „Spielchen“, er entzog ihm das Wort und bekam Befall von begeisterten parlamentarischen Maulkorbträgern. Von denen mit der „richtigen“ Maske. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ein Hongkonger Student, der anonym bleiben muss, um der Verfolgung durch die chinesischen Kommunisten zu entgehen, wirft westlichen Politikern im „Cicero“ (9. Juli) vor, die Bewohner seiner Stadt in ihrem verzweifelten Kampf um ihr Recht und ihre Freiheit im Stich zu lassen:

„Wir sind keine Freunde von Trump und Johnson. Aber leider gehören sie zu den wenigen Politikern, die uns konkret helfen. Viele andere, von denen wir uns viel lieber helfen lassen würden, ergehen sich im Philosophieren und Ideologisieren, um möglichst neutral zu bleiben. Aber am Ende lassen sie uns mit Trump und Johnson alleine und schauen nur zu. Es ist nett, wenn diese Politiker uns ihr Mitleid zeigen, nur bringt es leider überhaupt nichts.“

Sahra Wagenknecht, frühere Fraktionschefin der Linkspartei im Bundestag, wirft in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (8. Juli) ihrem politischen Lager vor, die eigene Klientel vergessen zu haben:

„Viele linke Politiker haben den Kontakt zu den Benachteiligten verloren, zu denen ohne Universitätsabschluss, zur alten Mittelschicht und erst recht zu den Ärmern, die heute in Niedriglohnjobs arbeiten müssen.“

Lydia Rosenfelder und Christian Teevs beleuchten im „Spiegel“ (4. Juli) eine Ursache der ständigen Fehlritte von SPD-Co-Chefin Saskia Esken:

„Sie versteht nicht, dass sie in ihrem neuen Amt nicht nur sich selbst repräsentiert, sondern rund 400.000 Mitglieder. Sie verhält sich eher wie eine politische Aktivistin, die unter Internetsucht leidet.“

Der Virologe Jonas Schmidt-Chanassit wirft dem SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach im „Hamburger Abendblatt“ (9. Juli) schädliche Dramatisierung vor:

„Ich halte es für falsch, immer mit dieser zweiten Welle zu drohen. Das macht die Leute verrückt ..., so etwas sorgt für Corona-Müdigkeit.“

Für Dorothea Siems geht die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Krise, welche die deutsche Wirtschaft infolge der Corona-Restriktionen erfasst hat, genau den falschen Weg. In der „Welt“ (9. Juli) moniert sie:

„Statt die Unternehmen in dieser bedrohlichen Krise von Fesseln wie etwa dem allzu starren Arbeitszeitgesetz oder bürokratischem Ballast zu befreien, nutzt die große Koalition die Corona-Krise dazu, den staatlichen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen massiv und – wie zu befürchten ist – dauerhaft auszudehnen ... Erfahrungsgemäß ist der Staat allerdings ein schlechter Unternehmer.“

● WORT DER WOCHE

„Denkmäler zu beseitigen oder Straßennamen zu zensurieren, ist Feigheit vor der Vergangenheit. Über den Kolonialismus sollte aus seiner Zeit heraus gerichtet werden.“

Toni Stadler, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (9. Juli) zum „säkularen Bildersturm“ linker Gruppen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Farbenlehre für Schwarzseher

Warum ein Kuss zum Dauerbrenner wird und Mercedes sich von seiner dunklen Seite zeigt

VON KLAUS J. GROTH

Zugegeben, der Tag des Kusses wäre in diesem Jahr an mir vorbeigerauscht wie der Tag der Salzstange oder der Tag des Hühnerfrikasées. Ich hatte die Bedeutung des 6. Juli einfach vergessen. Dabei war das eigentlich nicht möglich. Weil es gerade ziemlich viel Aufregung um einen Kuss gibt. Mir, Ihnen, uns allen wird klargemacht, dass wir uns einst an einer rassistischen Küsserei erfreut haben. Damals, als der Kuss von Scarlett O'Hara und Rhett Butler, alias Vivien Leigh und Clark Gable, noch plakativ für den Tag des Kusses werben durfte. Ist noch gar nicht so lange her. Was waren wir nur für eine gewissenlose Bande. Nicht einmal den Ansatz eines schlechten Gewissens hatten wir bei diesem Epos aus den Südstaaten.

Erst „Black Lives Matter“ hat uns aufgeklärt. Weil die Liebesgeschichte in Wahrheit die Sklaverei verherrlichte, nahm das zur Gruppe WarnerMedia gehörende Streamingportal HBO Max den Film aus dem Programm. Vorerst. Wenn er wieder auftauchen darf, dann nur mit aufklärenden Begleittexten einschließlich kritischer Rüge für rassistische Darstellungen. Unvorstellbar: Für das Machwerk gab es mal acht Oscars und zwei Ehren-Oscars sowie insgesamt 13 Nominierungen. Das verstockte Publikum 2020 liebt den Schmachtfetzen immer noch. Als der Film „Vom Winde verweht“ aus dem Programm des Bezahlsenders geschmissen wurde, freute sich Versandhändler Amazon: Über Nacht wurde die 81 Jahre alte Klamotte zum Verkaufsschlager.

Aufgeklärte Menschen nahmen vorsorglich auch Polizei-Sendungen aus dem Programm. „Paramount Network“ setzte die Serie „Cops“ ab, die Polizisten bei ihren Einsätzen begleitete. Auch die Sendung „Live PD“ war dabei, wenn Polizisten zugriffen. Der Sender A&E Network warf sie aus seinem Programm. Trotz bester Einschaltquoten. Wen wundert es dann noch, dass sich die Polizei in Stuttgart verdächtig macht, wenn sie genauer fragt, ob die dortigen Krawallbrüder ausländische Wurzeln haben. Das sei „Stammbaumrecherche“, giftet der grüne Bundesvorsitzende Robert Harbeck, so etwas gehöre sich nicht. Darum merke: Auch wenn nach allen Seiten ermittelt wird, bedeutet das noch lange nicht, dass man nach allen Seiten genauer hinsehen darf.

Die Bosse im Rennzirkus von Mercedes haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie überraschten zu Beginn der Rennsaison 2020 mit der Ankündigung, bei der Formel 1 ganz in Schwarz aufzutreten. Auch die legendären Silberpfeile glänzen nun nicht mehr im Alu-Look, sondern kommen Tiefschwarz daher. Das sei, wurde der Bruch mit der Tradition begründet, ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung. Immerhin, unter den Piloten der Formel 1 gibt es einen schwarzen Fahrer, Lewis Hamilton. Der sechsfache Weltmeister hat sich artig für die große Geste bedankt. Schließlich gehört er selbst zum Team des Rennstalls. Die Verantwortlichen reagierten auf die „Black Lives Matter“-Bewegung. Ein neues „Vielfaltsprogramm“ ist zudem versprochen. Immerhin, die schwarze Magie scheint zu wirken. Beim ersten Rennen der Saison, dem Großen Preis von Österreich, gewann Valtteri Bottas ganz in Schwarz. Das zweite Rennen am vergangenen Sonntag entschied Hamilton für sich. Der „Black Lives Matter“-Kniefall blieb den Piloten auf dem Siegerpodest noch erspart. Aber warten wir ab, das komplette „Vielfaltsprogramm“ wird ja gerade noch entwickelt.

So viel Sensibilität in einem Rennstall sollte uns nachdenklich machen. Klar, erste zaghafte Anfänge sind auch anderswo zu verzeichnen. Da wäre beispielsweise der Dauerbrenner „Mohrenstraße“ in Berlin. Da hat der Mohr schon lange seine Schuldigkeit getan und sollte gehen, weil „Mohr“ rassistisch und abwertend sei. Den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) dauerte der Streit zu lange. Sie wollten den U-Bahnhof „Mohrenstraße“ umbenennen. Weil ein „weltoffenes“ Unternehmen gegen Rassismus kämpfen müsse.

Der U-Bahnhof ist Umbenennungen gewohnt. Er hieß schon „Kaiserhof“, war nach dem KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann und dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl benannt. Nun sollte er den Namen des Komponisten Michail Glinka tragen – der allerdings nicht nur Russe, sondern auch Antisemit gewesen sein soll (siehe Seite 5). Inzwischen kursiert der Vorschlag, die Station nach George Floyd zu benennen.

Noch sind die Würfel nicht gefallen und der Versuch, einen Fahrschein zur Mohrenstraße zu lösen, nicht so vergeblich wie die Bestellung eines Mohrenkopfes beim Marzipanbäcker Niederegger in Lübeck. Den Mohrenkopf gibt es im Gegensatz zur Mohrenstraße nämlich nicht mehr. Nach wütenden Anfein-

dungen ob dieser rassistischen Namensgebung, sann das Traditionsunternehmen in Sachen Marzipan auf Abhilfe. Nun heißt der Mohrenkopf Otello, damit ist Ruhe im Karton.

Das ist auch dem Wirt der „Capanna Nera“ zu wünschen. Dessen Hütte liegt einsam in 1800 Meter Höhe in den Dolomiten und ist bei Skifahrern beliebt. Weil aus schwarzem Holz erbaut, wurde sie auch „Negerhütte“ genannt. Den Namen führte sie auf einem Schild. Bis jetzt. Nun ist Schluss damit, das Schild weg. George Floyd sei Dank.

Was zeigen uns diese finsternen Beispiele? Wir sollten nicht nur punktuell nach dunklen Flecken suchen, es ist an der Zeit, unseren durch und durch rassistisch verseuchten Sprachgebrauch einer kritischen Kontrolle zu unterziehen. Denn steht nicht Schwarz durchweg für Negativ? Glauben Sie nicht? Machen wir mal die Probe. Alles fürchtet sich vor dem Schwarzen Mann. Das Schwarze Schaf ist nun mal kein entzückendes Lamm. Vom Schwarzbrenner gibt es keinen Edelbrand. Vor der Schwarzen Magie hüte man sich. Den Schwarzseher jagt die Gebühreneinzugszentrale. Den Schwarzfahrer jagt der Kontrolleur.

Und alle gemeinsam verschlingt das Schwarze Loch. Benötigen Sie noch mehr Beweise, wie dringend erforderlich eine Bereinigung der Sprachbilder ist? Dagegen ist die Einführung der gendersgerechten Sprache mit all ihren Sternchen und Schrägstrichen ein Klacks. Und ganz zum Schluss, wenn alles Schwarz im Sinne der bunten Vielfalt getilgt ist, kommt das Weiße Haus an die Reihe. Wieso heißt das eigentlich immer noch Weißes Haus? Für diese Bezeichnung sehe ich schwarz. Trump sollte sich mal ein Beispiel an Mercedes nehmen. Ganz in Schwarz sähe das Weiße Haus doch gleich viel seriöser aus. Aber für fortschrittliche Ideen zeigte sich sein jetziger Bewohner noch niemals aufgeschlossen.

Kommen wir abschließend noch einmal auf den Tag des Kusses zurück. Auch der Steuerzahlergedenktag in dieser Woche verstrich ziemlich sang- und klaglos. Dabei hätten wir allen Grund zur Freude gehabt. Denn seit Donnerstag der vergangenen Woche bleibt vom erarbeiteten Geld wieder etwas in der eigenen Tasche. Bis dahin haben wir ausschließlich für den Fiskus gearbeitet. Wegen Corona und Kurzarbeit durfte die steuerliche Zeitenwende sogar sechs Tage früher als sonst gefeiert werden. So etwas beschert den Schwarzsehern doch rosige Aussichten.



Alle Folgen des Wochenrückblicks finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de